



# Plenarprotokoll

## 60. Sitzung

Donnerstag, 6. Oktober 2011

<b>Für eine tolerante und offene Gesellschaft - Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten!.....</b>	<b>5148</b>	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	5159
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1867		Anke Spoorendonk [SSW].....	5162
<b>Ablehnung des politischen Extremismus.....</b>	<b>5148</b>	Dr. Axel Bernstein [CDU].....	5164
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1910		Sandra Redmann [SPD].....	5165
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5148, 5167	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	5165
Niclas Herbst [CDU].....	5151	Wolfgang Kubicki [FDP].....	5166
Gerrit Koch [FDP].....	5155	Klaus Schlie, Innenminister.....	5168
Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5157	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 17/1867 und des Änderungsantrags Drucksache 17/1910 als selbstständigen Antrag an den Innen- und Rechtsausschuss und den Europaausschuss...	5170
		<b>Neofaschismus und Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein.....</b>	<b>5170</b>

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/1444

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 17/1755

Klaus Schlie, Innenminister.....	5170
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	5171, 5183
Werner Kalinka [CDU].....	5172
Serpil Midyatli [SPD].....	5174, 5182
Gerrit Koch [FDP].....	5175
Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5177
Anke Spoorendonk [SSW].....	5178
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	5180
Antje Jansen [DIE LINKE].....	5180
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	5181

Beschluss: Tagesordnungspunkt mit  
der Beantwortung der Großen An-  
frage durch die Landesregierung  
erledigt..... 5183

#### Gemeinsame Beratung

<b>a) GKV-Versorgungsstrukturge- setz.....</b>	<b>5183</b>
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1841	
<b>b) Weiterentwicklung der Versor- gungsstrukturen im Gesund- heitswesen.....</b>	<b>5183</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1866 (neu)	
Dr. Heiner Garg, Minister für Ar- beit, Soziales und Gesundheit..	5184
Ursula Sassen [CDU].....	5187
Bernd Heinemann [SPD].....	5188
Anita Klahn [FDP].....	5189
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5191
Antje Jansen [DIE LINKE].....	5192
Flemming Meyer [SSW].....	5193

Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck-  
sache 17/1841 mit der Berichter-  
stattung der Landesregierung erle-  
digt  
2. Ablehnung des Antrags  
Drucksache 17/1866 (neu)..... 5195

#### Gemeinsame Beratung

<b>a) Barrierefreiheit im Nah- und Fernverkehr.....</b>	<b>5195</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1883	
<b>b) Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventi- on in Schleswig-Holstein.....</b>	<b>5195</b>
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1885	
<b>c) Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig- Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit in den Jahren 2009 bis 2010.....</b>	<b>5195</b>
Drucksache 17/1799	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5195
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	5196
Heike Franzen [CDU].....	5198, 5204
Wolfgang Baasch [SPD].....	5199, 5204
Anita Klahn [FDP].....	5201
Flemming Meyer [SSW].....	5202
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5203
Dr. Heiner Garg, Minister für Ar- beit, Soziales und Gesundheit..	5204
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 17/1883 Buchstabe B 2. Überweisung der An- träge Drucksachen 17/1883 Buch- stabe A und 17/1885 an den Sozi- alausschuss 3. Überweisung des Be- richts Drucksache 17/1799 an den Sozialausschuss und an alle ande- ren Ausschüsse des Landtags.....	5207

<b>Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten.....</b>	<b>5207</b>	Björn Thoroë [DIE LINKE].....	5222
		Anke Spoorendonk [SSW].....	5223
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	5224
Drucksache 17/1860		Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 17/1879	
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	5207	2. Zustimmung zur Vereinbarung von Landtag und Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/1849 (neu).....	5225
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5208		
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	5210	<b>Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma.....</b>	<b>5225</b>
Anette Langner [SPD].....	5212		
Christopher Vogt [FDP].....	5213	Antrag der Fraktion des SSW	
Björn Thoroë [DIE LINKE].....	5214	Drucksache 17/1887	
Anke Spoorendonk [SSW].....	5215	Lars Harms [SSW].....	5225
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/1860 Nummer 2 mit der Berichterstattung durch die Landesregierung erledigt		Astrid Damerow [CDU].....	5227
2. Überweisung des Antrags Drucksache 17/1860 Nummer 1 an den Finanzausschuss.....	5216	Birte Pauls [SPD].....	5228
		Carsten-Peter Brodersen [FDP].....	5229
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5230
<b>a) Umsetzung der Resolution des 9. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee in Gdansk und der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki.....</b>	<b>5216</b>	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	5232
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW		Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration.....	5233
Drucksache 17/1879		Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	5234
<b>b) Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union.....</b>	<b>5216</b>		
Beschlussempfehlung des Europaausschusses			
Drucksache 17/1849 (neu)			
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatter.....	5216		
Niclas Herbst [CDU].....	5217		
Anette Langner [SPD].....	5218		
Kirstin Funke [FDP].....	5219		
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5220		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Rainer Wiegard, Finanzminister

\* \* \* \*

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Zunächst habe ich Ihnen Folgendes bekanntzugeben: Erkrankt sind von der CDU-Fraktion der Kollege Mark-Oliver Potzahr, von der FDP-Fraktion der Kollege Jens-Uwe Dankert und von der SSW-Fraktion die Kollegin Silke Hinrichsen. Wir wünschen der Kollegin und den Kollegen weiterhin gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind heute von der SPD-Fraktion die Kollegin Dr. Gitta Trauernicht und der Kollege Thomas Rother. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, ist ab 13 Uhr beurlaubt. Von der Landesregierung sind Frau Ministerin Dr. Rumpf und Herr Minister de Jager beurlaubt.

Vorab teile ich Ihnen mit, dass der Tagesordnungspunkt 31 A - Rückenwind für Husum-Messe - nach einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen am Freitagmorgen nach der gemeinsamen Beratung der Punkte 13 und 41 aufgerufen werden wird. Als Redezeit wurden jeweils fünf Minuten vereinbart.

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 19 auf:

**Für eine tolerante und offene Gesellschaft - Rechtspopulismus entschlossen entgentreten!**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1867](#)

**Ablehnung des politischen Extremismus**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
[Drucksache 17/1910](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die SPD-Fraktion erhält der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Rechtspopulismus gehört auf die Tagesordnung, weil wir in Europa und in Deutschland

(Dr. Ralf Stegner)

feststellen müssen, dass Rechtspopulismus gefährlicher ist als der **Rechtsextremismus**, weil er im Deckmantel der Bürgerlichkeit daherkommt und weil wir überall in Europa Entwicklungen haben, die in der fast vollständigen Beseitigung der Pressefreiheit in Ungarn, in ungeheuerlichen Äußerungen zur Flüchtlingspolitik in Italien, in schlimmen rechtspopulistischen Verirrungen in unseren Nachbarländern gipfeln, und die mit Toleranz, mit Menschenwürde und mit einem Europa, wie wir es uns jedenfalls wünschen, nichts zu tun haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Forderungen, die dabei transportiert werden, und das Gedankengut scheinen oft salonfähig, weil sie eben weit verbreitet sind, weil sie auch in anderen Parteien gepflegt und von diesen instrumentalisiert werden. **Rechtspopulismus** ist in Deutschland noch nicht in einer Partei organisiert. Das bedeutet aber nicht, dass das nicht passieren könnte, wenn wir uns nicht darum kümmern. Für mich geht es auch um die zentrale Frage - deswegen wollten wir das auf der Tagesordnung haben -: Löst man das Problem durch **Anpassung**, oder ist es nicht vernünftig, dass man sich klar und deutlich abgrenzt und auch nicht Schiss vor denjenigen - übrigens auch in der eigenen Partei und in der eigenen Anhängerenschaft - hat, die an Stammtischen anders reden, als einem das gefallen kann.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Es geht immer um das **Spiel mit Ängsten und Emotionen**. Es geht immer um das Anbieten von Scheinlösungen, um das Schüren von **Feindbildern**. Am Ende gefährdet so etwas die Demokratie.

Jeder wusste, dass zum Beispiel die **dänischen Grenzkontrollen** nichts mit der Sache zu tun hatten; denn das bisherige Verfahren war durchaus effektiv. Manchmal ist es auch so, dass Fehlentscheidungen - ich denke zum Beispiel an die Körperscanner in Hamburg - zurückgenommen werden, wenn man es an bestimmten Stellen übertrieben hat.

Rechtspopulismus reißt Probleme aus dem Kontext, verkürzt Sachverhalte. Selbstverständlich sind die Probleme vorhanden. Ich sage aber: Durch das Ausspielen von verschiedenen Gruppen gegeneinander löst man kein einziges Problem, man schafft nur ständig neue, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die typische Reaktion beim Widerspruch gegen rechtspopulistische Äußerungen lautet mei-

stens: Man wird das doch noch sagen dürfen, ohne gleich Gegenwind zu bekommen. Ich nenne dazu ein Beispiel, das anzusprechen mir durchaus schwerfällt. Das Buch, das Thilo Sarrazin geschrieben hat, der leider immer noch in der SPD ist, ist eines, das so argumentiert: Man wird doch noch einmal sagen können. In Wirklichkeit ist es aber ein Buch, das bildungspolitisch reaktionär ist, das in der Sprache unterirdisch ist und das keinen einzigen Beitrag zur Lösung irgendeines Problems leistet. Ganz im Gegenteil.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki zu?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Stegner, ich war nicht schnell genug, weil es noch so früh ist. Aber können Sie mir freundlicherweise erklären, was der Einsatz von Körperscannern mit Rechtspopulismus zu tun hat?

- In der Tat muss es die Geschwindigkeit beim Zuhören gewesen sein, Herr Kollege. - Mir ging es darum zu sagen, dass das Überbetonen von individuellem Sicherheitsgefühl, indem man vorgaukelt, man müsse alle diese Dinge tun, damit man sicherer lebt, ein typischer Punkt ist, der in der Argumentation vorkommt. Ich habe das als Beispiel genannt. Nicht der Einsatz selbst hat etwas mit Rechtspopulismus zu tun. Mir ging es um das Thema des Überbetonens von individuellem Sicherheitsgefühl. Das war der Zusammenhang, Herr Kollege.

Generell ist diese alberne Formulierung „Man wird doch noch einmal sagen dürfen“ nur ein **Deckmantel**. - Ich höre übrigens immer wieder etwas von Denkverboten. Mein Eindruck ist, um Denkverbote geht es nie, es geht höchstens um Denkgebote, die man häufiger einhalten sollte.

(Werner Kalinka [CDU]: Was ist ein Denkgebot?)

Man darf in Deutschland über alles reden. Die Behauptung, man dürfe das nicht, ist bigott, sie ist antidemokratisch und auch wirklich falsch.

Ich glaube im Übrigen, dass wir nicht so tun sollten, als seien uns die Probleme nicht bekannt. Über

(Dr. Ralf Stegner)

Jugendkriminalität haben übrigens schon die alten Römer diskutiert, allerdings nicht in der Weise - teilweise jedenfalls -, wie wir das aus Wahlkämpfen kennen. Ich darf an Roland Koch und an das erinnern, was man damals im Kontext der Jugendkriminalität fälschlicherweise verbreitet hat. Das dient dazu, **Vorurteile** zu schüren. Das ist falsch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf **reale Probleme** muss man so reagieren, dass man sich ihrer annimmt. Natürlich gibt es in Kiel-Gaarden oder in Elmshorn-Hainholz oder in Lübeck-Moisling oder im Vicelinviertel in Neumünster reale Probleme. Aber die löse ich nicht mit **Ausgrenzung** oder mit härteren Strafen oder ähnlichen Dingen, sondern mit gezielten Programmen wie der Sozialen Stadt oder mit der Eröffnung von Ausbildungschancen, mit all den Dingen, bei denen Sie kürzen wollen und bei denen wir eigentlich mehr tun müssten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Natürlich ist eine 4.000 Jahre alte Religion wie der Islam im Kern nicht demokratisch, aber welche Religion ist das schon? Da könnte man auch zum Vatikan kritische Anmerkungen machen. Aber mit Kampagnen wie die des „Spiegels“ nach dem Motto: Wir schützen die offene Gesellschaft gegen die böse Überfremdung und die intoleranten Fremden, läuft man Gefahr, Brandstifter zu werden. Der Kabarettist Hagen Rether hat völlig recht, wenn er sagt: Wir fühlen uns doch in unserem Alltagsleben nicht ernsthaft von Überfremdung oder ähnlichen Dingen bedroht. Das schürt Ängste. Das ist falsch.

In diesem Kontext haben wir auch Verantwortung, was unsere Sprache angeht. Leider ist es so, dass der **Zugang zur Macht** für Rechtspopulisten möglich ist. Denn im Gegensatz zu den Rechtsextremen gibt es keinen parteiübergreifenden Konsens. Ich erinnere daran, dass ein Ganove wie Herr Schill in Hamburg eben doch einer Regierung angehörte, unterstützt von CDU und FDP. Er ist ein klassischer Rechtspopulist, der - Gott sei Dank - in der Versenkung verschwunden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ja, ich stehe zu dem Wort. Meiner Meinung nach ist es so. Herr Kollege Arp, Sie können es anders sehen. Ich finde, dass er ein Ganove ist, und das sage ich hier auch.

Wir sind sehr froh, dass die **dänische Regierung** jetzt ganz andere Signale gegeben hat, als es bis vor Kurzem der Fall war, als man sich in Dänemark noch auf **Rechtspopulisten** gestützt hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Für Sozialdemokraten ist eine solche Haltung, wie sie dort zum Ausdruck kommt, unerträglich, weil sie unseren fundamentalen Werten, von Toleranz, von Verständigung, von Solidarität und auch von Gemeinwohl widerspricht. Gemeinwohl heißt eben auch, dass man sich für Dinge einsetzt, wenn sie schwierig sind.

Die **Sozialdemokraten in Norwegen** waren auch deswegen Ziel der Anschläge - und das kann man in den Papieren des Attentäters Breivik nachlesen -, weil sie eben nicht auf Ausgrenzung setzen, weil sie eben nicht solchen Dingen einfach freien Lauf lassen wollen. Die Reaktion des norwegischen Ministerpräsidenten Stoltenberg ist vorbildlich. Er sagte: Unsere Antwort bleibt, dass wir bei **Toleranz** und **offener Gesellschaft** bleiben und uns eben nicht locken lassen. - Daran sollten sich andere ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ich freue mich, dass jetzt auch andere Fraktionen des Landtags unsere sozialdemokratischen Jugendverbände in Norwegen besuchen. Wir machen diese Jugendcamps weltweit, und sie stehen für eine Erziehung junger Menschen für Toleranz und Völkerverständigung in der ganzen Welt. Das machen wir jedes Jahr, auch in Schleswig-Holstein. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen über reale Lösungen statt über Scheinlösungen reden. Wir müssen den jungen Menschen und denen, die sich ausgegrenzt fühlen, mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik Perspektiven bieten. In diesem Bereich sollte man eben nicht kürzen. Wir brauchen für die Menschen Sicherheit. Wer ihnen nicht gute Arbeit gibt, von der sie leben können, wer nicht eine auskömmliche soziale Sicherung anbietet, sondern stattdessen auf Dinge setzt, bei denen es sich nur der leisten kann, ordentlich behandelt zu werden, der das entsprechende Einkommen hat, der sorgt dafür, dass die **Spannungen** und die **Spaltung zwischen Arm und Reich** zunehmen und dass mehr und mehr Teile der Bevölkerung Angst vor dem Abstieg haben. Das ist der Kern. Wir kennen das auch aus der Ge-

**(Dr. Ralf Stegner)**

schichte: Angst vor dem Abstieg - Angst wählt rechts. Das ist das Problem. Deswegen muss es eine andere Antwort geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Wir müssen weg vom Marktradikalismus, wir müssen hin zu **Gemeinwohl** statt Eigennutz. Das ist unsere Aufgabe. Wir dürfen Menschen nicht ausgrenzen, auch nicht in unserem Bildungssystem. Kein Kind darf zurückgelassen werden, ob deutsch oder nicht deutsch, ob alleinerziehende Mutter oder in welchen Verhältnissen auch immer. Das ist unser Auftrag. Das ist der praktischste Beitrag, den man leisten kann, um solche Dinge zu verhindern und die Demokratie zu stärken.

Wir sind auch für die wirkliche Lösung der Probleme gewählt worden. Wenn wir das auf Dauer nicht einlösen können, wenn die Menschen sagen, es ist doch egal, wer da reagiert, wenn sie fragen, was hat uns die Demokratie noch zu bieten, dann ist das eine Gefahr für die Demokratie. Denn der Rechtsextremismus entsteht bei den Abgehängten, bei denen, die **außerhalb der Gesellschaft** stehen. Rechtspopulismus verfängt sich bei denen, die sich vom Abstieg bedroht fühlen. Es gibt durchaus auch größere Gruppen, die spießbürgerlich sagen: Wir sind ja gar nicht so wenige, und wir haben viel Zulauf.

In der letzten Woche haben wir eine Veranstaltung durchgeführt, deren Themen die Kernelemente unseres Antrags stützen. Dies sind: Ihr müsst euch kümmern, weil dieses rechtspopulistische Gedankengut wie Gift in die etablierten Parteien hineintröpfelt. Nicht nur die Volksparteien, alle anderen sind genauso betroffen. Röttgers „Kinder statt Inder“, Lafontaines Fremdarbeiterbeschimpfung, Westerwelles „soziale Hängematte und spätrömische Dekadenz“, die unsäglichen Plakate der FDP in Berlin und auch Sarrazins Kopftuchmädchen sind falsch, all das ist Gift, und all dem muss man entgegenarbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das ist eine Aufgabe, die wir alle haben.

Ich glaube, das erfordert Mut, das erfordert Konsequenz und Entschlossenheit, aber auch Orientierung. Die Menschen wollen Orientierung. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind in keiner Weise veraltet, sondern sind für unser politisches Tun und für unsere Verantwortung eine tägliche Herausforderung. Wir sollten uns nicht um verschwundene

Haare und solche Dinge ernsthaft kümmern, sondern um die Dinge, die die Menschen hier im Lande interessieren, die von uns Perspektiven und Lösungen verlangen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss komme ich zu unserem Antrag: Wir wünschen uns, dass unser Antrag an den Ausschuss überwiesen wird, weil wir zu diesem Thema eine Anhörung machen wollen - klassisches parlamentarisches Handeln. Die gesellschaftspolitischen Gruppen sollen angehört werden, bevor man gesetzgeberisch handelt, und nicht umgekehrt.

Ich wüsste gern noch, welchen armen Mitarbeiter Sie mit Ihrem liberalen Antrag, den Sie als Änderungsantrag formuliert haben, gequält haben? - Er ist doch intellektuell in einer Weise dürftig,

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

dass ich Sie herzlich bitte, sich zu überlegen, diesen lieber zurückzuziehen und stattdessen mit uns - ich habe in meiner eigenen Partei durchaus auch kritische Punkte angesprochen - in dem Sinne und in der Verantwortung, die wir als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam in diesem Haus haben, zu diskutieren und den Antrag nicht mit Formulierungen wegzureden, in denen nichts mehr steht. Ich wünsche mir eine solche Diskussion. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden Sie dazu ein, sie mit uns engagiert zu führen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

**Niclas Herbst [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es gibt ein Populismusproblem, es gibt auch ein dezidiertes **Rechtspopulismusproblem in Europa**. Ich sage gleich vorweg: Es ist kein Reflex, wenn ich heute darauf hinweise, dass man auch Linkspopulismus betrachten sollte. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass man Rechtspopulismus auch getrennt betrachten darf und dass man das auch dezidiert untersuchen darf. Ihr Antrag macht das leider gar nicht. Wenn Sie schon das intellektuelle Niveau anderer Anträge ansprechen, dann werfe ich Ihnen vor, dass Ihr Antrag zwar viele Wörter

(Niclas Herbst)

enthält - viel mehr als unserer -, im Inhalt aber genauso allgemein ist, bloß mit mehr Fehlern. Auf die Weise ich Sie hin.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist völlig klar, dass derzeit in Europa das Problem Rechtspopulismus - bei allen Definitionsproblemen, die wir konkret haben - das stärkste Populismusproblem ist. Nichtsdestotrotz müssten Sie in Ihrem Antrag das Thema definieren. Richtig ist: Es gibt keine allgemeingültige Definition für Populismus. Gerade dann müssten Sie aber in Ihrem Antrag definieren, was Sie meinen. Darauf verzichten Sie völlig, beziehungsweise Sie machen einige Andeutungen, die gar nicht speziell für den Rechtspopulismus gelten. Das mache ich Ihrem Antrag zum Vorwurf. Er benutzt zwar viele Wörter, bleibt jedoch völlig allgemein.

Unter Populismus verstehen wir landläufig **opportunistische Politik**, Politik, die einfache Lösungen für komplizierte Probleme anbietet, was nicht immer verkehrt sein muss. Wir müssen feststellen, dass Populismus auch hier manchmal stattfindet, dass Populismus in der Gesellschaft bis zu einem gewissen Maß akzeptiert ist, wenn beispielsweise im Wahlkampf in Berlin - wie ich höre - die Finanzprobleme der Stadt Berlin dadurch gelöst werden sollen, dass Menschen, die wegen Schwarzfahrens im Gefängnis sitzen, freigelassen werden sollen.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Wenn ich zum Beispiel den Wahlkampfslogan „Reichtum für alle!“ höre, ist das Populismus, den wir akzeptieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit dem können wir auch leben. Gerade deshalb ist die **Definitionsfrage**, wo wir gefährlichen Populismus und Rechtspopulismus sehen, so wichtig. Da verweigern Sie sich einfach. Sie benutzen einfach das Wort als politischen Kampfbegriff. Das wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Rechtspopulismus hat zum Beispiel oftmals das Merkmal, dass die NS-Zeit beschönigt wird - das lese ich nicht in Ihrem Antrag -, er bezieht sich oft auf **nationalistische Mechanismen** - das lese ich auch nicht in Ihrem Antrag -, er betreibt oftmals Kulturprotektionismus - das lese ich auch nicht in Ihrem Antrag -,

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

er ist integrationsfeindlich und islamophob. Das ist im Übrigen das größte Problem, das gerade auch in den **nordischen Ländern** derzeit existiert. Das lese ich in Ihrem Antrag auch nicht. Wenn wir uns deziert nicht nur mit Populismus allgemein auseinandersetzen wollen, sondern mit **Rechtspopulismus**, dann gehört das in den Antrag rein. Das haben Sie versäumt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie schreiben lediglich, Rechtspopulisten hätten **Feindbilder**. Das stimmt. Das ist aber oftmals ein wesentliches Merkmal von Populismus insgesamt. Das ist zum Beispiel auch Wesen Ihres Antrags. Darin ist natürlich auch ein Feindbild formuliert. Das ist noch kein Wesensmerkmal von Rechtspopulismus.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Zitate, dass Ängste und Vorurteile und so weiter genutzt werden, gilt auch allgemein für Populisten.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, das sage ich. Ich kann auch genug Beispiele beispielsweise aus Frankreich oder aktuell aus Griechenland anführen. Da gibt es noch ganz andere Populisten, denen wir uns auch widmen müssen.

Etwas, was ich an Ihrem Antrag auch wirklich kritikwürdig finde, ist Folgendes: Sie schreiben, die **zentralen Werte demokratischer Gesellschaften** seien Toleranz und Verständigung. Das ist natürlich richtig. Aber ich finde, zu den zentralen Werten einer Demokratie gehört noch mehr. Gerade in der Auseinandersetzung mit Populismus gehört es dazu, dass wir über die Achtung der Menschenwürde sprechen, über freie Entfaltung der Persönlichkeit, über Gleichberechtigung von Mann und Frau, über Glaubens- und Gewissensfreiheit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wo ist das alles in Ihrem Antrag? - Serpil Midyatli [SPD]: Das steht in diesen fünf Zeilen drin?)

- Ich sage ja, unser Antrag ist genauso allgemein wie Ihrer, nur mit weniger Worten und mit weniger Fehlern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Interessante ist doch - wenn Sie sich mit dem Phänomen Populismus wirklich beschäftigen -, dass gerade die Populisten selber die Grenzen zwischen Links- und Rechtspopulismus fließend halten wol-

(Niclas Herbst)

len und das gerade auch machen. Es ist keine Verharmlosung des Rechtspopulismus, wenn man das hier anmerkt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unfassbar!)

Sie gehen leider gar nicht darauf ein. Es nährt eben den Verdacht, dass Sie hier eines machen wollen: Sie wollen den Begriff Rechtspopulismus als politischen Kampfbegriff etablieren, wollen ihn nach dem Motto „Wir und Ihr“ einsetzen. Sie haben es eben sogar geschafft, die Opfer von Norwegen innerhalb von 60 Sekunden mit Ihrer Forderung nach Mindestlohn zu verbinden. Das ist genau der falsche Weg.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Das ist streng genommen der populistische Weg, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Sie haben - das muss ich Ihnen zugutehalten - eine Reihe von Zitaten gebracht, die richtig sind. Ich hätte das Zitat von Lafontaine gebracht. Sie haben recht: Auch „Kinder statt Inder“ war kein kluges politisches Zitat und hätte nicht fallen sollen. Aber wenn ich das Zitat noch einmal bringen darf, um zu zeigen, wie fließend die Grenzen manchmal sind: Das Zitat von Lafontaine selber am 14. Juni 2005 in Chemnitz lautete:

„Der Staat ist verpflichtet, zu verhindern, dass Familienväter und -Frauen“

- Familienväter und -Frauen, das allein ist schon interessant -

(Heiterkeit)

„arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“

Wer mir sagen will, dass es keine **fließenden Grenzen** zwischen Links- und Rechtspopulismus geben kann, der hat dieses Zitat nicht gelesen. Ich will Ihnen aber zugutehalten, dass Sie dieses Zitat selbst genannt und darauf hingewiesen haben, dass Populismus in **allen Parteien** keinen Boden finden darf.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, Rechtspopulisten versuchten, Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung zu schüren und für sich zu nutzen. Das ist als Beschreibung - wie ich schon sagte - für alle Populismusformen richtig. Wann immer eine populistische Partei Erfolg hat, deutet es eher darauf hin, dass die übrigen Parteien es versäumt haben, **gesell-**

**schafliche Konfliktlinien** ausreichend zu besetzen oder die Lösung der Konflikte vernünftig zu erklären.

(Beifall bei CDU und FDP - Werner Kalinka [CDU]: Ja, richtig!)

Sie schreiben in Ihrem Antrag:

„Die Politik muss dabei immer die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen und darf sie nicht leugnen. Wenn verantwortliche Politik reale Probleme nicht offen benennt, wird die scheinbare oder die reale Enttabuisierung dieser Themen als politische Waffe eingesetzt werden.“

- Gut erkannt, das ist richtig. Nur, wenn der Erfolg populistischer Parteien darauf zurückzuführen ist, dass alle anderen Parteien politische Themen nicht besetzen oder ihre Virulenz nicht erkennen, frage ich mich ehrlich gesagt, welche Zielrichtung Ihr Antrag hat. Dann müssten wir doch in der alltäglichen Politik das Thema aufgreifen und nicht in einem Schaufensterantrag.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie wenig Sie das Thema **Konsens der politischen Parteien** ernst nehmen, sieht man daran, dass Sie es schaffen, in diesem Antrag auch Ihre Kritik an der Landesregierung unterzubringen. Wenn Sie wirklich daran interessiert wären, im ganzen Haus einen Konsens - auch mit der Ausschussüberweisung, der ich gern zustimmen will - zu erreichen, dann könnten Sie sich solche Seitenhiebe wirklich sparen. Glaubwürdiger wird Ihr Antrag dadurch nicht - ungefähr so glaubwürdig wie Ihr offener Hemdkragen, Herr Stegner, wenn ich das so sagen darf.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer sich verteidigt, klagt sich an! - Zurufe der Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

- Stellen Sie sich doch nicht so an! - Ich sei der schlechteste Redner meiner Fraktion, hat er gerade gesagt. - So ist es, getroffene Hunde bellen.

Sie haben mehrere europäische Länder genannt.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abgeordneter Niclas Herbst.

**Niclas Herbst [CDU]:**

Meine Damen und Herren, Sie nennen in Ihrem Antrag mehrere europäische Länder und sagen nebenbei, in Ungarn sei die Pressefreiheit faktisch abgeschafft. Ich wage zu behaupten, dass sich hier die wenigsten wirklich mit dem entsprechenden Gesetz und der neuen Verfassung auseinandergesetzt haben.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Einfach im Vorbeigehen ein Land wie Ungarn so zu beleidigen, halte ich für falsch, und solch einem Antrag kann so nicht zugestimmt werden.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner zu?

**Niclas Herbst [CDU]:**

Wenn das nicht unter seinem Niveau ist, gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie die Kritik daran, dass die Pressefreiheit in Ungarn de facto durch die Rechtsregierung abgeschafft worden ist, hier als Beleidigung des ungarischen Volkes bezeichnet haben? Habe ich Sie da richtig verstanden?

- Nein.

(Serpil Midyatli [SPD]: Haben Sie gemacht!)

- Das erkläre ich gerade, Frau Midyatli. Ich meine damit, dass man sich mit solchen Problemen nicht in einer Äußerung in einem Nebensatz in einem solchen Antrag beschäftigen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich darf zum Beispiel darauf hinweisen - die Beantwortung der Frage geht weiter -, dass der ungarische Botschafter vor gar nicht allzu langer Zeit hier Gast war und dazu einige bemerkenswerte Worte gesagt hat. Diejenigen Fraktionsmitglieder, die dabei anwesend waren, können Ihnen dazu ja einiges erklären.

(Beifall bei CDU und FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Gerade vor dem Hintergrund, dass Sie wissen, dass Ungarn eine besondere Rolle - gerade auch für Deutschland und im ehemaligen Ostblock - gespielt hat, müssen Sie als Antragsteller doch zum Beispiel Ungarn erklären, warum Sie Ungarn in einem Nebensatz angreifen und Russland völlig außen vor lassen. Warum eigentlich? Können Sie das erklären?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das sind Schröders lupenreine Demokraten!)

Einige letzte Sätze, obwohl man noch sehr viel mehr dazu sagen könnte, zum Thema **europäische Integration**: In Ihrem Antrag steht nebenbei der Satz, die europäische Integration werde durch Rechtspopulisten gefährdet. - Das stimmt. Aber nicht nur durch **Rechtspopulisten**. Gerade, wenn Sie sich die Situation in **Griechenland** einmal anschauen und was dort gerade passiert, sind es nicht nur Rechtspopulisten, die eine Gefahr darstellen. Ich hätte Ihren Satz verstanden, wenn Sie geschrieben hätten, die Integration in Europa. Das würde noch halbwegs Sinn ergeben. Aber zu sagen, dass die europäische Integration in dieser wirklich schwierigen Zeit nur von Rechtspopulisten gefährdet wird, ist falsch und kann so nicht stehen bleiben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen Populismus auch als Gradmesser für das begreifen, was schiefläuft. Richtig ist, dass Sie schreiben, wir hätten noch keine **Organisationsstrukturen des Populismus**. Ich hoffe, dass wir dieses „noch“ streichen können und dabei bleiben, dass wir weiter alles dafür tun, dass unsere Parteienlandschaft dadurch nicht verändert wird.

Ich will auch als Mitglied der CDU an dieser Stelle sagen: Das Modell der überkonfessionellen Volksparteien hat nach dem Krieg ganz wesentlich dazu beigetragen, dass der rechte Rand von solchen Dingen verschont blieb. Das sage ich ganz offen für meine Partei - deshalb bin ich auch Mitglied dieser Partei -: Das ist auch ein Erfolg der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht können wir zu einer etwas rationaleren Auseinandersetzung zurückkehren, denn das Gegenteil von Populismus soll ja eigentlich **Rationalismus** sein. Gleichwohl will ich auch den Bogen schlagen: Nur Rationalismus - und dafür sind Sie ja ein Beispiel, Herr Dr. Stegner - bringt die politische Debattenkultur natürlich auch nicht weiter. Sie

(Niclas Herbst)

brauchen auch - das ist Ihr Thema - Theatralik in der Politik - bis zu einem gewissen Grad.

Es ist unsere Aufgabe, bei jeder Debatte wieder neu zu definieren, wo wir die Grenzen ziehen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird das tun. Ich stimme der Ausschussüberweisung gern zu und freue mich auf eine Debatte, die ein bisschen mehr Inhalt hat als - meinetwegen gern über beide Anträge.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüßen Sie bitte gemeinsam mit mir Gäste auf der Tribüne. Wir begrüßen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte der Regionalschule aus Wedel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Dann möchte ich uns allen noch nahelegen, sich mit persönlichen Bemerkungen ein bisschen zurückzuhalten.

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Gerrit Koch das Wort.

**Gerrit Koch [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer gegen Minderheiten hetzt, wer demokratische Spielregeln infrage stellt, wer Menschen ihre Grundrechte abspricht oder wer Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit diffamiert, wer sich - kurz gesagt - über andere Mitmenschen erhebt und dies zur politischen Maxime macht, grenzt sich selbst aus dem Kreis der Demokraten aus.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wann sich **politische Strömungen** so weit aus dem rechtsstaatlichen und demokratischen Kreis herausbewegen, dass sie dem politisch Extremen zuzurechnen sind, ist seit Jahrzehnten gesellschaftlicher Konsens in Deutschland. **Gegner** der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind gesellschaftlich nicht akzeptiert und werden zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet beziehungsweise vom Staat in ihre Schranken verwiesen. Wir zählen sie zu den **Extremisten**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SPD-Antrag versucht sich nun an einer **Definition von Rechtspopulismus**. Aus meiner Sicht ist das vielleicht ein

gut gemeinter Versuch, der allerdings zum Scheitern verurteilt ist. So formuliert der Entschließungsantrag zwar wortgewaltig, wie gefährlich der Rechtspopulismus sei, zugleich findet man aber nur Definitionsansätze, die - politisch gesehen - nicht unbedingt rechts sein müssen, sondern ebenso auf das **linke Lager** zutreffen können. Rechtspopulismus lebe von Feindbildern, so der Antrag. Wenn linke Politiker immer wieder den vor Geld strotzenden und egoistischen Großverdiener bemühen, wenn es um Steuererhöhungen geht, dann frage ich: Ist das kein Feindbild? - Rechtspopulismus schüre Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung. Wenn linke Politiker gern behaupten, die Reichen würden immer reicher und die Armen immer ärmer, dann frage ich: Werden damit keine Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung geschürt?

(Zurufe von der LINKEN: Es ist doch so!)

- Sie sagen das aber, um Ängste zu schüren. Sie bestätigen das gerade noch einmal.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Glocke der Präsidentin - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie das mal nachlesen? - Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerrit Koch.

**Gerrit Koch [FDP]:**

Ich lebe in Lübeck, aber ich glaube, das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Rechtspopulismus setze dabei auch auf Ängste gegen gesellschaftliche Modernisierungsprozesse. Wenn grüne Politiker noch vor einigen Jahren vor den Gefahren von ISDN und Bildschirmtext gewarnt haben, dann frage ich: Haben sie da nicht auch auf die Ängste der Menschen vor Veränderungen gesetzt?

Meine Damen und Herren, ich will nichts verniedlichen, aber die Überspitzung zeigt, dass die von der SPD angebotenen **Definitionen** nicht geeignet sind, den Begriff eindeutig zu fassen. Die im Antrag genannten Beispiele, die Rechtspopulismus in Europa belegen sollen, sind ebenso wenig eindeutig. Ich nenne hier das Beispiel der Einschränkung der Pressefreiheit in Ungarn. Wir haben dazu gerade etwas gehört. Ich kann mich noch gut an Zeiten erinnern, in denen die Pressefreiheit dort noch stärker eingeschränkt wurde, und zwar nicht durch Rechtspopulisten, sondern durch Kommunisten. Ich verur-

**(Gerrit Koch)**

teile jede Art, die Pressefreiheit einzuschränken; egal ob dies von Links oder von Rechts ausgeht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Gerade in **Wahlkampfzeiten** sind viele Politiker verlockt, in **Populismus** zu verfallen. Beispiele dafür finden sich vermutlich in jeder Partei. Gerade die SPD ist hier ein gebranntes Kind.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich habe gesagt: In jeder Partei. Hören Sie doch einmal zu!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben haben Sie „gerade“ gesagt! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Die kommt auch noch, die nenne ich sogar gleich noch. Passen Sie auf, was gleich kommt.

Thilo Sarrazin hat mit seinen verwirrten Theorien von einem Deutschland, das sich - -

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole es: Das Wort hat Herr Abgeordneter Koch. Das gilt auch für den Kollegen Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP)

**Gerrit Koch [FDP]:**

Die Kolleginnen und Kollegen sind immer so ungeduldig. Ich sage aber auch noch etwas zur FDP, keine Angst. - Thilo Sarrazin hat mit seinen verwirrten Theorien von einem Deutschland, das sich abschaffen würde, sicherlich viele Millionen € an Tantiemen verdient, die ehemals große Volkspartei SPD aber in eine sehr unbequeme Situation gebracht. Kaum war das Pamphlet auf dem Markt, forderte der Bundesvorsitzende Gabriel Sarrazins Parteiausschluss. Wir alle kennen den Ausgang des Verfahrens. Sarrazin hat sich entschuldigt, aber nur für den Fall, dass jemand meint, Sarrazin müsse sich bei ihm entschuldigen. Ansonsten sei alles nicht so gemeint und schon gar nicht so schlimm gewesen. So ein bisschen **Migrantendiffamierung** werde doch keiner übelnehmen. Soll der Entschließungsantrag vielleicht dazu dienen, das eigene Gewissen mit Blick auf das Versagen der Bundesparteiführung zu beruhigen? - Es macht fast den Eindruck.

(Zurufe von der SPD)

- Ich höre zu. Es ist wirklich nicht schön, den eigenen Genossen auf Plakaten der NPD zu sehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Stegner, ich nehme aber zur Kenntnis, dass Sie gerade eben bedauerten, dass Herr Sarrazin noch Mitglied der SPD ist. Das habe ich sehr wohl zur Kenntnis genommen. Ich habe auch auf die Bundesparteiführung fokussiert.

Eben kam wieder der sehr schlaue Einwurf, gerade die **FDP** - jetzt kommen wir dran - habe sich im **Berliner Wahlkampf** am rechten Rand versucht, als die dortigen Parteifreunde kritische Worte zur Finanzkrise und zu Deutschlands Stellung innerhalb Europas fanden. Man hat die FDP dafür vielleicht nicht gewählt, aber mittlerweile äußern sich immer mehr Vertreter aller populistischen Richtungen - - Oh, Entschuldigung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittlerweile äußern sich immer mehr Vertreter aller politischen Richtungen kritisch. Ist das nun rechtspopulistisch? - Nein.

(Werner Kalinka [CDU]: Sag doch, was du denkst!)

Nicht jeder, der über die Stärkung des europäischen Gedankens spricht, ist gleich rechtspopulistisch. Völlig absurd wird der Vorwurf an die FDP aber auch deshalb, weil meine Partei im Bundestag gemeinsam mit CDU und SPD für den Rettungsschirm für Griechenland gestimmt hat, die **LINKE** aber dagegen. Sind also nicht eher die **LINKE** rechtspopulistisch?

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie hören hoffentlich meine Ironie heraus.

Auch dieses Beispiel zeigt: Man kann **Rechtspopulismus** nicht so einfach fassen, wie es die SPD gern hätte. Weil das aber nicht gelingen mag, wird sich an eine Verurteilung von Linkspopulismus gar nicht erst herangewagt, wobei es mindestens ebenso interessant sein dürfte zu untersuchen, wie der **Linkspopulismus** Eingang in den politischen Diskurs gefunden hat. Darüber gibt es ganze Bücher.

Nun können wir uns in diesem Haus sicherlich fraktionsübergreifend darauf einigen, dass allen **rechtsextremen Bestrebungen** eine klare Absage zu erteilen ist. Das will der Antrag von CDU und FDP auch bewirken. Vom beschaulichen Schleswig-Holstein aus nun aber den Kampf gegen den

(Gerrit Koch)

globalen Rechtspopulismus aufnehmen zu wollen, halte ich für etwas vermessen. Wir alle sind gewählt, um Schleswig-Holstein voranzubringen, nicht um die Welt zu retten. Ich bin auch kein Freund davon, immer großartig kundzutun, was man nicht will. Liebe SPD, wie will man bei Ihnen dem Rechtspopulismus, wenn er denn dingfest gemacht worden ist, nun wirklich entgegentreten? - Mit einer Resolution im Landtag ist das Problem nicht wirklich gelöst.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davon lässt sich der internationale Rechtspopulismus wohl kaum beeindruckt. Sie ahnen vielleicht schon, dass die FDP-Fraktion dem Entschließungsantrag nicht zustimmen kann. Der Antrag ist nämlich selbst in weiten Teilen populistisch. Er soll suggerieren, dass sich irgendwelche nicht näher bezeichneten Bevölkerungsgruppen entsolidarisiert hätten. Ohne irgendeine Grundlage wird wahrheitswidrig behauptet, die Landesregierung habe ihr Handeln nicht darauf ausgerichtet, die Lebensgrundlage aller Bevölkerungsgruppen zu erhalten und zu verbessern. Wenn das nicht ein Spiel mit den Ängsten unserer Mitmenschen ist, was dann?

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist natürlich nicht rechtspopulistisch, aber es ist doch etwas populistisch.

Ich werbe um Unterstützung für den Änderungsantrag von CDU und FDP, den wir gern in den Ausschüssen beraten können, der noch einmal die gemeinsame Grundhaltung dieses Hauses herausstellt und der sich klar gegen jede Form von **Extremismus** wendet. Außerdem würde ich es begrüßen, wenn auch die SPD die verbleibende Legislaturperiode darauf verwenden würde, sich genau wie CDU und FDP mit den wirklichen Problemen unseres Landes zu befassen.

(Zurufe von der SPD)

Meine restliche Redezeit stelle ich dafür gern zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Zwischenrufe.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Luise Amtsberg das Wort.

**Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mir große Mühe geben, mich an mein Redemanuskript zu halten, auch wenn mir das sehr schwerfallen wird, vor allen Dingen nach dem Wortbeitrag des Kollegen Koch.

Auch wenn Rechtspopulismus in **Europa** national und regional sehr viele Unterschiede aufweist, finden wir in den europäischen Ländern viele Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Strategie und des Inhalts. Zudem können wir mit Blick auf die verschiedenen europäischen Staaten - dabei teile ich nicht die Aussage des Kollegen der CDU-Fraktion - die **Trennlinie** zwischen **Rechtsextremismus** und **Rechtspopulismus** nur schwer ziehen. Sie ist nicht so leicht zu ziehen, wie Sie es dargestellt haben. Häufig sind die Übergänge fließend. Ganz sicher aber bedingen die beiden Strömungen aneinander.

Vielleicht sollte man bei Rechtspopulismus eher von einer Strategie sprechen, von einer **Strategie**, bei der die großen Vereinfacher komplexer Probleme ihre große Stunde haben, wenn innerstaatliche oder gesamteuropäische Krisen Einzug in das politische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger halten, von einer Strategie, in der Rechtspopulisten versuchen, dem Volk nach dem Mund zu reden, Themen unterkomplex darzustellen, Ängste zu schüren und das Ganze in einer Art gerechtfertigten **Nationalismus** münden zu lassen.

In den **Niederlanden** hat auf diesem Wege die Liste Pim Fortuyn im Jahr 2002 auf Anhieb 17 % der Stimmen eingefahren. Im Jahr 2010 hat die rechtspopulistische Partei für die Freiheit unter Geert Wilders 15,5 % der Stimmen erreicht. In ihrem Programm fordert sie: keinen neuen EU-Beitritt, im Falle des Eintritts der Türkei den Austritt der Niederlande, Austritt aus dem Schengener Abkommen, Abschaffung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, einen 5-jährigen Einwanderungsstopp für Muslime, keine medizinische Versorgung von illegalen Einwanderern, vaterländische Geschichte als Pflichtfach in allen Schulen sowie eine ethnische Registrierung. Damit möchte ich nur einmal einen Geschmack davon vermitteln, wohin die Reise gehen kann.

In **Frankreich** fordert die Front National unter Jean-Marie Le Pen die Rückführung von 3 Millionen Nichteuropäern aus Frankreich, die Wiedereinführung der Todesstrafe, die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe, das Verbot von abnormaler Kunst, wie sie es nennen, und die Besserstellung französischer Staatsbürger bei Sozialleistungen,

**(Luise Amtsberg)**

dies alles unter dem Konzept der „*préférence nationale*“, also den festen Glauben daran, dass die französische Urbevölkerung bevorzugt werden muss.

Die Schweizerische Volkspartei konnte nach Jahren der Hetze gegen Muslime in der **Schweiz** nun per Volksentscheid das Verbot von Minaretten durchsetzen, weil sie Minarette als einen politischen Machtanspruch von Muslimen versteht.

Der FPÖ, die mittlerweile in allen Landtagen und im Nationalrat **Österreichs** vertreten ist, kann man ganz klar die Nähe zu einem rechtsextremen Umfeld nachweisen.

Die **belgische Partei** Flämischer Interessen geht sogar so weit, die Antidiskriminierungsgesetze unter Rechtfertigung und Verweis auf die Meinungsfreiheit abschaffen zu wollen.

In **Italien**, in einem Land, das ohnehin schon für seinen rabiatischen und teils menschenverachtenden Kurs gegen Flüchtlinge und Einwanderer bekannt ist, kooperiert Silvio Berlusconi mit Rechtsparteien wie der Alleanza Nazionale und der Lega Nord.

In **Ungarn** hat die Partei Jobbik im Jahr 2010 12,8 % der Stimmen erreicht. Diese Partei ist entstanden aus einer paramilitärischen Gruppierung, die Antiziganismus propagiert und die sich gegen den Einfluss von „jüdischem Kapital“ stellt. Aus deren Ideologie lässt sich ganz eindeutig nationalistische Rhetorik und Symbolik ableiten.

Ich erinnere an die offen betriebene Hetze gegen die rund 600.000 im Land lebenden **Roma**, die besonders in den Jahren 2008 und 2009 einer ganzen Serie von Angriffen mit Molotowcocktails und Schusswaffen ausgesetzt waren, und bei der sechs Menschen ums Leben kamen. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir über Abschiebungen von Roma aus Deutschland nachdenken, und zwar auch dann, wenn sie nicht nach Ungarn abgeschoben werden sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Wir haben die **Fortschrittspartei in Norwegen**, die **Schwedendemokraten** und die **Dänische Volkspartei**. Man könnte die Liste leider noch ewig weiterführen. All das ist besorgniserregend.

Wir sollten uns aber davor hüten, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Vielmehr müssen wir die Tatsache erkennen, dass auch in der Mitte unserer Gesellschaft rechtspopulistische Forderungen und Gedanken längst salonfähig geworden sind.

Im vergangenen Jahr hat uns Thilo Sarrazin dies schmerzlich vor Augen geführt. Er hat gezeigt, dass es in **Deutschland** sehr wohl einen **Resonanzboden** für **ausgrenzende** und teils **menschenverachtende Einstellungen** gibt. Diesen gibt es leider auch im bürgerlichen Lager. Der Schaden, den Sarrazin damit für den **Prozess der Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund angerichtet hat, ist in seiner Tragweite kaum zu beschreiben. Er hat es nicht nur vermocht, Menschen mit einer latent rassistischen Einstellung in ihrem Denken zu bestätigen, sondern er hat Verunsicherung bei den Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland hinterlassen, dies leider an einem Punkt, an dem wir eigentlich schon auf einem viel besseren Weg waren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns die Frage stellen, welche Schritte notwendig sind, um unser demokratisches und solidarisches Europa zu erhalten. An dieser Stelle muss ich Ihnen sagen, dass die ewige Debatte um die Frage, welches Phänomen die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt, ob dies der Islamismus, die linke Gewalt oder der Rechtsextremismus ist, uns doch kein Stück weiterführt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Politik muss es leisten können, all diesen **Strömungen** mit Entschiedenheit entgegenzutreten, die Phänomene zu analysieren und konkrete Handlungskonzepte zu entwickeln. Natürlich fällt es uns dabei sehr viel leichter, extremistische Einstellungen zu enttarnen, weil wir als Maßstab das **Grundgesetz** anlegen können.

Besonders schwierig wird es aber dann, wenn sich beispielsweise rechtsextremistische Einstellungen auf die **Mitte** zu bewegen und bestimmte **Diskriminierungen** nicht mehr als solche erkannt werden, weil sie häufig genug von vertrauenswürdigen Personen in die Öffentlichkeit getragen werden. Anders herum gesagt: Man muss auch fragen, welche Auswirkungen Thilo Sarrazins Gedankengänge beispielweise auf den rechten Rand haben. Derartige Äußerungen, deren undifferenzierter Charakter nur schwer zu ertragen ist, schließen nicht aus, dass es zu einer Radikalisierung am rechten Rand kommt. Das kann ich an dieser Stelle gar nicht deutlich genug betonen. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bedingen sich also gegenseitig.

(Luise Amtsberg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir finden es richtig, dass das Thema **Rechtspopulismus** in seiner europäischen Relevanz eingeordnet und auch erkannt wird. Wir dürfen dabei aber nicht dem Reflex erliegen, dass das Thema zu groß für den Landtag sei oder uns nur mittelbar betreffe. Es handelt sich um ein **europäisches Phänomen**, dem sich Europa geschlossen entgegenstellen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Als Teil von Europa ist es wichtig, dass wir uns in einen direkten Austausch mit den Nachbarländern begeben. Mein Kollege Rasmus Andresen und ich waren deshalb in der vergangenen Woche in Norwegen. In Oslo haben wir uns mit Vertretern des Antirasisk Senter getroffen und über gesamteuropäische Strategien gegen Rechtsextremismus diskutiert.

Zudem haben wir uns mit den norwegischen Jusos getroffen, die bei den Anschlägen am 22. Juli 2011 durch die perfide Planung und dem Wahnsinn eines einzelnen Rechtsextremisten viele Freunde und Weggefährten verloren haben. Sie haben uns erzählt, dass das Thema Rechtsextremismus - auch von den Jugendorganisationen selbst - in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden sei. Die Auseinandersetzung und das vehemente Entgegenstellen gegen die Forderungen der norwegischen Fremskrittspartiet wurden nicht ausreichend fokussiert.

Wir haben uns außerdem mit Ali Esbati getroffen, der für einen norwegischen Think Tank schreibt, selbst auf der Ferieninsel Utøya war und die rechte Szene in Europa für ein neues Buchprojekt in den Blick nimmt. Er sagt, dass die Art **islamophober Rhetorik** mittlerweile einen gemeinsamen Nenner der rechtspopulistischen Parteien **in ganz Europa** darstelle. Er hält es für dringend notwendig, dass Islamophobie und einwanderungsablehnende Haltungen, in denen heutzutage Rassismus und Faschismus auftreten, zu einer transnationalen Bewegung werden, die erkannt, analysiert und der entgegengetreten werden muss. Ich teile seine Einschätzung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Parlament der Welt kann Rechtspopulismus deklaratorisch ausschließen oder per Gesetz verbieten. Das geht selbst in einem Land wie **Norwegen** nicht, das zu den reichsten Ländern der Welt zählt und über ein tadelloses Sozialsystem verfügt.

Daher muss dieser Antrag in erster Linie als Mahnung verstanden werden - ich verstehe ihn zumindest so -, die sich an alle Mitglieder dieses Hauses richtet. Bei unserer täglichen Arbeit, in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, bei Schuldiskussionen oder bei Diskussionen in unseren eigenen Reihen müssen wir uns unserer Aufgabe als Abgeordnete bewusst werden und bleiben. Außerdem müssen wir Rassismus und Extremismus, in welcher Form auch immer sie uns begegnen, entschieden entgegentreten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere Verfassung und unser Staatsverständnis beruhen auf dem bedingungslosen Zuspruch zum **Schutz von Minderheiten** in diesem Land. Wir dürfen nicht zulassen, dass es in Deutschland wieder möglich ist, antisemitische Äußerungen an den Tag zu legen oder mit islamophoben und diskriminierenden Einstellungen **einzelne Gruppen** für soziale Missstände oder politische Entscheidungen in Geiselhaft zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU, SPD und FDP)

Die Formel, die sich ständig an unserem Verhalten, aber auch an unserem Handeln ableiten lässt, lautet: Nie wieder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU, SPD, FDP, der LINKEN und SSW)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hat mir eben mitgeteilt, dass sich Herr Finanzminister Rainer Wiegard so unwohl fühle, dass er unsere Sitzung verlassen und nach Hause gehen müsse. - Wir wünschen ihm gute Besserung.

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, mit Ihrer Genehmigung möchte ich mit einem Zitat beginnen, einem Zitat einer Musikgruppe, die ich sehr schätze. Diese Gruppe heißt „Dritte Wahl“. Das Zitat lautet:

„Dummheit kann man nicht verbieten. Und doch kann man etwas dagegen tun. Was gegen Dummheit hilft ist Bildung. Gegen Verbote sind die Dummen oft immun.“

(Heinz-Werner Jezewski)

Herr Kollege Koch, ich beginne allmählich zu verstehen, warum Sie zielgerichtet versuchen, ein funktionierendes Bildungssystem in unserem Land zu zerschlagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst!)

- Das ist mein Ernst.

Herr Kollege Koch, auf einen groben Klotz gehört ein grober Hammer.

Herr Kollege Herbst, wenn Herr Lafontaine im Jahr 2005 gesagt hätte, der Staat sei verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und -Frauen arbeitslos werden, weil Arbeitskräfte aus Osteuropa zu Billiglöhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnähmen, hätten Sie dann hier auch so geschrien? Man kann sich über den Begriff aufregen. Man kann sich aber auch über die Tatsache beziehungsweise über das gesamte Zitat aufregen. Ich habe mich über das Zitat sehr aufgeregt. Ich habe eine deutliche Distanzierung gehört. Trotzdem war es falsch. Ich frage mich nur, ob die „Bild“-Zeitung aufgeschrien hätte, ob die Presse aufgeschrien hätte und auch ob Sie aufgeschrien hätten, wenn das Wort „Fremdarbeiter“ in dem Zitat nicht vorgekommen wäre.

In breiten Teilen unserer Bevölkerung in Deutschland, in Schleswig-Holstein, in Europa gibt es latente **gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**. Die am meisten verbreiteten Formen sind: Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit. Das ist traurige Realität in Europa und in Deutschland.

Ich möchte einige wenige, aber erschreckende Beispiele geben.

(Christopher Vogt [FDP]: DIE LINKE zum Beispiel!)

Laut einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem letzten Jahr stimmten der Aussage, dass es zu viele Zuwanderer in Deutschland gebe, 21 % der Deutschen „voll und ganz“ zu; 29 % stimmten ihr „eher“ zu. 9,5 % der Deutschen waren der Meinung, dass es eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern gebe; 21 % stimmen dieser Aussage „eher“ zu. Mehr als 30 % der Deutschen glauben an die Überlegenheit „der Weißen“ - und das im Jahre 2010.

Stark zugenommen hat in den letzten Jahren die **Islamophobie**. 23 % der Deutschen sind der Meinung, dass die muslimische Kultur „überhaupt nicht“ nach Europa passe, 60 % sind „eher“ dieser Meinung, zusammen 83 %. Wie tief die Islamopho-

bie und ihre Vorurteile auch in der Mitte der Gesellschaft verankert sind, wurde nach den Anschlängen in Norwegen deutlich. Damals schrieben sogar angesehenen Zeitungen wie zum Beispiel „Die Welt“ sofort und ohne zu recherchieren davon, dass Norwegen Opfer eines islamistischen Anschlages geworden sei. Auch wenn die Korrektur recht schnell kam, ist das doch ein erschreckendes Zeichen.

Im Internet nehmen Seiten und Blogs mit islamophoben Inhalten extrem stark zu. Es gibt eine wachsende Gemeinde von Bloggern, die sich in Verschwörungsfantasien und Wahnideen einer bevorstehenden Islamisierung Europas ergeht. Das Portal „Politically Incorrect“, das diese Szene in Deutschland bedient, zählt bis zu 60.000 Zugriffe am Tag und gehört damit zu den meistfrequentierten politischen Blogs hierzulande. Äußerungen à la Thilo Sarrazin gelten dort noch als moderat. Misstrauen und Vorurteile gegenüber Muslimen sind bis in die bürgerlichen Schichten allerorts und gelegentlich sogar in linken Kreisen zu hören.

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamtgesellschaftlichen Diskurs in **Deutschland** die Menschenfeindlichkeit stets zunimmt, und das halte ich für sehr gefährlich.

Der Antrag der SPD benennt ein massives Problem. Ich finde es richtig, dass er hier gestellt worden ist, und ich finde es richtig, dass wir in diesem Hause dazu sprechen. Allerdings konzentriert sich der Antrag meiner Meinung nach zu sehr auf den **Rechtspopulismus in europäischen Nachbarländern**. Natürlich gibt es auch in Deutschland rechtspopulistische Bestrebungen.

Wieso reden wir nicht über sogenannte Parteien wie „DIE FREIHEIT“? Warum reden wir nicht über die Leute, die sich „Bürgerbewegungen“ nennen: „PRO NRW“, „PRO KÖLN“ oder „Pax Europa“? Hinter diesen Namen verbergen sich Menschen, die extrem menschenfeindliche Gesinnungen haben und die hier in Deutschland das Ziel verfolgen, in Parlamente einzuziehen. Gott bewahre!

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Gerrit Koch [FDP]: Köln liegt nicht in Schleswig-Holstein!)

Wir haben in **Europa** jede Menge rechtspopulistische Parteien, die in den vergangenen Jahren in vielen Ländern sogar an die Macht gekommen sind. British National Party, Fortschrittspartei in Norwegen, Dänische Volkspartei, österreichische FPÖ, Jobbik in Ungarn, PVV in den Niederlanden oder

(Heinz-Werner Jezewski)

viele andere, sie alle versuchen mit Hetze und Angst zu punkten. Dabei ist es nicht nur so, dass sie viele Wählerstimmen bekommen - das ist traurig genug -; was viel schlimmer ist: Sie verändern das politische Klima in ihren Ländern. Der Kollege Stegner hat es am Beispiel von Dänemark schön ausgeführt.

Warum gelingt ihnen das? - Auch, weil bürgerliche Kräfte, Liberale, Christen, Konservative, ja teilweise sogar Sozialdemokraten versuchen, sie durch Assimilation ihrer Kernthemen überflüssig zu machen, anstatt die menschenfeindlichen Thesen dieser Scharlatane zu entlarven.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **Übernahme rechtspopulistischer Thesen** durch demokratische Parteien und die **Zusammenarbeit** dieser Parteien mit Rechtspopulisten sind der Wind, der das menschenfeindliche Feuer erst zum Lodern bringt.

Europa scheint also nach rechts zu rücken, Europa schottet sich ab, Europa spart an der Freiheit. So wird Europa letztlich als Lebensraum für uns alle infrage gestellt.

Anders Breivik, der **Attentäter von Oslo**, wird immer wieder beschrieben als einer, der aus dem Nichts kam. Aber er kam nicht aus dem Nichts. Er war lange Zeit vorher aktiv, zuerst in der Parteipolitik und dann als selbsternannter Internetaktivist. Breivik pflegte **Kontakte** zur extremen Rechten oder, wie er es bezeichnet hat, zu christlich-konservativen Kreisen in ganz Europa. Breivik wird als Einzeltäter beschrieben. Aber das ist er nicht.

Der **amerikanische Think Tank „Center for American Progress“** steht nun wirklich nicht im Verdacht, linke Politik zu vertreten. CAP, wie die sich nennen, belegt in einer aktuellen Studie zu diesem Thema die Existenz einer „gut vernetzten Gruppe von Desinformationsexperten“, die die Bevölkerung via Medien und Organisationen manipuliert. Diese „Islamophobie-Megafone“ seien zwar nicht für antimuslimisch motivierte Gewaltverbrechen verantwortlich, bildeten aber „die Infrastruktur, aus der Täter wie Breivik hervorgehen“, so die Studie. Die **Infrastruktur** für menschenverachtende **Ideologien** zu stellen, bedeutet aber auch, mitschuldig zu sein.

Es ist also von größter Wichtigkeit, meine Damen und Herren, dass wir gegen jede Regung und gegen jeden Anklang von **Menschenfeindlichkeit** vorgehen, dass wir uns ihnen energisch entgegenstellen. Militante Neue Rechte sind in Deutschland noch

nicht bekannt. Allerdings werden sie in vielen europäischen Ländern zu einem massiven Problem. Exemplarisch will ich hier die **„English Defence League“** nennen. Die EDL spricht wie viele **Rechtspopulisten** von „Islamfaschismus“ und dreht die alte faschistische Ideologie um. Diese sich selbst „Neokonservative“ Nennenden sehen ihren Hauptfeind nicht mehr im Judentum, sondern im Islam. Sie sehen sich in einer antifaschistischen Tradition, und Israel steht für sie symbolisch an vorderster Front im Kampf gegen die eingebildete Islamisierung der Welt. Die EDL ist im vergangenen Jahr rasend schnell gewachsen. Sie unterhält **Kontakte** zur Hooligan-Szene wie auch zur British National Party. Die EDL veranstaltet Aufmärsche in englischen Städten, in denen viele Muslime wohnen. Im Zuge dieser Aufmärsche kommt es immer wieder zu Gewalt und Überfällen auf Migrantinnen und Migranten, auf die Polizei oder auf Geschäfte mit ausländisch klingenden Namen. Die EDL unterhielt auch Kontakte zu dem norwegischen Attentäter Anders Breivik.

Sie von der SPD führen in Ihrem Antrag viele gute Ansätze an. Sie erkennen vor allem ganz richtig, dass ohne die konsequente Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen in allen Erscheinungsformen der Kampf gegen den Rechtspopulismus nicht gewonnen werden kann. Auseinandersetzung kann aber nur heißen, dass solche Tendenzen auf gar keinen Fall geduldet werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht eben vor allem darum, diesen **Demagogen** energisch Paroli zu bieten, gerade hier in Deutschland, in Schleswig-Holstein und gerade hier in unseren eigenen Reihen.

Was also können wir machen, damit nirgendwo eine Infrastruktur für diese fürchterlichen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenverachtung entsteht? - Ich bin der tiefsten Überzeugung, meine Damen und Herren, dass wir die **sozialen Probleme** dieses Landes angehen müssen. Wir müssen endlich aufhören, soziale Probleme zu ethnisieren. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass in diesem Land Chancengleichheit besteht. Denn der momentane Zustand in dieser Hinsicht ist beschämend. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land wieder schließt. Denn alles andere gefährdet den **sozialen Frieden**, und alles andere bereitet den Boden den Rechtspopulisten, die die Infrastruktur für Menschen wie Anders Breivik schaffen.

(Heinz-Werner Jezewski)

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Fraktionsvorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Bombenanschlag** in Oslo und der Massenermord auf der **Insel Utøya** am 22. Juli dieses Jahres führten reflexartig dazu, dass viele Medien gen Mekka schauten und die Täter in islamistischen Kreisen vermuteten. Anders Breivik aber ist kein islamistischer Terrorist, der gegen die westliche Welt und ihre Werte kämpft; er ist Anti-Islamist und Norweger durch und durch.

Gleichwohl fand seine Tat nicht im luftleeren Raum statt. In **Norwegen** habe es in den letzten Jahren eine polarisierende öffentliche Diskussion um **Einwanderung** und Islamisierung der Gesellschaft gegeben, hebt der norwegische Schriftsteller Jostein Gaarder hervor. In so einem Klima werden den Hasstiraden eines Breivik keine Grenzen gesetzt, was bei ihm letztlich in Gewalt umschlug.

Auch der Beschluss der ehemaligen rechtskonservativen Regierung **Dänemarks**, wieder feste **Grenzkontrollen** an den **dänischen Außengrenzen** einzuführen, fand nicht im luftleeren Raum statt. Er war bekanntlich das Ergebnis eines faulen Kompromisses, den die dänische Minderheitsregierung unter Lars Løkke Rasmussen mit der Dänischen Volkspartei eingegangen war, weil er ihre Stimmen bei der Abschaffung der bisherigen Vorruhestandsregelung brauchte. Zur Vorgeschichte gehört, dass die Dänische Volkspartei seit 2001 fester Tolerierungspartner der Mitte-Rechts-Regierung war und in den letzten zehn Jahren bei Wahlen immer zwischen 13 und 15 % der abgegebenen Stimmen erhielt. Erst bei der Folketingswahl am 15. September 2011 wurde dieser Trend gebrochen. Trotz eines Verlustes von 3 % der Stimmen erhielt die **Dänische Volkspartei** immerhin noch 12,3 % der Stimmen und 22 Mandate im Parlament.

Wer den Werdegang von Dansk Folkeparti verstehen will, muss aber weiter zurückgehen in die Geschichte unseres nördlichen Nachbarlandes: In den 70er-Jahren gab es dort eine Welle von Steuerrevolten, die zur Gründung der Dänischen Fortschrittspartei führten, die 1973 einen sogenannten Erd-rutschwahlsieg erzielte. Aus dieser Fortschrittspar-

tei von Mogens Glistrup entstand später die Dänische Volkspartei. Sie repräsentiert - mit anderen Worten - einen Bestandteil des dänischen politischen Systems, der von vielen nicht wirklich infrage gestellt wird. Dennoch ist Dansk Folkeparti eine rechtspopulistische Partei, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass unter dem Deckmantel der Meinungs- und Pressefreiheit in Dänemark ein zunehmend einwanderungsfeindliches Klima entstand.

Obwohl die Gewalttätigkeit eines Anders Breivik und der **politische Einfluss** der Dänischen Volkspartei erst einmal nichts miteinander zu tun haben, finden beide ihren Ursprung darin, dass es auch in den „offenen Gesellschaften“ der skandinavischen Länder rechtspopulistische Kräfte gibt, die nicht isoliert betrachtet werden können. Anders herum gilt aber auch, dass wir nicht weiterkommen, wenn nur aus der Vogelperspektive heraus analysiert wird.

Der SSW teilt die Auffassung, die im vorliegenden SPD-Antrag zum Ausdruck kommt. Auch wir nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass rechtspopulistische Strömungen in Europa auf dem Vormarsch sind. Um die Ursachen zu verstehen, müssen wir aber einen Schritt zurückgehen; wir brauchen sozusagen die Froschperspektive.

Aus wissenschaftlichen Studien wissen wir: **Populistische Parteien und Bewegungen** entstehen im Fahrwasser von **Modernisierungsprozessen**. Da, wo Entwicklungen und Umwälzungen so schnell passieren, dass Menschen mit ihren Werten nicht mehr hinterherkommen, entstehen Zukunftsängste. Die Politik schafft es nicht immer, zeitnah und nachhaltig auf diese **Ängste** der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Manchmal kann sie es einfach nicht, manchmal will sie es nicht. Der Populismus greift diese Ängste auf und präsentiert einfache Schwarz-Weiß-Lösungen. Komplexe soziale und ökonomische Herausforderungen werden nicht gelöst; ganz populistisch werden die Schuldigen und Verantwortlichen benannt, an denen man sich abarbeiten kann. Gängige **Klischees** werden dabei ebenso bedient wie Stammtischparolen.

Der **Rechtspopulismus** richtet sich vor allem **gegen** gesellschaftliche und soziale **Minderheiten**. Bei diesen Anschuldigungen gibt es vonseiten der Rechtspopulisten keine Tabus mehr. Frei nach dem Motto „Alles muss raus“ werden Probleme personalisiert und die Schuldigen anschließend diskriminiert. Norwegen, Dänemark, Ungarn, Rumänien, Frankreich - die Aufzählung könnte beliebig fortgeführt werden - machen vor, was es heißt, wenn Diskriminierung nicht mehr per se geächtet wird, son-

**(Anke Spoorendonk)**

dern es „so 'ne und so 'ne“ Diskriminierung gibt. Mit anderen Worten: Populistische Diskriminierungen sind in manchen europäischen Ländern längst salonfähig geworden, obwohl sie menschenfeindlich sind und zu **gewaltsamen Konsequenzen** führen.

Anders Breivik war ein Einzeltäter, aber der Kontext seiner Tat ist in allen europäischen Ländern vorhanden: verbale Ausfälle, Vergiftung des politischen Klimas, das Schüren von Ängsten, Vorurteile und Hass gegen bestimmte Minderheiten, Erbitterung über die Politik anderer Parteien, nicht mehr nur EU-Skepsis, sondern sogar EU-Feindlichkeit. Das ist die Systematik, die in allen europäischen Ländern vorhanden ist.

Zur Froschperspektive gehört, dass die **Geschichte** der einzelnen Länder mitgedacht werden muss. **Dänemark** hat mit Dansk Folkeparti zum Beispiel eine Partei, die es wie keine andere geschafft hat, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit stubenrein zu machen. Es gab in unserem Nachbarland lange keine nachhaltige gesellschaftliche Debatte, keine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der rechtsgerichteten Politik im Land oder dem fremdenfeindlichen Bild Dänemarks in der Welt.

Auch die Geschichte **Ungarns** muss man kennen, um den Vormarsch der Rechtspopulisten im Land zu verstehen. Ungarn ist erst seit 1989 eine demokratische und parlamentarische Republik. Demokratische Werte wie zum Beispiel das Recht auf Gleichwertigkeit sind noch nicht so tief in der Gesellschaft verwurzelt und dementsprechend auch krisenanfälliger. Wirtschaftsrückgang, Arbeitslosigkeit und verbreitete Korruption führen in Ungarn dazu, dass die Menschen für rechtspopulistische Tendenzen empfänglich sind und ihre Wut an den Schwachen in der Gesellschaft auslassen.

In **Deutschland** hat der Populismus insgesamt zwar noch keine tragenden Strukturen entwickeln können. Dennoch möchte auch ich an die öffentliche Diskussion um das Buch von Thilo Sarrazin erinnern. Es gibt also genügend Gründe, vor unserer eigenen Haustür zu kehren und konsequent gegen Rechtspopulismus vorzugehen, damit auch zukünftig ganz klar ist, dass in Deutschland kein Platz für rechtspopulistische Menschenfeindlichkeit ist.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausrichtung der Finanz-, Bildungs- und Förderpolitik auf die Erhaltung und Verbesserung der Lebensgrundlagen aller Bevölkerungsgruppen ist vor diesem Hinter-

grund eine wichtige Perspektive. Wir wissen aber auch, dass sich die Fürsprecher von rechtspopulistischen Parolen von der Politik im Stich gelassen fühlen. Das Unbehagen am politischen Istzustand ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite führt zu einer Aushöhlung der politischen Demokratie, weil der politische Diskurs banalisiert wird. Der Weg zur rechtspopulistischen Politik ist dann nur noch kurz.

Um gegen Rechtspopulismus anzugehen, muss also die demokratische Politik zur **Selbstkontrolle** bereit sein. Wir alle müssen uns ein Stück weit fragen, ob wir eigentlich noch nah genug an den Bürgerinnen und Bürgern dran sind und für sie arbeiten, oder ob wir nur noch am eigenen Machterhalt interessiert sind. Sonst tragen wir nämlich als Politikerinnen und Politiker weiterhin zu unserer eigenen Unglaubwürdigkeit bei. Wir achten nicht mehr auf die Inhalte, sondern die Verpackung - die übergeordnete Themenwahl, die Rhetorik und die äußerliche Erscheinung stehen an erster Stelle.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr richtig! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, das ist eine Beobachtung, die gemacht werden kann, wenn es darum geht, deutlich zu machen, wieso die **Abstände** zwischen Wählerinnen und Wählern und der politischen Klasse so groß geworden sind.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Das ist nicht meine Erfahrung, sondern eine Beobachtung, die gemacht worden ist. Mit dieser Analyse müssen wir uns ernsthaft auseinandersetzen. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Beobachtung.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Frau Abgeordnete, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Das werde ich tun. - Darum sagte ich: Es muss darum gehen, **Teilhabe** an dieser Gesellschaft im Kleinen sicherzustellen. Kultur und Sport, aktives bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene, aufgeklärte Journalisten mit Medienkompetenz, die die Opfer zu Wort kommen lassen, das sind alles Teile einer möglichen Strategie. Und wir als Po-

**(Anke Spoorendonk)**

litikerinnen und Politiker müssen gerade für die Minderheiten, die Diskriminierung, Verfolgung und Ausgrenzung ausgesetzt sind, **Strukturen** schaffen, um gesellschaftliche Akzeptanz und Gleichwertigkeit zu unterstützen.

Wenn als Ergebnis dieser Landtagsdebatte mehr herauskommen soll als eine Grundsatzdebatte, dann ist es - mit anderen Worten - notwendig abzuschichten, wo wir als Landtag gestaltend tätig werden können. Der Antrag stellt bildlich gesprochen einen Spagat dar - auf der einen Seite die europäische Ebene, auf der anderen die regionale und lokale Ebene.

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Dies ist der letzte Satz, Frau Präsidentin. - Dieser Spagat ist nicht einfach zu bewältigen, wenn es das Ziel sein soll, auch Strategien zu entwickeln. Dabei steht fest, dass es kein Handbuch gegen Rechtspopulismus gibt. Fest steht aber auch, dass auch wir in Schleswig-Holstein nicht im luftleeren Raum agieren. Wir sind Teil Europas. Dieser Verantwortung müssen wir uns auch bewusst sein.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein aus der CDU-Fraktion das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Aspekte möchte ich gern noch einmal ansprechen.

Ich dachte, ich hätte mich verhört; aber dem ist offensichtlich nicht so. Herr Kollege Jezewski hat die - zu Recht - unbekannte Band "Dritte Wahl" als seine Lieblingsband bezeichnet. Das ist ausgesprochen bezeichnend. Wenn man sich den einen oder anderen Text dieser Band ansieht, stellt man fest, dass zu Bombenterror aufgerufen wird und Polizisten als Mörder bezeichnet werden. UN-Soldaten werden in einen Zusammenhang mit Rassismus gestellt und ebenfalls als Mörder bezeichnet. Herr Kollege Jezewski, damit haben Sie einmal mehr deutlich ge-

macht, dass Sie weit außerhalb des **Konsenses der Demokraten** in diesem Haus stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der eigentliche Grund aber, weswegen ich mich zu Wort gemeldet habe, ist der Beitrag des Kollegen Stegner von heute Morgen. In der vergangene Woche hat die SPD-Landtagsfraktion eine Veranstaltung durchgeführt, an der unter anderem Professor Dr. Frank Decker - ein anerkannter Experte zum Thema „Rechtspopulismus“ - teilgenommen hat, der in seinem jüngst erschienenen Buch viele Seiten darauf verwendet, gerade die **politikwissenschaftliche Definition von „Rechtspopulismus“** herauszuarbeiten. Er hat diese vielen Seiten auch gebraucht und weist am Ende darauf hin, wie schwer die Definition dieses Begriffs ist. Ausdrücklich warnt er davor, „Rechtspopulismus“ als **politischen Kampfbegriff** zu verwenden.

Nun kann man Ihnen vielleicht zugutehalten, dass Ihr Antrag das Datum des 21. September 2011 trägt und damit vor der Veranstaltung am 30. September verfasst wurde. Die Art und Weise aber, in der Sie heute morgen den Begriff „Rechtspopulismus“ verwendet haben - Sie haben sogar die Regierungspolitik in Schleswig-Holstein in dessen Nähe gerückt -, verdeutlicht, warum es Ihnen geht: Sie wollen diesen Begriff in seiner Variante als „Kampfbegriff“ und nicht in der politikwissenschaftlichen Definition verwenden.

(Beifall bei CDU und FDP)

So richtig es ist, sich der Thematik anzunehmen und zu untersuchen, warum wir europaweit ein Erstarken von Rechtspopulisten zu verzeichnen haben, so sehr darf man mit Recht die Frage stellen, warum wir in Deutschland keine starken Rechtspopulisten haben. Da nützt auch der Hinweis auf die Schill-Partei nichts. Wo ist denn die Schill-Partei heute?

Die großen demokratischen Parteien - da ist die Sozialdemokratie genauso gefragt wie die Union - müssen auch in Zeiten, in denen man nicht mit schöner Regelmäßigkeit 50-Plus-Ergebnisse erzielt, die Kraft haben, ihre Flügel so weit auszubreiten, dass für Populismus kein Raum bleibt. Franz Josef Strauß hat formuliert, dass es rechts von der Union keine etablierte demokratische Partei geben dürfe.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Franz Josef Strauß?)

- Ganz genau! - Es ist ein politisches Verdienst der Union, dass dies gelungen ist. Darauf dürfen wir durchaus mit Selbstbewusstsein hinweisen.

**(Dr. Axel Bernstein)**

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

- Ich kann verstehen, dass Sie sich ärgern, dass Ihr linker Flügel diese integrative Kraft nicht immer entfaltet hat. Aber der alte Wahlkampfreflex: „Ihr seid die Rechten, wir sind die Guten“, springt an dieser Stelle sicherlich viel zu kurz.

Das war ein schlechter Auftakt für die Debatte. Ich hoffe, Sie werden die Ausschussberatungen nutzen, um zu einer sachlichen Diskussion zurückzufinden. Es geht darum, wie man **gegen Populismus** insgesamt vorgehen kann. Beispiele, die belegen, dass das kein Problem der rechten Seite ist, haben wir in dieser Debatte gehört. Wenn Sie auch in den Ausschussberatungen an den politischen Kampfbegriff „Populismus“ anknüpfen und in diesem Zusammenhang eine Anhörung durchführen wollen, werden wir im Gegenzug sehr deutlich machen, worum es uns geht: Wir wollen an dieser Stelle nicht ein Wahlkampfthema besetzen, sondern in der Sache diskutieren. - Ich hoffe, das wird Konsens in der weiteren Beratung sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Sandra Redmann aus der SPD-Fraktion das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in Reaktion auf die Rede von Herrn Koch einen sehr persönlichen Beitrag bringen. Ich hoffe, dass der Redebeitrag von Herrn Koch - wir werden ihn morgen bekommen - möglichst oft in Schleswig-Holstein verschickt wird, damit die Menschen lesen können, was er gesagt hat. Ich möchte sinngemäß zitieren: Wir sollen nicht versuchen, die Welt zu retten, sondern wir sollen uns im beschaulichen Schleswig-Holstein mit den wirklich wichtigen Dingen beschäftigen. - Das haben Sie sinngemäß genau so gesagt, Herr Koch. Ich finde, das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen in unserem Land,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

die sich gegen Rechtspopulismus wenden und sich Tag für Tag dagegen einsetzen.

Ich gebe meiner Tochter mit auf den Weg, nicht wegzuschauen, wenn Unrecht geschieht, sondern

aufzustehen, Courage zu zeigen und sich einzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich möchte das bitte in Ruhe ausführen dürfen. - Ich versuche, ihr beizubringen, was Courage bedeutet.

Herr Koch, was Sie mit Ihrer Rede ausgelöst haben - ich hoffe, Sie schämen sich dafür.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! - Zuruf von der SPD: Sie können die Wahrheit nicht vertragen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zuhören und verstehen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Abgeordneter Kubicki, Frau Abgeordnete Redmann, wenn Sie etwas miteinander zu diskutieren haben, dann tun Sie das bitte draußen vor der Tür, damit wir in der Debatte fortfahren können.

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels aus der Fraktion DIE LINKE das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Koch, Sie haben auch bei mir einen Reflex ausgelöst, sodass ich mich melden muss. „Ein beschauliches Schleswig-Holstein“ - Sie kommen aus Lübeck; dort können Sie jeden März das beschauliche Schleswig-Holstein genießen, wenn die Faschisten bei Ihnen durch die Straße laufen. Das von einem Lübecker hier zu hören, ist jenseits von Gut und Böse.

Herr Koch, auch das, was Sie sonst gesagt haben, ist infam, zum Beispiel gegenüber meiner Partei, DIE LINKE.

(Christopher Vogt [FDP]: Infam ist das, was Ihr Kollege gesagt hat!)

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Wir waren damals gegen die schnelle Einführung des Euro. Wir haben aber nicht populistisch argumentiert, sondern wir wussten, dass Länder wie Griechenland

(Ulrich Schippels)

unter die Räder kommen würden. Wir wussten, dass ein Europa nur gegründet werden kann, wenn es eine soziale und wirtschaftliche Angleichung gibt, an dessen Schluss eine Währung stehen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen haben wir gesagt: Das ist der falsche Weg. Wir brauchen kein wettbewerbsorientiertes Europa, sondern ein **solidarisches Europa**.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind einen anderen Weg gegangen. Sie sind verantwortlich dafür, dass das jetzt in die Binsen geht. Sie sind durch Ihre Politik - Sie haben sie hier wieder artikuliert - für **rechtspopulistische Tendenzen** verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben behauptet, mit unserer Ablehnung des EFSF-Schirms hätten wir an populistische Positionen angeknüpft. Das Gegenteil ist der Fall: Wir stehen auf der Seite derjenigen in Griechenland, die sich gegen das Diktat des IWF und der Europäischen Union wehren. Wir stehen auf der Seite derjenigen, die sich dagegen wehren, dass die Arbeiter rausgeschmissen werden. Wir stehen auf der Seite derjenigen, die sich gegen Sozialabbau wehren. Das ist garantiert nicht rechtspopulistisch, sondern Ausdruck von Solidarität, wie wir sie empfinden und von der wir meinen, dass sie richtig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen für Griechenland Unterstützung, nicht aber diese Kürzungsorgien.

Nun zu dem, was Sie über Oskar Lafontaine gesagt haben!

(Gerrit Koch [FDP]: Zu Lafontaine habe ich nichts gesagt! - Christopher Vogt [FDP]: Herr Stegner hat das gesagt!)

Mein Kollege Jezewski ist schon darauf eingegangen; ich möchte nur noch etwas hinzufügen. Oskar Lafontaine hat sofort öffentlich Stellung genommen und gesagt, dass es ihm leid tut und dass er das, was er gesagt hat, zurücknimmt. Er wollte etwas sagen gegen diejenigen, die diese Menschen aus Europa hier zu Hungerlöhnen arbeiten lassen. Das ist die Wahrheit, und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Das, was Sie am Anfang gesagt haben, war in meinen Augen das Letzte. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, aber Sie behaupten, es sei populistisch, diese Entwicklung zu benennen. Das ist doch ein Witz hoch drei! Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der LINKEN)

Dadurch, dass die **Schere zwischen Arm und Reich** immer weiter auseinandergeht, haben wir das **Problem des Rechtspopulismus**. Sie, die Partei der Besserverdienenden, sind dafür verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN - Gerrit Koch [FDP]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! - Christopher Vogt [FDP]: Die Grünen sitzen doch dort drüben!)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki aus der FDP-Fraktion das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion geht genau in die Richtung, die Kollege Bernstein beschrieben hat, was ich sehr bedauerlich finde. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich an die Rede der Kollegin Amtsberg erinnern und empfehle allen Kollegen, sie nachzulesen. Sie hat sich mit dem Problem, vor dem wir stehen, beziehungsweise mit dem Phänomen, nicht nur angemessen, sondern auch tiefgründig auseinandergesetzt.

Ich möchte mich mit den LINKEN jetzt gar nicht weiter beschäftigen, aber wenn jetzt in diesem Hause Formulierungen auftauchen wie: „Ihr seid schuld am Aufkommen des Rechtspopulismus!“, dann ist die Diskussion zu Ende.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir uns in die Situation begeben, nur noch zu moralisieren, nach dem Motto: „Wir sind die Guten, die anderen sind die Bösen“, werden wir das Problem nicht lösen. Wir laufen dann nämlich Gefahr, in eine Falle hineinzulaufen: Politik sucht nicht mehr im rationalen Diskurs die Auseinandersetzung, sondern es wird einfach behauptet, der andere sei es nicht wert, dass man ihn mit seinen Argumenten hört und diesen gegebenenfalls entgegentritt.

Ich will die **offene Konfrontation** mit den **Rechtspopulisten**, aber ich will die **Auseinandersetzung** und nicht die Diskreditierung. Ich warne alle Beteiligten hier im Hause trotz Wahlkampf davor, dass wir uns wechselseitig unterstellen, wir seien die besseren oder schlechteren Demokraten, wir seien näher am Rechtspopulismus oder Linkspopulismus

(Wolfgang Kubicki)

als andere. Ich empfehle, die Rede des Kollegen Koch nachzulesen.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Er wollte nur darauf hinweisen - das mag möglicherweise nicht gelungen sein, weil die Wahrnehmung der FDP momentan ein bisschen eingeschränkt ist bei einigen unserer Mitkonkurrenten -, dass man sehr schnell in die Gefahr geraten kann, etwas zu argumentieren, was seinerseits populistisch angehaucht ist. In der Gefahr stehen wir alle.

(Gerrit Koch [FDP]: Genau!)

Wir können natürlich sagen: Wer gegen gleichgeschlechtliche Lebensweisen auftritt, ist ein Rechtspopulist. Dann ist der Kollege Papst ein Rechtspopulist. Denn er erklärt, dass gleichgeschlechtliche Lebensweisen mit dem katholischen Glauben schlicht und ergreifend nicht vereinbar sind. Will das wirklich jemand sagen?

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist nicht unser Kollege! - Weitere Zurufe)

Wie der Kollege Koch will ich nur darauf hinweisen, dass man in der Argumentation aufpassen muss, dass Dinge, die im Diskurs laufen, nicht ohne Weiteres in Schubkästen eingeordnet werden können, wie das bei uns sehr schnell geschieht.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist richtig! - Weitere Zurufe)

- Lieber Werner Kalinka, ich muss jetzt wirklich aufhören. Wenn ich darauf antwortete, würde ich einen Ordnungsruf bekommen. Das will ich heute nicht.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ich will uns nur bitten und ermahnen, gerade weil wir dankenswerterweise noch anders als in anderen Ländern davon verschont sind, dass bei uns rechtspopulistische Parteien einen wirklichen Einfluss auf die politische Gestaltung haben, dass wir uns im Diskurs, den wir auch im Ausschuss führen, nicht auf eine Ebene begeben, wo wir dem Vorschub leisten, statt dem entgegenzuwirken.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner aus der SPD-Fraktion das Wort.

(Unruhe)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vier Anmerkungen zur Debatte machen! Gerade weil wir glücklicherweise noch keine rechtspopulistischen Parteien in Deutschland haben, ist es unser Auftrag zu verhindern, dass das so kommt. Deswegen gibt es das Handlungsfeld jetzt. Die Kollegin Spoorendonk hat zu Recht gesagt, wir sind ein Teil von Europa, und wir müssen uns mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Die Debatte hier war erschütternd, weil Sie in Teilen nicht zugehört haben, nicht einmal die Texte gelesen haben, Selbstkritik gar nicht wahrgenommen haben. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleginnen Spoorendonk und Amtsberg, die versucht haben, sich in der Debatte inhaltlich auseinanderzusetzen. Die Redner der Koalition haben das in keiner Weise getan.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Unglaublich!)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen. Der Kollege Herbst hat beklagt, unser Antrag enthielte nicht alle Inhalte, die da hineingehörten. Teilweise hat er übrigens gar nicht gelesen, was in unserem Antrag steht. Die Antwort der CDU lautet, in ihrem Antrag komplett auf Inhalte zu verzichten. Das ist eine tolle Antwort, wenn man kritisiert, es sei nicht alles drin, was da hineingehöre.

(Beifall bei der SPD)

Dass der Kollege Koch ernsthaft bestreitet, dass **Arm und Reich** weiter auseinanderdriften und das hier sogar als Polemisieren und Angstschüren bezeichnet,

(Widerspruch bei der FDP)

sagt etwas aus über den Zustand der FDP in Deutschland, sehr viel mehr, als Ihnen lieb sein kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Derjenige, der eben vom Kollegen Papst gesprochen hat - die Wortwahl ist ja bezeichnend -, der muss dem Hause wirklich keine Belehrungen geben. Wenn Sie die Auseinandersetzung in der Sache wollten, würden Sie keinen inhaltsleeren Antrag stellen, sondern über die Sache mitdebattieren. Dann würden Sie nicht holzschnittartig diskutieren, sondern sich auseinandersetzen mit den durchaus sehr selbstkritischen Bemerkungen. Ich habe mich auch mit meiner eigenen Partei befasst. Sie haben

(Dr. Ralf Stegner)

aber gar nicht zugehört, sondern Ihre Dinge vorgelesen, die von einem Niveau waren, dass man sich in diesem Parlament wirklich schämt für solche Beiträge, die die Koalition hier geleistet hat.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich bin sehr dafür, dass wir **Gemeinsamkeiten** entwickeln, insbesondere wenn es um den **Umgang mit Extremen** geht. Da müssen wir die Gemeinsamkeit der Demokraten pflegen.

Die Debatte hat aber auch deutlich gemacht, dass es beim Thema Populismus in diesem Parlament deutliche Unterschiede gibt. Ich bin sehr dafür, dass wir leidenschaftlich dafür kämpfen und argumentieren, dass unsere Antwort nicht heißt: **Ausgrenzung**, Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen, sondern jedem eine Chance zu geben, egal, woher er kommt, egal, wie er oder sie aussieht, und auch für sozialen Aufstieg zu kämpfen. Da zeigt sich am Ende dann eben doch, dass der Geist links steht.

(Beifall bei der SPD - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Also doch nur linke Polemik! Das ist doch peinlich für das Parlament!  
- Weitere Zurufe von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, begrüßen Sie bitte mit mir neue Besucher auf unserer Tribüne, nämlich eine weitere Gruppe von der Regionalschule in Wedel. - Seien Sie, Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrkräfte, herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Landesregierung erteile ich dem Innenminister, Herrn Klaus Schlie, das Wort.

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erfolge sogenannter rechtspopulistischer Parteien in Europa, die Aktivitäten islamfeindlicher Gruppierungen in Deutschland und nicht zuletzt der in Oslo verübte Anschlag durch das Mitglied einer als rechtspopulistisch geltenden Partei haben die Diskussion über dieses Thema in den letzten Monaten - wie ich meine, verständlicherweise - aktualisiert, und hier ist in der Tat Aufklärungsbedarf geboten. Insofern begrüße ich für die Landesregierung die heutige Debatte ausdrücklich und halte sie für notwendig, allerdings nicht nur als eine Debatte am heutigen Tage.

Was genau ist unter dem **Begriff Rechtspopulismus** zu verstehen? - In der Debatte ist ja bereits deutlich geworden, dass es eine Legaldefinition für dieses Phänomen nicht gibt. Es wird in der politischen Diskussion oft in einem Atemzug mit **Bezeichnungen wie Rechtstextremismus** oder **Rechtsradikalismus, Faschismus** oder der sogenannten **neuen Rechten** verwendet, zu denen es wissenschaftlich fundierte, weitgehend einheitliche Definitionen gibt.

Frau Abgeordnete Amtsberg, sicherlich sind die Grenzen zwischen Populismus und Extremismus oftmals fließend. Das ist genau die **Herausforderung** für uns **Demokraten**. Deshalb bin ich Ihnen persönlich sehr dankbar für Ihre Rede. Deshalb ist der politische Diskurs in der Demokratie notwendig, um aufzuklären, aber auch um abzugrenzen. Das Ziel dieser Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag kann sicherlich nicht sein, den Begriff Rechtspopulismus ein für alle Mal zu klären.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Dennoch hielte ich es für erstrebenswert, dass wir uns im Hohen Haus weitgehend auf eine sachliche Interpretation des Begriffs Rechtspopulismus verständigen könnten. Dies würde für die politisch notwendige Debatte auch gerade für junge Menschen in der Bundesrepublik hilfreich sein. Dass diese Debatte notwendig ist, bestreitet niemand, auch niemand in der heutigen Debatte, dann aber bitte eine Debatte über die **Gefahren** des politischen Populismus in der gesamten Bandbreite.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit ist keine Abwertung der Diskussion über die Gefahren des Rechtspopulismus im Besonderen gemeint, um auch das deutlich hervorzuheben. Übereinstimmung wird hoffentlich zumindest dann herzustellen sein, wenn man Populismus als **vereinfachenden Politikstil** mit den damit verbundenen Gefahren bezeichnet. Den hier zur Diskussion stehenden Entschließungsantrag der SPD-Fraktion interpretiere ich daher so - da ich ihn ernst nehme -, dass damit politische Bestrebungen gemeint sein sollen, die in Wahrheit rechtsextremistische und damit verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Problemlos ist aber auch diese Beschreibung nicht, denn auch wenn es Berührungspunkte des Populismus mit extremistischen Ideen gibt, bedeutet das natürlich nicht automatisch, dass sie stets auf politischen Extremismus hinauslaufen. Oder möchte jemand die Äußerung des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder, dass man Kinderschänder lebenslang

(Minister Klaus Schlie)

wegsperrten müsste, dem politischen Extremismus zurechnen?

Eines ist klar: Derartige Äußerungen gibt es von vielen Vertretern demokratischer Parteien, da schließe ich selbstverständlich auch die Partei nicht aus, der ich selber zugehörig bin. Deswegen finde ich es notwendig, dass wir das etwas differenzierter betrachten.

Populismus kann trotz aller Unbequemlichkeit und politischer Problematik mit der **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** kompatibel sein, auch wenn dies oftmals bestritten wird. So viel differenzierte Betrachtung muss möglich sein, und sie ist in einer freiheitlichen Demokratie auch notwendig. Die Bandbreite politisch populistischer Thesen, die der Abgeordnete Herbst vorgetragen hat, macht deutlich, dass man eine differenzierte Bewertung dieses politischen Phänomens tatsächlich vornehmen muss.

Das Grundgesetz lässt auch unbequeme Meinungen zu, solange sie die Grundidee des freiheitlichen Rechtsstaats nicht untergraben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass **rechtspopulistisches Gedankengut** auch in **Deutschland** - ich füge hinzu: leider - teilweise auf eine breite Zustimmung stößt.

Ich zitiere aus einem Beitrag in „SPIEGEL ONLINE“ vom 12. Mai dieses Jahres, in dem über eine Forsa-Umfrage zu dem Thema berichtet wird: 70 % der Befragten, so wird dort ausgeführt, fanden, Deutschland gebe zu viel Geld nach Europa. - Über die Bewertung der Griechenlandhilfe mag man noch einmal gesondert nachdenken. - Knapp die Hälfte der Befragten verlangte, die Zuwanderung nach Deutschland müsse drastisch reduziert werden. 38 % waren der Meinung, der Islam passe nicht zu unserem Lebensstil und sei eine Bedrohung unserer Werte.

Derartige Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnten vordergründig den Schluss nahelegen, dass es einen guten Nährboden für rechtsextremistische Parteien gibt. Die Ergebnisse der letzten Wahlen haben aber gezeigt, dass diese Parteien in Deutschland davon nicht profitieren konnten. Die Wählerinnen und Wähler sind offenkundig in der Lage, trotz ihrer Zustimmung zu als rechtspopulistisch empfundenen Thesen zwischen diesen und den Zielen von NPD und Konsorten zu unterscheiden. Auch dies, finde ich, sollten wir als einen Faktor der politischen Reife in unserer Demokratie zur Kenntnis nehmen.

Ich bin ein wenig erschrocken darüber gewesen, wie hier beiseite gewischt wurde, dass es eine Not-

wendigkeit gibt und dass es ja auch politische Tradition in der Bundesrepublik Deutschland ist - die Volksparteien haben seit Gründung dieser Republik durchaus eine Bindungswirkung entwickelt -, das demokratische Spektrum nicht an den Rändern ausfransen zu lassen und diese Übergänge zwischen dem Populismus links oder rechts zum Extremismus hin nicht zu sich verfestigenden Parteistrukturen ausufern zu lassen. Ich halte es auch für nicht angemessen, dass der Versuch unternommen wird, in gewisser Weise eine Partei zu diskreditieren.

Die Grenzen zwischen **Meinungsfreiheit**, **Populismus** und **Extremismus** sind mitunter strittig. Manchmal - wie im Fall Sarrazin - kommt es vermutlich einfach darauf an, wer eine These vertritt, die als populistisch empfunden werden könnte. Nach meiner Kenntnis haben der parteiinterne rechtliche Streit und die Auseinandersetzung über die Person von Herrn Sarrazin in der SPD dazu geführt, dass er nach wie vor Mitglied der demokratischen Partei SPD ist. Ich finde es trotzdem gut, dass es dazu auch in Ihrer Partei eine völlig andere politische Auffassung gibt, die Sie, Herr Abgeordneter Dr. Stegner, ja sehr exponiert vortragen. Aber es gibt in der SPD auch führende Persönlichkeiten, die eine ganz andere Auffassung dazu haben. Eine Demokratie muss es doch ertragen können, dass wir das so miteinander diskutieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dennoch: Niedere Motive bei Rechtspopulisten im Auge zu behalten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die Exekutive ist gefordert, und sie kommt dieser Aufgabe nach. Dies gilt übrigens für alle Formen des Extremismus. Deswegen gibt es ja auch den **Verfassungsschutz**. Ich will auch in diesem Zusammenhang daran erinnern - deswegen ist der Antrag der die Regierung tragenden Fraktionen auch wichtig -, dass wir es gerade zurzeit wieder - dabei geht es mir nicht um links oder rechts - im Zusammenhang mit der islamistischen Diskussion, die wir im Bereich der Salafisten führen, mit solchen populistischen Thesen zu tun haben, mit denen versucht wird, junge Menschen in eine politisch extremistische Ecke zu ziehen.

Deswegen ist es notwendig, dass wir diese Diskussion in der gesamten Breite führen, und deshalb begrüßt die Landesregierung den Änderungsantrag von CDU und FDP ausdrücklich, in dem die Ablehnung aller Formen des politisch und religiös motivierten Extremismus und in dem die Achtung von Menschenrechten oder des friedlichen, demokratischen Zusammenlebens zum Ausdruck kommt.

(Minister Klaus Schlie)

Ob wir das nun in den Ausschuss überweisen und dort weiterberaten und dort irgendetwas beschließen oder nicht - das wird uns nicht entbinden, uns in der Demokratie weiterhin mit den fließenden Grenzen zwischen populistischen Aussagen, die dann möglicherweise in extremistische Positionen hineingleiten, auseinanderzusetzen. Aber wir können auch ein Stück weit stolz darauf sein, dass es den demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland bisher letztendlich gelungen ist zu verhindern, dass sich, auf Dauer jedenfalls, extremistische Parteien so etablieren, dass sie zu einer Gefahr für unsere Demokratie werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/1867 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/1910 als selbstständigen Antrag federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion des SSW. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Neofaschismus und Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/1444

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 17/1755

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Herrn Innenminister Klaus Schlie das Wort.

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eines gleich vorab feststellen: Der Standpunkt der demokratischen Parteien im Schleswig-Holsteinischen Landtag bezüglich rechtsextremistischer Bestrebungen ist eindeutig. Gemeinsam sind wir in den vergangenen Jahrzehnten allen

rechtsextremistischen Bestrebungen entgegengetreten. Diese Einigkeit ist erfreulich und bleibt auch für die Zukunft absolut notwendig.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die **Bekämpfung des Rechtsextremismus** unterliegt rechtsstaatlichen Grundsätzen. Der Rahmen des Grundgesetzes beschreibt nicht nur die Inhalte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern bestimmt auch die Regeln zur Bekämpfung der Feinde dieser Ordnung. Bestrebungen, die auch gegen die **freiheitlich-demokratische Grundordnung** gerichtet sind, werden im Verfassungsschutzverbund und bei den Gerichten in die Kategorien Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus eingeteilt. Der in der Großen Anfrage verwendete Begriff „Neofaschismus“ findet in diesem Rahmen keine Verwendung, weil er in der politischen Auseinandersetzung unterschiedlich interpretiert wird und für die Beschreibung des Rechtsextremismus folglich nicht geeignet ist. Für die Beantwortung der Großen Anfrage bedeutet dies, dass die Annahme einer rechtsextremistischen Bestrebung gewisser Tatbestandsmerkmale bedarf, die zum Beispiel im Strafgesetzbuch und in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder ausreichend präzise definiert sind.

Mehrere Fragen zielen auf die Bewertung bestimmter politischer Gruppierungen durch die Landesregierung ab. Die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus erfolgt aufgrund bundeseinheitlicher, eindeutiger Normen. Daraus folgend können einige offenkundig darauf abzielende Fragen nur mit einer Fehlanzeige beantwortet werden. In weiten Teilen stellen die Antworten eine Ergänzung des aktuellen Verfassungsschutzberichts dar. Andere Schwerpunkte bilden Fragen nach Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und ihren politischen Gegnern sowie Straftaten von Rechtsextremisten und spezifische Aussagen über rechtsextremistische Bestrebungen, insbesondere auch auf kommunaler Ebene. Die Antworten hierauf sind nicht überall in gleicher Informationsdichte möglich, da sonst Schwerpunkte der Verfassungsschutzarbeit offengelegt würden. Über geheimhaltungsbedürftige Erkenntnisse wird gegebenenfalls im Parlamentarischen Kontrollgremium berichtet. Das gilt zum Beispiel auch für die Frage nach der Anzahl der V-Leute des Verfassungsschutzes in der NPD.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einige kurze Anmerkungen zum Thema **NPD-Verbot**. Alle Erkenntnisse verdeutlichen, dass die NPD eine

(Minister Klaus Schlie)

Schlüsselrolle im Geflecht des hiesigen Rechtsextremismus innehat. Der NPD-Landesverband schreckt schon seit Jahren nicht davor zurück, die Grenze vom einfachen Rechtsextremismus zum Bereich des Neo-Nationalsozialismus zu überschreiten. Schon aus diesem Grund stellt sich die Frage nach einem Verbot dieser Partei. Solange allerdings die Risiken eines Verbotsverfahrens - diese gehen über den V-Leute-Einsatz hinaus; das haben wir hier im Hohen Hause bereits diskutiert - nicht sicher bewertet werden können, werden wir einen derartigen Verbotsantrag nicht unterstützen.

Meine Damen und Herren, der Rechtsextremismus hat sich nicht nur in Schleswig-Holstein erneut grundlegend verändert. Die zum Ende der 90er-Jahre entstandenen Kameradschaften spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle, gleichwohl bestehen in fast allen Landesteilen - unabhängig von irgendwelchen Kameradschaftsstrukturen oder der NPD - Personenzusammenschlüsse, die unter Ausnutzung moderner Kommunikationsmittel eine Anlaufstelle für Sympathisanten der rechtsextremistischen Weltanschauung bieten. Diese Entwicklung ist das eigentlich Besorgniserregende an der gegenwärtigen Situation des Rechtsextremismus.

Die NPD stellt in diesem Zusammenhang lediglich eine Art Spitze des Eisbergs dar. Für die Landesregierung hat die Bekämpfung und Beobachtung des Rechtsextremismus daher auch weiterhin höchste Priorität, um im Zusammenspiel der Sicherheitsbehörden den geschilderten Entwicklungen entgegenzutreten. Das allein wird aber nicht genügen. Der Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von der Landesregierung mit Nachdruck unterstützt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Ich danke dem Herrn Innenminister für die Beantwortung der Großen Anfrage und eröffne die Aussprache. - Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Björn Thoroé das Wort.

**Björn Thoroé [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE hatte schon im April eine Große Anfrage zum Thema Neonazis in Schleswig-Holstein eingereicht. Im September kam nun die Antwort der Landesregierung. Die Antwort enthält leider wenig interessante Daten, die zum Teil auch noch fehlerhaft sind. Man merkt, dass die Landesre-

gierung zum Thema **Neofaschismus** entweder wenig Daten erhebt, das heißt wenig Ahnung hat, oder schlichtweg wenig Energie und Engagement in die Beantwortung der Anfrage gesteckt hat.

Das, was wir durch die Antwort der Landesregierung über die NPD und die Freien Kameradschaften erfahren haben, hätten wir uns in wenigen Stunden aus dem Internet selbst zusammensammeln können.

(Anita Klahn [FDP]: Warum haben Sie es nicht gemacht?)

In der Vorbemerkung spricht die Landesregierung von umfangreichen Informationserhebungen, Strukturanalysen, Lagebewertung, Präventions- und Gefahrforschungsmaßnahmen durch **Polizei** und **Verfassungsschutz**. Die Antworten spiegeln diesen Umfang aber nicht ansatzweise wider. Dies liegt nur im Einzelfall am Geheimnisschutz des Verfassungsschutzes. Dies ist ein weiteres Argument für dessen Unwirksamkeit und für dessen Abschaffung.

Neben aller Kritik wurden jedoch auch einige wenige interessante Einzelheiten geliefert. Erstens. Die Landesregierung erkennt die Wichtigkeit des **Internets**. Sie schreibt:

„Das Internet ist das wichtigste Kommunikations- und Selbstdarstellungsmedium der rechtsextremistischen Szene. Dies gilt besonders für die nicht-organisierten Rechtsextremisten.“

Allerdings zieht sie daraus nicht die notwendigen Schlüsse. Denn die Anzahl der Internetseiten mit faschistischem Inhalt, die aus Schleswig-Holstein kommen, schätzt sie nur, und die Anzahl der nicht-aktiven Seiten hält sie für „unüberschaubar“.

(Gerrit Koch [FDP]: Ja, das ist im Internet so!)

Neue Informationen gibt es auch für angemeldete Kundgebungen, die von Nazis organisiert werden. Insgesamt wurden seit 2005 60 Demonstrationen oder Kundgebungen von der Landesregierung registriert, wobei die Aufzählung offensichtlich nicht vollständig ist. Mindestens eine Versammlung der DVU in Plön fehlt in der Statistik.

(Gerrit Koch [FDP]: Oh!)

Häufigste Kundgebungsorte waren Lübeck mit 13 Kundgebungen in sechs Jahren und Kiel mit 12. Insgesamt konnten **Nazis** in 23 Städten in Schleswig-Holstein **Kundgebungen** durchführen. Dabei fällt auf, was wir vorhin schon zum Thema Rechtspopulismus besprochen haben: Nazis versuchen thematisch in die Mitte der Gesellschaft vorzudrin-

**(Björn Thoroë)**

gen. Dazu benutzen sie vorwiegend soziale Themen.

Auch die Darstellung von **Gewaltstraftaten** seit 2001 bringt einige Erkenntnisse. Laut Landesregierung wurden in Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren 568 Gewaltstraftaten durch Nazis verübt. 568 - dabei sind nur die Verurteilungen wegen Gewaltstraftaten mitgezählt. Verfahrenseinstellungen und nicht angezeigte Straftaten werden nicht berücksichtigt. Da fallen die Zahlen massiv höher aus. In Schleswig-Holstein haben wir also fast 60 Urteile zu Gewalttaten im Jahr. Weil durch eine gezählte Tat meistens mehrere Opfer geschädigt werden, müssen wir von weitaus mehr Opfern ausgehen.

Häufige Tatorte rechter Gewalt waren Kiel mit 73, Lübeck mit 69, Neumünster mit 42, Rendsburg mit 29, Husum mit 25, Elmshorn mit 17, Flensburg mit 17, Ratzeburg mit 16, Eckernförde mit 15, Pinneberg mit 15, Heide mit 14, Uetersen mit 12 und Steinburg mit 11 Urteilen zu Gewaltstraftaten. Insgesamt wurden in 123 Gemeinden und Städten in Schleswig-Holstein Gewaltstraftaten durch Nazis verübt. Für eine Stadt wie Neumünster mit 79.000 Einwohnerinnen und Einwohnern kommt also eine Tat auf 500 Einwohnerinnen und Einwohner.

Mit am entlarvendsten an den Antworten der Landesregierung ist, dass sie offensichtlich nicht die geringste Ahnung hat, wie viele Menschen in Schleswig-Holstein Opfer rechter Gewalt wurden. Das ist eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Gipfel aber ist das bewusste Wegschauen der Landesregierung bei Neofaschistinnen und Neofaschisten in **Ehrenämtern**. Die Landesregierung antwortet auf unsere Frage dazu:

„Von einzelnen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene ist bekannt, dass sie ehrenamtlich tätig sind, ohne dass diese ihr Engagement zu rechtsextremistischen Aktivitäten nutzen. Eine planmäßige Erfassung von Rechtsextremisten in Ehrenämtern erfolgt jedoch nicht.“

Hier wird ganz deutlich: Die Landesregierung hat das, was die NPD den Kampf um die Köpfe nennt, bereits aufgegeben.

(Unruhe)

Neofaschistinnen und Neofaschisten in der Zivilgesellschaft als Trainerinnen und Trainer in Sportver-

einen, als Helferinnen und Helfer in Altenheimen oder als Betreuende von Schülerinnen und Schülern an Ganztagschulen sind niemals trennbar von ihren politisch widerwärtigen Einstellungen.

(Glocke der Präsidentin)

Ihre Antwort auf unsere Frage ist in unseren Augen ein Skandal ohnegleichen.

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Herr Abgeordneter, einen kleinen Augenblick bitte. - Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist schwierig! - Zuruf von der FDP: Das ist sehr schwer!)

- Dennoch sage ich: In der ersten Reihe sehr lautstark Gespräche zu führen, ist einfach zu hinderlich.

**Björn Thoroë [DIE LINKE]:**

Sie müssten in Bildung investieren, Sie dürften nicht bei der Jugend und bei den Zuschüssen für antifaschistische Projekte kürzen, Sie müssten den Kampf um die Köpfe wieder aufnehmen. DIE LINKE wird weiterhin kompromisslos gegen Faschismus kämpfen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE war mit viel Arbeit verbunden. Man darf durchaus den Mitarbeitern der Landesregierung danken, dass sie uns erkenntnisreiche Auskünfte gegeben haben. In Bezug auf die Aussagen, die Landesregierung habe keine Ahnung oder es sei ein Skandal - das habe ich kurz vor dem Abtritt noch gehört -, kann ich nur sagen: Die Berichte der Landesregierung aufgrund objektiver Erkenntnisse sind nicht dazu da, vorgefertigte politische Urteile zu verfestigen, sondern uns die Tatsachen über die Erkenntnislage mitzuteilen. Das ist die Aufgabe einer Landesregierung, und das hat sie in angemessener Weise gemacht.

(Werner Kalinka)

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist so, dass wir uns mit diesem Thema nicht zum ersten Mal befassen. Zuletzt war es während der letzten Landtagstagung zum Thema **Verfassungsschutzbericht**. Was hier steht, ist in Kontinuität dieses Berichts. Anders könnte es ja auch gar nicht sein, als ob man innerhalb von vier Wochen zu nachhaltig anderen Ergebnissen kommen könnte.

Die einschlägigen Aussagen des Verfassungsschutzberichts, die sich auch hier finden, zeigen folgende Punkte. Die Zahl und öffentliche Präsenz von **Rechtsextremisten** in **Schleswig-Holstein** ist rückläufig - gutes Ergebnis. Die bedeutendste rechtsextremistischste politische Kraft ist die **NPD**. Sie beschäftigt sich allerdings auch schwerpunktmäßig mit sich selbst. Darüber müssen wir nicht traurig sein. In Schleswig-Holstein erzielt sie derzeit keine bedeutenden Wahlerfolge. Auch die DVU spielt keine wichtige Rolle. Im Jahr 2010 gibt es einen Rückgang rechtsextremer Straftaten im Vergleich zu den Vorjahren. Das sind Ergebnisse, bei denen wir sagen sollten: Die Aufmerksamkeit, die wir der Arbeit bei diesem Thema gewidmet haben, zeigt eine gute Wirkung. Darüber können wir uns gemeinsam freuen.

Diese Entwicklung wird jetzt durch die erfreulichen Ausführungen zur Großen Anfrage ergänzt, die Sie, Herr Kollege, offenbar nicht selbst bis zum Ende genau durchgelesen haben. Es gibt keine bekannten Bestrebungen, Rechtsextremes zu tun, mit der Rocker-Szene systematisch in Kontakt zu treten. Es gibt keine Bestrebungen, dies mit der Hooligan-Szene zu tun. Es gibt keine Bestrebungen, sich systematisch an Fußballklubs anzudocken, jedenfalls nicht bei uns - das ist auch ein wichtiges Thema. Im Bereich der **Neonazi-Szene** in Schleswig-Holstein sind keine planmäßigen Verflechtungen mit anderen Ländern bekannt.

Ich denke, das sind Dinge, die durchaus interessante Aussagen beinhalten. Die Zahl rechtsextremer Versammlungen - laut der Antwort auf die Anfrage - liegt in Schleswig-Holstein etwa bei zehn. Die größte war die in Lübeck mit 250 Teilnehmern. Auch dies sagt etwas darüber aus, dass hier die Situation durchaus unter Kontrolle ist. Dies ist zwar noch immer nicht das, was wir uns wünschen, aber ich darf auch sagen: Bürgergesellschaft in diesem Land funktioniert. Das ist eine positive und gute Zwischenbilanz.

Natürlich gibt es auch im rechtsextremistischen Raum die Absicht, wieder stärker zu werden. Deshalb ist das Thema Rechtsextremismus natürlich

nach wie vor ernst zu nehmen, und es verdient Aufmerksamkeit. Selbstverständlich ist es jedem Kollegen unbenommen, da seine Schwerpunkte in der politischen Diskussion zu setzen. Es kann allerdings nicht sein, dass wir im Zusammenhang mit politischem **Extremismus** nur noch über eine Erscheinungsform, nämlich die von rechts sprechen. Andere Formen des Extremismus, die es auch gibt und die nicht weniger gefährlich sein können - der Innenminister hat schon etwas dazu gesagt -, erhalten von manchen merkwürdigerweise weniger Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Jasper [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das hat nichts mit „jedes Mal“ zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass jede Form des Extremen von uns eine klare Absage verdient und dies auch zum Ausdruck gebracht werden muss. Ich glaube, dies darf man in einer solchen Debatte durchaus tun.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage es auch deswegen, weil zum Vergleich auch gehört, dass die Anzahl **linksextremer Gewalttaten** in Schleswig-Holstein derzeit höher liegt als die rechtsextremer.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Reden Sie zum Thema!)

- Damit rede ich doch zum Thema. Wozu rede ich denn sonst?

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Nicht zum Thema!)

- Ja, dann will ich Ihnen noch eine Ergänzung hinzusetzen. Es ist schon der Aufmerksamkeit wert, dass - wenn ich an die Lübecker Demonstrationen denke - die dort vorgefundenen Gesetzesübertretungen aus einem ganz bestimmten Bereich gekommen sind. Das gehört auch zu der Wahrheit, mit der man sich auseinandersetzen muss. Ob es einem gefällt oder nicht, ist gar nicht die Frage.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Aber es gehört zur Wahrheit. Dies will ich ergänzend hinzusetzen.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Generalverdacht!)

Es kann die Bewegung gegen den Rechtsextremismus insgesamt auch schwächen, wenn eine kleine Gruppe linksextremer Täter offenbar meint, dass es so etwas wie gute oder schlechte Gesellschaft gibt.

(Werner Kalinka)

Ich kann es nur wiederholen: Es sind von allen Demokraten strikte Abgrenzungen gegen jede Form des Extremismus erforderlich. Das ist auch das gemeinsame Band, das wir bei solchen Debatten durchaus betonen sollten. Ich finde es am heutigen Tag besonders gut zu hören, dass der Bundesinnenminister ein Aussteigerprogramm nicht nur für Linksextreme, sondern auch Rechtsextreme neu aufgelegt hat - immerhin mit 24 Millionen € für Präventionsprogramme. Ich denke, das ist eine gute Nachricht zum heutigen Tage, die zeigen soll, dass dieser Staat handelt und sich den Feinden dieser Demokratie wehrhaft entgegenstellt.

(Beifall bei CDU, FDP und der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte auch ich mich im Namen meiner Fraktion für die Beantwortung der Großen Anfrage bedanken. Dies gilt umso mehr, da man sich doch die Frage stellen muss: Was soll das?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

Keine Frage: Alle demokratischen Parteien - vorneweg die beiden großen Volksparteien - tragen hier eine große Verantwortung, **Rechtsextremismus**, **Ausländerfeindlichkeit** und **Antisemitismus** in allen seinen Formen zu bekämpfen. Anti-Demokraten, die unsere demokratische Grundordnung zerstören wollen, muss entschieden entgegengetreten werden.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Dies tun wir, indem wir uns mit den Ursachen, den Erscheinungsformen und den Gefahren des Rechtsextremismus auseinandersetzen und uns dabei auch kritisch fragen, welchen Beitrag wir selbst zu der Entwicklung geleistet haben und was wir besser machen müssen, um rechtsradikalen Brandstiftern das Handwerk legen zu können. Wir tun es, indem wir uns mit den Argumenten und Parolen der Rechtsextremen beschäftigen, damit wir ihren Vereinfachungen, Vorurteilen und Scheinlösungen widersprechen können und ihnen nicht kampflös die

Hoheit über Stammtische überlassen. Wir zeigen in der Öffentlichkeit Präsenz, indem wir uns an gewaltlosen Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche und Aktionen beteiligen und hierzu auch öffentlich aufrufen. Wir unterstützen die Arbeit der **Polizei**, die nach unserer Erfahrung und Überzeugung den braunen Mob in Lübeck oder anderswo genauso abstoßend und ekelregend findet wie wir, jedoch an Recht und Gesetz gebunden ist und daher die Demonstrationsfreiheit für alle zu gewährleisten hat.

Wir organisieren **Veranstaltungen**, in denen wir für mehr Toleranz und Vielfalt in unserem Land werben, über Vorurteile aufklären und uns dagegenstellen. Wir tun es mit Informationsveranstaltungen in den Schulen, mit der Finanzierung von Demokratie-Initiativen, Beratungseinrichtungen und Aussteigerprogrammen. Wir beteiligen uns an den Runden Tischen gegen Rechtsextremismus dort, wo der Rechtsextremismus nicht nur abstrakt, sondern konkret vor Ort vorhanden ist und das friedliche Zusammenleben der Menschen gefährdet.

Jetzt fragen Sie sich sicherlich, was das mit der Großen Anfrage zu tun hat. - Zu Recht! Die Große Anfrage ist aus meiner Sicht entweder ein erschreckendes Dokument der Hilf- und Einfallslosigkeit einer Fraktion, die in ihrer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bereits an den Begrifflichkeiten scheitert,

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

oder sie ist der, wie ich finde, ebenfalls gescheiterte - -

- Ich bin so irritiert von dem Applaus auf dieser Seite.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Es wird noch besser! Warten Sie, Herr Schippels! Es wird noch besser!

(Gerrit Koch [FDP]: Hoffentlich!)

Oder sie ist der ebenfalls gescheiterte Versuch, gegenüber bestimmten Interessengruppen einen Tätigkeitsnachweis für ein Thema abzuliefern,

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei der CDU)

das von Ihnen zwar immer wie eine Monstranz vorweggetragen wird, mit dem Sie sich aber offenkundig außer anlässlich von Sitzblockaden überhaupt nicht beschäftigen. Wie denn auch? - Bei Veran-

(Serpil Midyatli)

staltungen von Fachleuten wie beispielsweise bei der Fachkonferenz des Rates für Kriminalitätsverhütung am 19. September 2011 in Lübeck fehlen Sie in der Regel. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn Ihre sogenannte Große Anfrage so spannende Fragen enthält wie beispielsweise Nr. 1.5.4. - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus der Großen Anfrage -:

„Wie finanzieren sich die jeweiligen Parteien beziehungsweise parteinahen (Jugend-)Organisationen?“

Die überraschende Antwort:

„Rechtsextremistische Parteien finanzieren sich im Wesentlichen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung.“

Toll, großartig, was für eine große Überraschung!

(Beifall des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

So geht es weiter. Da wird nach den politischen Mandaten rechtsextremer Parteien seit 2005 gefragt, obwohl doch wirklich jeder, der sich in der Szene auskennt und mit dem Thema beschäftigt, weiß, dass die **NPD** in der Kieler Ratsversammlung und im Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg erstmalig seit der Kommunalwahl 2008 jeweils mit einem Mandat vertreten ist.

Da werden Datenfriedhöfe angelegt und Zahlen abgefragt, die bereits durch Anfragen der Bundestagsfraktion DIE LINKE ständig erhoben werden.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Aber nicht für Schleswig-Holstein!)

- Doch, auch. Gucken Sie doch einmal rein! Ich habe alles bei mir oben liegen! Wozu das alles dienen soll, erschließt sich uns nicht. Vor allem ist uns völlig unklar, warum diese Auflistung nun erforderlich ist, obwohl die wesentlichen Fakten - -

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Sie können doch eine Anfrage stellen!)

- Ich habe meine Meinung dazu. Danke schön.

(Weitere Zurufe)

Warum ist diese Auflistung erforderlich, obwohl die wesentlichen Fakten der Zusammenhänge bereits umfänglich und periodisch im **Verfassungsschutzbericht** dargestellt werden? Man hat beim Lesen der Antworten auf Ihre Fragen zu Recht ständig Déjà-vu-Erlebnisse,

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

weil wir bereits in der letzten Tagung über diesen Bericht debattiert haben.

In dieser Debatte fiel übrigens auch vom Kollegen Schippels ein Satz, den ich hier noch einmal erklären muss. Sie sagten anlässlich der Debatte zum Verfassungsschutzbericht 2010 in der Sitzung am 15. September 2011 Folgendes - ich zitiere, Frau Präsidentin -:

„Der Bericht, der uns heute hier vorgelegt wird, ist aus unserer Sicht so unsinnig wie die Arbeit des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein.“

Herr Schippels, was glauben Sie denn, woher die Informationen kommen, die Sie da abfragen?

(Beifall bei SPD, CDU und vereinzelt bei der FDP)

Glauben Sie ernsthaft, dass das Innenministerium bei der NPD angerufen hat und nach der Altersstruktur der Mitglieder gefragt hat oder wann das nächste Feldlager der HDJ stattfindet? Oder wie wollen Sie ohne den Verfassungsschutz das tatsächliche Bedrohungspotenzial der rechtsautonomen Gruppen beurteilen?

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Reicht Ihnen da das fachkundige Urteil Ihres Kollegen Thoroe und seiner Freunde? - Mir nicht!

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ihre Anfrage ist genauso konfus wie Ihre Auseinandersetzung mit dem Thema. Ihre Methodik im Umgang mit politischem Extremismus ist widersprüchlich und aus meiner Sicht auch unprofessionell. Ein Beitrag zur ernsthaften Auseinandersetzung mit diesem Thema ist Ihre Anfrage sicherlich nicht.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Gerrit Koch das Wort.

**Gerrit Koch [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Midyatli, Sie haben mir alles weggenommen. Das war super. Ich werde trotzdem meinen Beitrag abliefern.

(Gerrit Koch)

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Souverän und spontan reagieren!)

- Genau. Ein bisschen mehr habe ich aber doch.

Vor uns liegen die Antworten des Innenministers auf die Große Anfrage der LINKEN. Auch im Namen der FDP-Fraktion danke ich dem Herrn Minister und seinen Mitarbeitern für die großartige Fleißarbeit, mit der Sie Daten und Fakten zusammengetragen haben. Wir alle haben es schon festgestellt: Wirklich neu sind diese Antworten natürlich nicht, schließlich haben wir erst in der letzten Tagung eingehend über den Verfassungsschutzbericht debattiert. Es wundert daher nicht, dass uns die Antworten fast allesamt bekannt vorkommen.

Zum Zeitpunkt der Fragestellung konnten die LINKEN den **Verfassungsschutzbericht** zwar noch nicht kennen, sie hätten aber wissen können, dass der Bericht jedes Jahr erscheint. Er erscheint wirklich jedes Jahr, schauen Sie einmal nach. Deshalb wäre es vielleicht nicht notwendig gewesen, die Fragen vorher zu stellen. Sie hätten auf den Bericht aufbauen und weitere Nachfragen stellen können. Das hat Herr Thoroe schon selbst bemerkt. Trotzdem hat er hier lange geredet.

Ich wende mich also den Antworten zu. Wie auch schon zum Thema Verfassungsschutzbericht kann ich zusammenfassen: Erstens. Rechtsextremisten sind auch in Schleswig-Holstein aktiv. Zweitens. Die **Rechtsextremen** in Schleswig-Holstein sind schlecht aufgestellt. Drittens. Die Mitgliederzahlen sind rückläufig. Viertens. Deren Veranstaltungen werden nur mäßig besucht. Fünftens. Weiterhin geht von den Rechtsextremisten für die freiheitlich demokratische Grundordnung keine ernst zu nehmende Gefahr aus. Diese Feststellungen können mit Blick auf die absoluten Zahlen, die zweifelsohne immer noch zu hoch sind, nicht beruhigen. Jeder Rechtsextremist ist einer zu viel.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Daten und Fakten zeigen aber auch, dass Panik und Angstmache nicht geboten sind. Dennoch sind sich alle Demokraten einig, dass wir uns nicht zurücklehnen dürfen. Wir müssen jeden Tag aufs Neue Menschen für unsere Rechtsverfassung begeistern und zum Mitmachen in der Demokratie gewinnen. Ich rufe jeden auf, sich couragiert gegen Rechtsextremisten zu positionieren. Liebe Frau Kollegin Redmann, Ihr persönlicher Beitrag in der letzten Debatte hat mich berührt. Ich unterstütze es tatsächlich, dass man auch **junge Menschen** alters-

gemäß heranführt und sagt: Wir müssen etwas tun. Hier haben Sie mich vielleicht falsch verstanden. Ich wollte das nicht abwehren oder schlechtmachen. Ihre Wortmeldung hat mich wirklich berührt, und ich danke Ihnen dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir aber schon fast Angst macht, ist der Einleitungstext zu der Großen Anfrage. Die Fraktion DIE LINKE hat ihren Fragen nämlich folgenden Satz vorangestellt, den ich zitieren darf:

„Um gegen neofaschistische und rassistische Personenkreise,“

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Hören Sie doch einmal zu! -

„Parteien und Organisationen und/oder solche der ... Neuen Rechten ... verstärkt und zielgerichtet vorgehen zu können, gilt es, über deren Strukturen genau informiert zu sein.“

Liebe LINKE, wie ist das bitte zu verstehen? - Wie wollen Sie zielgerichtet gegen Rechtsextremisten vorgehen? - Ich hoffe doch, dass zu Ihrer **Vorgehensweise** nur Worte und friedliche Aktionen gehören. Wie ich schon in der Diskussion zum Verfassungsschutzbericht betonte, ist keine Art von Gewalt tolerierbar; egal ob sie von Links oder Rechts kommt. Es gibt keine sogenannte gute oder schlechte Gewalt. Vielleicht mögen Sie uns das noch einmal näher erläutern?

Bemerkenswert ist auch, dass Sie sich nur ausführlich über Rechtsextremisten berichten lassen. Über **Linksextremisten** verlieren Sie kein Wort; allenfalls als vermeintliche Opfer. Das ist leider sehr einäugig von Ihnen. Ich bevorzuge immer das ganze Bild. Ich bin zudem der festen Überzeugung, dass Ihre Anfrage sowieso nur dazu dient, Ihre Klientel zu bedienen, liebe LINKE. Um einen wirklichen Erkenntnisgewinn kann es Ihnen dabei nicht ernsthaft gegangen sein. Vielleicht haben Sie wieder einmal einen Fragenkatalog, der schon in anderen Bundesländern die Innenministerien beschäftigt hat, eins zu eins übernommen? - Dieses Mal haben Sie wenigstens NRW gegen Schleswig-Holstein ausgetauscht. Liebe LINKE, was für eine Rolle spielt es für Ihre politischen Aktivitäten, wo die Internetserver stehen, über die die volksverhetzenden Parolen laufen? - Haben Sie wirklich erwartet, dass der Innenminister Ihnen ganz diskret verrät, wo V-Leute eingesetzt werden?

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

(Gerrit Koch)

Haben Sie erwartet, dass Ihnen eine genaue Auflistung rechtsextremistischer Liegenschaften präsentiert wird, damit Sie dort vorbeispazieren können? - Eigenartig ist auch die Frage, ob der Innenminister die unbewiesene Behauptung teilen würde, dass die **Opfer rechtsextremistischer Gewalt** nicht ausreichend geschützt werden. Wollen Sie damit die Arbeit unserer Polizei und unseres Rechtsstaats infrage stellen, oder wollen Sie nur Angst in der Bevölkerung schüren? - Das hat Ihre Anfrage nämlich auch ergeben. Es gibt leider extremistische Straftaten, aber nicht in der Anzahl, die gern von bestimmten Kreisen - nämlich Ihren - verbreitet wird. Herr Thoroé behauptet, dass es davon noch viel mehr gibt. Wie soll die Landesregierung von den Opfern wissen, die es angeblich geben soll, wenn diese sich nicht offiziell bei den Behörden melden? - Sie können wohl kaum erwarten, dass sie in einer Statistik auftauchen.

Zum Schluss muss man den LINKEN aber eines lassen: Wenn Sie im April 2011 fragen, welche Auswirkungen das Verbot der HNG, der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene, habe, dann beweisen Sie damit seherische Fähigkeiten, denn die HNG wurde erst Mitte September 2011 bundesweit verboten. Wenn Sie solche seherischen Fähigkeiten haben, dann sprechen wir doch einmal über die nächsten Wahlergebnisse.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Luise Amtsberg das Wort.

**Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss sagen, ich bin ein bisschen geschockt über den Verlauf, den das Ganze hier genommen hat. Deshalb möchte ich mit einem Dank an die LINKE-Fraktion dafür beginnen, dass sie sich der Aufgabe angenommen hat, Fragen zu formulieren.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich denke, in einem demokratischen Prozess ist es immer besser, Fragen zu stellen, als sie nicht zu stellen. Zu viele Fragen gibt es wahrscheinlich nicht.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sage ich einleitend. Ich denke, das steht jeder Fraktion zu. Ich danke auch der Landesregierung dafür, dass sie sich die Mühe gemacht hat, die Fragen zu beantworten. Nun steige ich in das ein, was die Große Anfrage ergeben hat:

Wir wissen, was auch der **Verfassungsschutzbericht** deutlich gemacht hat, dass in Schleswig-Holstein neben rechtsextremen Parteien straff organisierte und stark ideologisch ausgerichtete Rechtsextreme, Kameradschaften, aber auch lose und organisierte gewaltbereit agierende Neonazis existieren. Die Szene ist heterogen und für Außenstehende nur sehr schwer zu durchdringen. Rechtsextremismus gedeiht dort am besten, wo die Zivilgesellschaft schwach organisiert ist und wo Menschen das Aufblühen rechter Gesinnung nicht so recht einzuordnen wissen. Das haben persönliche Erfahrungen gezeigt.

In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ist es eine Herausforderung, gegen **Nazis** anzugehen. Wir müssen das Problem aber stärker und vehementer als bisher angehen. In einer der letzten Debatten haben wir deutlich gemacht, wie wir uns das vorstellen könnten. Wir haben Beratungsprogramme und Aussteigerprogramme genannt. Herr Koch, auch wenn die Zahlen vielleicht nicht jeden zu Panik veranlassen, ist es doch so, dass - nach meinem Geschmack - jeder Nazi, den es in Schleswig-Holstein gibt, einer zu viel ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Gerrit Koch [FDP]: Das habe ich auch gesagt!)

- Ich habe Ihnen nicht unterstellt, dass Sie das nicht so sehen.

(Gerrit Koch [FDP]: Das habe ich in meiner Rede gesagt!)

- Und ich habe gerade eingeräumt, dass ich Ihnen nicht unterstellt habe, dass Sie das so gesagt haben, sondern ich habe gesagt, dass ich darauf hinweisen möchte, dass, sofern es Rechtsextremismus in diesem Land gibt, an jeder Stelle das Bedürfnis da sein muss, mit Beratungsprogrammen und so weiter zu reagieren. Nur das habe ich gesagt.

(Gerrit Koch [FDP]: Alles gut!)

- Ja, alles gut. Nicht zuletzt ist es so, dass Rechtsextremismus seine Ursache auch in den Versäumnissen der demokratischen Parteien im politischen Prozess und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern hat, dass also viele Versäumnisse stattgefunden haben. Daraus ergibt sich auch unsere Verpflichtung, uns stärker damit zu befassen. Wir ha-

**(Luise Amtsberg)**

ben eben ausreichend darüber diskutiert und allesamt auch selbstkritisch in unsere Richtungen geguckt.

Ich finde die Große Anfrage der LINKEN auch deshalb gut, weil sie nicht nur Fragen stellt und Antworten einfordert, sondern weil sie auch zeigt, auf welche Fragen wir alles keine Antworten haben. So findet beispielsweise das Thema **Frauen** in der Neonazi-Szene nach meinem Geschmack auch im Verfassungsschutzbericht noch zu wenig Raum. Ich habe vor zwei Wochen gemeinsam mit Andreas Speit, der für die „taz“ schreibt, eine Veranstaltung zum Thema Frauen in der Neonazis-Szene gemacht. Sie müssen wissen, dass Frauen mittlerweile ein Drittel der Wählerschaft der NPD ausmachen und sogar 10 % der Mitglieder. Frauen, so die Erkenntnisse von Beobachtungen, wirken im Wahlkampf auf der Straße vertrauenswürdiger. Indem sie soziale und familienpolitische Themen aufgreifen und in das Zentrum stellen, binden sie neue Klientel an ihre Politik.

Frauen wirken harmloser, was definitiv nicht der Wahrheit entspricht und das Bild in einem gefährlichen Maße verzerren kann, denn an der sexistischen und frauenverachtenden Grundhaltung von Rechtsextremen hat sich auch nichts durch die wachsende Präsenz von Frauen in der Szene geändert. So sagt eine Aussteigerin beispielsweise, dass Frauen, um vorn mitspielen zu können, einen unglaublichen Radikalisierungsprozess durchmachen.

Aber auch **Burschenschaften** sind kein Beobachtungsprojekt des Verfassungsschutzes, obwohl - wie wir gehört haben - in den vergangenen Jahren Veranstaltungen mit vermeintlich Rechtsextremen durchgeführt wurden. Wir wissen, dass in Deutschland Burschenschaften existieren, die sich immer mehr in Richtung Neonazis radikalisieren und offen einen volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff in die Öffentlichkeit tragen.

Die Verbindung von **Rockern** zur Neonazi-Szene wird auf wenige Einzelfälle eingeschätzt. Das stimmt ganz sicher. Das allein reicht mir persönlich aber nicht als Analyse, wenn man sich vor Augen führt, dass die Rockerkriminalität unter anderem beim Waffenbesitz krasse Ausmaße angenommen hat. Wie gesagt, ich will daraus keinen Vorwurf machen, ich möchte aber verdeutlichen, dass das, worüber wir hier reden, lediglich das ist, was wir wissen. Hier gibt es einiges, was im Verborgenen liegt. Wir müssen daher sehr genau darüber nachdenken, wie die Szene sich hier in Schleswig-Holstein im allerschlimmsten Maße ausgestalten konnte.

Dass **Schleswig-Holstein** ein **Problem** hat, zeigen die Ereignisse in den vergangenen Jahren. Wir haben jährlich stattfindende geschichtsrevisionistische Neonazi-Demos in Lübeck, bei denen Nazis in der Innenstadt unter den Augen vieler Reden halten, durch die einem speiübel wird. Wir haben in Bredstedt eine Lehrerin, der es aus dem Staatsdienst heraus und offensichtlich vom Lehrerkollegium unbenutzt gelang, Jugendliche zu infiltrieren. Wir haben erleben müssen, wie Neonazis eine Gewerkschaftskundgebung in Husum überfallen haben und wie die Polizei dies nicht verhindern konnte. In Glinde organisieren sich derzeit Bürgerinnen und Bürger beinahe täglich, um gegen den neu eröffneten Thor-Steinar-Laden zu demonstrieren. In Rieseby zittert die Dorfgemeinschaft bei einem privaten Erbstreit mit, der die Folge haben könnte, dass ein bekannter Nazi aus Lübeck dort Land erhält, auf dem er ein Schulungszentrum errichten kann. In Kiel hat der brutale Angriff auf einen Balletttänzer im vergangenen Jahr die Zukunft eines Mannes zerstört. Die Angriffe und Steinwürfe auf den Buchladen Zapata, auf die Alte Meierei oder auf das Wohnprojekt Dampfziegelei gehören zum Alltag.

Ich möchte damit sagen, dass es nichts bringt, an den starren Definitionen festzuhalten, sondern vielleicht mehr bringt, auch auf das zu hören, was man selbst fühlt, wenn man sich hier im Land umhört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Rassismus** gibt es an jeder Stelle im gesellschaftlichen und politischen Leben. Rassismus ist deswegen so gefährlich und zugleich so erfolgreich, weil man sich die Welt damit so leicht erklären kann. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten uns aber die Mühe machen, die Welt anders zu erklären. Dafür braucht es Mut, den ich hier einfordere.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat nun die Frau Kollegin Anke Spoorendonk von der Fraktion des SSW.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Rechtsextremismus** ist ein unausrottbares gesellschaftliches Phänomen. Immer wieder gelingt es rechtsextremen und rassistischen Gruppen, neue Anhänger zu finden, die sich von der Idee einer starken Volksgemeinschaft angezogen fühlen. Fremdenfeindlichkeit, Autoritätsfixierung und Gewalt sind die Eckpfeiler einer ansonsten ideologisch

(Anke Spoorendonk)

überhaupt nicht homogenen Bewegung. Dies ist auch nachzulesen in der Vorbemerkung der Antwort des Innenministers auf die Große Anfrage.

Diesem Gemischtwarenladen ist nach wie vor schwer beizukommen; dies vor allem, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass die offene rechtsextreme Szene quasi nur die Spitze des Eisbergs ist. Unter der Wasserlinie wuchert in allen sozialen Schichten generationsübergreifend eine fremdenfeindliche, antidemokratische Haltung. Dafür fühlt sich der Innenminister nicht zuständig. Er kann vielleicht auch gar nicht dafür zuständig sein. Ihm geht es ausschließlich um die politisch motivierte Kriminalität, wie er im ersten Satz seiner Vorbemerkung schreibt.

Zweifellos haben **Polizei** und **Verfassungsschutz** durchaus solide Erfolge vorzuweisen. Die rechtsextreme Szene in Schleswig-Holstein steht unter genauer Beobachtung. Rechtsextrem motivierte Straftaten werden geahndet. Man kann sagen: Schleswig-Holstein ist kein bequemes Land für rechtsextremes Gesocks.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka  
[CDU])

Es gibt bei uns weder in den Städten noch auf dem flachen Land befreite Zonen oder rechtsextreme Hegemonien. Das sage ich ausdrücklich; denn wir sollten im Landtag die braunen Parteigänger nicht hochreden, indem wir ausschließlich über ihr Bedrohungspotenzial diskutieren. Damit täten wir der Szene sogar noch einen Gefallen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei  
CDU, SPD, und FDP)

Schließlich jubelt sie nach öffentlichen Debatten regelmäßig in den entsprechenden Internetforen über ihre vorgeblich große Bedeutung, die sie aber gar nicht hat.

Das steht nicht im Widerspruch zu dem, was die Kollegin Amtsberg vorhin sagte. Ich denke, dass es wichtig ist, daran festzuhalten, dass die organisierte rechtsextreme Szene in Schleswig-Holstein klein ist und klein gehalten wird. Die **rechtsextreme Szene in Schleswig-Holstein** ist also klein und wächst allem Anschein nach nicht.

Allerdings ist dieser Befund kein Grund, in den Bemühungen im Kampf gegen Rechtsextremismus nachzulassen. Der Verfolgungsdruck muss aufrechterhalten bleiben, weil die rechtsextremen Vordenker offensichtlich keine andere Sprache verstehen.

Wir benötigen deshalb unbedingt tragfähige und professionelle Strukturen zur **Prävention**. Ich sage dies ausdrücklich, weil ich nicht der Meinung bin, dass das über die ehrenamtlichen kriminalpolitischen Räte der Kommunen geleistet werden kann. Diesen Räten sollte nicht allein die Hauptarbeit aufgebürdet werden, sich mit rechtsextremen Gedankengut und Veranstaltungen auseinanderzusetzen. Dies ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Debatte, die unter anderem in Schulen und in pädagogischen Jugendeinrichtungen zu führen ist.

Polizei und Verfassungsschutz sind auf gute und regelmäßige **Kontakte zu Schulen, Pädagogen** und auch **Haftanstalten** angewiesen, dies gerade auch, weil sich die rechtsextremen Aktionsformen ständig verändern. Dass in der vorliegenden Antwort des Innenministers überhaupt nicht auf diese wichtige gesellschaftliche Vernetzung der Polizei eingegangen wird, hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die Fragesteller nicht danach gefragt haben.

Außerdem geht es darum, die **Nachwuchsrekrutierung** der rechtsextremen Grüppchen zu behindern, damit sie ihren Reiz verlieren, den sie besonders auf gewaltbereite junge Männer ausüben, die nie gelernt haben, sich ohne Gewalt Respekt zu verschaffen. Sie bedienen sich des simplen rechtsextremen Weltbildes, um Zugehörigkeit erleben zu können.

**Pädagogen und Sozialarbeiter**, die gegen rechtsextreme Einstellungen und Weltbilder bei gefährdeten Jugendlichen vorgehen, fühlen sich oft im Stich gelassen. Mit diesen jungen Männern - Mädchen sind in diesem Bereich immer noch die Ausnahme - zu arbeiten, bedeutet nämlich ein jahrelanges, intensives Coaching, das den Rahmen eines broschüreproduzierenden Projektes naturgemäß sprengt.

Der Pädagoge Thomas Mücke berichtet in der aktuellen Ausgabe der „Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege“, wie langwierig die Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen in Strafanstalten ist. Wenn aber jedes Jahr wieder für die Finanzierung gekämpft werden muss, werden wichtige Ressourcen gebunden. Vielleicht vertraut die Landesregierung darauf, dass die bislang beobachtete Erneuerung der rechtsextremen Szene bald an ihre demografischen Grenzen stößt. Das wäre auch ein Erfolg, wenn auch kein politischer.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LIN-  
KEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Mir liegen zwei Meldungen zu Dreiminutenbeiträgen vor. Ich erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin wirklich erschüttert über den Verlauf der Debatte. Wir haben Kritik an der Beantwortung der Großen Anfrage geübt. Das kann jeder nachlesen. Wir haben nämlich eine Kleine Anfrage nachgeschoben, die sich unter Drucksache 17/1772 findet. In dieser Anfrage können Sie nachlesen, weshalb wir **Kritik an der Beantwortung der Großen Anfrage** geäußert haben.

Wir haben die Große Anfrage übrigens gestellt, damit dieses Thema hier im Landtag debattiert wird. Nach unserer bisherigen Erfahrung wird im Landtag nämlich nicht über Verfassungsschutzberichte diskutiert. Im vergangenen Jahr wurde der Bericht einfach im Innenausschuss beerdigt. Wir wollen dieses Thema hier im Plenum diskutieren, von dem wir meinen, dass es ein sehr wichtiges Thema ist. Deswegen haben wir diese Große Anfrage gestellt. Wir haben vor allen Dingen die Fragen gestellt, die uns wirklich wichtig sind.

Frau Midyatli, ich bin wirklich erschüttert, dass die Sozialdemokratie so mit diesem Thema umgeht. Das hier ins Lächerliche zu ziehen, die ganze Debatte um den Rechtsextremismus, um die NPD, um den Faschismus, und dies von der großen deutschen **Sozialdemokratie**, das finde ich in dem Wissen um das, was zwischen 1933 und 1945 passiert ist, als auch viele Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern gelandet sind, nicht gerechtfertigt. Wir wissen auch, wie die NPD heute agiert. Was geschieht denn im Vorfeld von SPD-Parteitag? Dort tauchen doch die ewig Gestrigen auf und verbreiten ihre Propaganda. Gerade die SPD steht doch im Visier der NPD. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass die SPD ernsthafte mit diesem Thema umgeht.

Auch wir sind selbstverständlich davon betroffen. Auch viele Menschen mit Migrationshintergrund sind betroffen, weil sie nicht in Diskos hineinkommen, weil sie ausgegrenzt werden, weil sie beschimpft werden, weil sie arbeitslos sind, weil sie verprügelt werden. In Kiel passiert das öfter.

(Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]: Täglich!)

- Zum Glück passiert das nicht täglich, Frau Brand-Hückstädt, aber leider viel zu oft.

Leider viel zu oft geht die NPD nicht nur gegen die SPD vor, sondern auch gegen Büros der LINKEN. Das ist auch in diesem Jahr schon viel zu oft passiert. Ich denke deshalb, mit diesem Thema sollte man anders umgehen, Frau Midyatli.

Eins möchte ich Ihnen aber noch sagen. Sie behaupten, wir würden das Thema hochkochen, um unsere Klientel zu befriedigen. Frau Midyatli, bereits im Jahr 1982, als die Kieler Liste für Ausländerbegrenzung aktiv war, als Sie 7 Jahre alt waren, habe ich mich mit meiner ganzen Existenz gegen diesen Wahnsinn, gegen diesen Rechtsextremismus eingesetzt. Das werde ich machen, solange ich laufen kann. Das müssen Sie mir abnehmen. Ich will hier nichts instrumentalisieren, sondern das ist meine Politik - mit Haut und Haar.

(Beifall bei den LINKEN - Gerrit Koch [FDP]: Und was hat das mit Ihrer Großen Anfrage zu tun?)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Antje Jansen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber jetzt zur Großen Anfrage!)

**Antje Jansen [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich bin erschüttert angesichts dieser Debatte. Meiner Meinung nach gehört es zum parlamentarischen Verfahren, dass jeder Anfragen stellen kann, die er für seine politische Arbeit benötigt. Das machen wir auch bei Großen oder Kleinen Anfragen. Mit den Großen Anfragen der anderen Fraktionen sind wir auch nicht immer zufrieden. Wir setzen uns aber damit inhaltlich auseinander.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das gehört zur **Fairness des Parlaments**, dass mit solchen Anfragen auch inhaltlich umgegangen und dass uns nicht gesagt wird, wir könnten uns ja die Antworten selber aus dem Internet herausuchen. Die Landesregierung sollte uns die Fragen beantworten, wenn wir das gerne möchten. Dazu ist die Landesregierung auch verpflichtet.

Ich möchte mich noch bei den Kolleginnen Frau Amtsberg und Frau Spoorendonk für die sachliche Debatte bedanken, dafür, dass sie auf dieses Thema

(Antje Jansen)

hier mit eingestiegen sind und inhaltlich unsere Fragen bestätigt haben. Ich finde es auch richtig, wenn hier gesagt wird: Der **Rechtsextremismus** wird hier klein gehalten; den gibt es in dieser Form hier nicht. Aber wir wollen, dass dieses Thema immer auf der Tagesordnung steht, auch wenn der Rechtsextremismus hier nur klein ist. Er existiert tagtäglich im Alltag.

In Lübeck erfahren wir das jedes Jahr. Da fängt man jetzt wieder an, über die Nazi-Demo und Rechtsextremismus und Neofaschismus zu diskutieren. Diese Wortwahl gibt es. Es gibt viele antifaschistische Bürger und Bürgerinnen, die sich jedes Jahr damit auseinandersetzen, sowohl in Lübeck als auch in Neumünster mit dem Club 88.

Ich finde, wir müssen hier darüber diskutieren, auch die großen Volksparteien SPD und CDU, zum Teil auch die FDP, obwohl sie ja keine Volkspartei mehr ist. Da haben wir ins Wespennest gestochen. Sie wollen über dieses Thema nicht mehr diskutieren. Sie wollen den Mantel darüber decken.

(Christopher Vogt [FDP]: So ein Quatsch!)

Damit sind wir nicht einverstanden. Sie sitzen auch deshalb hier mit im Parlament, um diese Fragen zu diskutieren.

Ich muss sagen, von der SPD bin ich auch ein bisschen enttäuscht, dass sie diese Fragen hier im Parlament nicht ernst nimmt und meint, wir hätten diese Fragen hier nicht zu stellen.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Ich finde, wir sollten hier sachlich miteinander diskutieren und arbeiten und die Fragen ernst nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Sie hören offenbar gar nicht zu! Sie sitzen doch so nahe dran! - Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der SPD hat jetzt nicht Frau Jansen, sondern Herr Dr. Dolgner das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schippels! Wir sind aus gutem Grund die einzige Partei in Deutschland, die sich nie umbenennen musste. Denken Sie einmal darüber nach, woran das wohl liegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nur gesagt: „Denken Sie darüber nach!“, und ihre Reaktion zeigt mir, dass Sie gerade darüber nachgedacht haben.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Die SPD hieß 1917 auch SPD. Sie wollen auf die USPD-Abspaltung hinaus, die sich übrigens dann zu einem kleinen Teil wieder mit der SPD zusammengefügt hat und zu einem kleinen Teil zur KPD gegangen ist. Ich kenne übrigens die Beschlüsse, die damals in einem sehr aggressiven Ton gegenüber den **Sozialdemokraten** von der Komintern gefasst worden sind, mit der Sie natürlich nichts zu tun haben. Aber das ist nicht der Punkt der Debatte.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Da haben Sie recht!)

Sie haben auf unsere Geschichte rekurriert, und dann rekurriere ich auch auf unsere Geschichte, wenn Sie auf die Geschichte von anderen rekurrieren.

Ich glaube, ehrlich gesagt, dass der Vorwurf, wir würden uns nicht mit dem Thema auseinandersetzen, vor allem daran liegt, dass Frau Midyatli das Thema hier nicht selbst angesprochen hat. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, da spannen Sie einen sehr, sehr weiten Bogen und haben diesen auch deutlich überspannt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Frau Midyatli hat in den ersten zwei Minuten ihrer Rede gesagt, was man aktiv gegen **Faschismus** tun kann und was wir alle dagegen tun sollen. Das waren die ersten zwei Minuten ihrer Rede.

Ich könnte Ihnen jetzt auch erzählen, dass ich in den 90er-Jahren Fahrten nach Auschwitz organisiert habe, dass die Rechten, die später in Rieseby gelandet sind, damals in Büdelsdorf saßen, meinem Heimatort. Glauben Sie mir, die haben mir das nicht goutiert. Aber was soll das im Zusammenhang mit der Diskussion, ob es sinnvoll ist, ob Sie eine Große Anfrage stellen, bringen? In diesem Hause wurde schon über Faschismus diskutiert, da gab es DIE LINKE in Schleswig-Holstein noch gar nicht im Parlament.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hatte bei einer Juso-Veranstaltung die Herren von der DVU da.

(Dr. Kai Dolgner)

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum bringen Sie das im Zusammenhang mit der Debatte von vorhin? Es ist doch kein Verbrechen, darüber zu reden!)

- Das hat auch keiner behauptet, Frau Amtsberg. Die Figur, die jetzt gerade versucht worden ist, nennt sich Pappkameraden aufbauen.

Wir haben - Frau Midyatli hat das eben mit ihrem Redebeitrag ganz klargemacht - auf die Widersprüche auch Ihres Redebeitrags hingewiesen. Auf einen komme ich noch zurück und muss Ihnen sagen, Frau Kollegin Jansen: Das mit dem Internet haben nicht wir gesagt, das hat der Kollege Thoroé gesagt, und zwar wörtlich. Lesen Sie das einmal nach.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Aus unserer Erfahrung heraus sind wir für eine **kämpferische Demokratie**. Zu einer kämpferischen Demokratie gehört auch ein Verfassungsschutz. Wir haben Sie auf nichts anderes aufmerksam gemacht als darauf, dass die Daten, die Sie haben wollen und die man für den Kampf gegen den Extremismus auch braucht, natürlich erhoben werden müssen. Das macht man schlicht und ergreifend nicht über Google.

Sie haben aus der Großen Anfrage eine **politische Forderung** erhoben. Die politische Forderung war, den **Verfassungsschutz** abzuschaffen.

(Gerrit Koch [FDP]: Genau!)

Das können Sie bei Herrn Thoroé nachlesen. Da steht das so drin.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Wir bestätigen das auch immer!)

- Weil Sie eben gerade mit dem Kopf geschüttelt haben. Dann habe ich das Kopfschütteln bei Ihnen falsch verstanden. Ich entschuldige mich. Wir wollen ja auch keine Dialoge führen.

Wer aus der Großen Anfrage die politische Erkenntnis zieht, dass man den Verfassungsschutz abschaffen kann, muss damit rechnen, dass wir als Sozialdemokraten das komplett anders sehen - gerade aus unserer Geschichte heraus. Denn wir sind eine Partei, die immer unter Extremisten gelitten hat.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ich glaube, wer eine politische Forderung stellt, muss auch damit leben, dass man diese politische Forderung entsprechend aufnimmt.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat die Frau Kollegin Serpil Midyatli. - Ich bitte Sie, Ihre Zwiesgespräche einzustellen und der Kollegin zuzuhören.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Dreiminutenbeitrag des Kollegen Schippels hat mich noch einmal hierherbemüht. Niemand streitet Ihnen das Recht ab, **Große Anfragen** zu stellen. Etwas anderes habe ich in meinen Ausführungen auch überhaupt nicht gesagt. Meine **Kritik** richtete sich gegen die Art. Sie haben im Februar 2010 eine Kleine Anfrage gestellt, noch einmal im Februar 2010 eine Kleine Anfrage zum gleichen Thema gestellt, im März 2010 noch einmal eine Anfrage gestellt. Dann gab es drei Anfragen im Bundestag, teilweise mit den gleichen Fragen, dann kommt diese Große Anfrage. Wir hatten vorher den Verfassungsschutzbericht, und wir hatten den Sicherheitsbericht. Die Fragen haben sich ständig wiederholt.

Ich musste mir da einmal die Frage stellen: Was soll das Ganze? Wissen Sie was, Herr Schippels? Wenn wir hier eine Liste aufmachen würden, wer mehr in diesem Laden - Entschuldigung -, in diesem Parlament diskriminiert wurde, ausgegrenzt wurde, da würden Sie, glauben Sie mir, im direkten Vergleich mit mir den Kürzeren ziehen. Ich möchte hier nicht eine Liste aufmachen, wer, wie, wann und wo verfolgt wurde, wer sich wann und wo eingesetzt hat. Sie haben sich hier vorhin hingestellt und haben gesagt: Ich habe mich hier eingesetzt, ich habe mich da eingesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Darum geht es überhaupt nicht in dieser Großen Anfrage. Es geht um das, was Sie abgefragt haben, und die Ergebnisse lagen uns schon vor.

Wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, die Antworten bräuchten sie gar nicht, das hätten sie auch alles googeln können, dann frage ich: Was ist denn das für eine Aussage?

(Serpil Midyatli)

Das war der Grund, warum ich meine Rede so formuliert habe, wie ich das wollte.

Wenn Sie hier von sachlich reden, dann schauen Sie sich doch bitte noch einmal Ihre Fragen an.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion DIE LINKE hat der Herr Abgeordnete Thoroer zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag das Wort.

**Björn Thoroer [DIE LINKE]:**

Jetzt können wir ja vielleicht wieder einiges geraderücken.

Es stimmt, wir haben zwei **Anfragen** zu **Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein** gestellt. Ungefähr auf die Hälfte der gestellten Fragen war die Antwort: „im Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht beantwortbar“. Deshalb haben wir dann eine Große Anfrage gestellt und haben zum Beispiel gefordert: „bitte nach Kreisen aufschlüsseln“, weil es diese Daten nicht gibt. Sie gibt es weder im Verfassungsschutzbericht noch bei den Anfragen auf der Bundesebene, noch sonst irgendwo. Die Statistiken, aus denen man diese Daten herausziehen kann, sind auch nicht vom Verfassungsschutz. Das sind Statistiken von Polizei und Justiz, die, wenn sie ordentlich geführt würden, auf die Fragen vernünftige Antworten geben könnten.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Das wollten wir wissen, weil man zum Beispiel, wenn man weiß, wo Schwerpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten sind, auch **Präventionsprogramme** danach ausrichten kann. Das wäre doch eine Schlussfolgerung, wie man mit dieser Großen Anfrage hätte umgehen können.

(Beifall bei der LINKEN - Serpil Midyatli [SPD]: Stellen Sie einen Antrag! Es wird Zeit, dass Sie einen Antrag stellen!)

- Wir haben schon Anträge dazu gestellt. Aber um **Daten** zu bekommen, haben wir noch einmal unsere **Große Anfrage** gestellt.

Ich frage mich aber auch: Herr Kalinka, worüber sollen wir uns denn freuen? Wir hatten über 74 Musikveranstaltungen von Neonazis mit über 3.500 Besuchern. Oder soll ich mich etwa darüber freuen, dass Schleswig-Holstein Platz eins unter den west-

lichen Bundesländern bei rechtsextremen Straftaten pro Einwohner einnimmt?

Darüber kann ich mich nicht freuen. Deshalb haben wir dieses Thema aufgegriffen und hier zur Debatte gestellt. Wir denken - das habe ich übrigens auch gesagt -, dass man aus einigen Antworten auf die Große Anfrage Schlüsse ziehen kann. Diese Schlüsse werden zumindest wir ziehen. Wie das mit den anderen Parteien - zumindest mit CDU, FDP und SPD - aussieht, werden wir in Zukunft sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Ich muss fragen: Ist Antrag auf Überweisung gestellt worden? - Er ist nicht gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Noch nicht einmal ein Antrag auf Ausschussüberweisung!)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 18 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) GKV-Versorgungsstrukturgesetz**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1841

**b) Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1866 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. - Mit dem Antrag Drucksache 17/1841 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse deshalb zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung auch gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Ich erteile sodann für die Landesregierung dem Herrn Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg, das Wort.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn dieser Debatte will ich nach dem Ende der letzten Debatte, ohne werten zu wollen, Folgendes deutlich sagen: Es gibt viele wichtige Themen. Die **Sicherstellung** einer flächendeckenden ambulanten und stationären medizinischen, aber auch pflegerischen **Versorgung** ist eines der zentralen Zukunftsthemen nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern in unserer älter werdenden Gesellschaft für unser gesamtes Land und mindestens genauso wichtig wie beispielsweise Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik der Zukunft.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Marret Bohn  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage das deswegen am Anfang der Berichterstattung, weil früher gesundheitspolitische Themen ein bisschen ein Nischendasein führten. Es war ein Thema für Experten und Gesundheitspolitiker. Wenn wir alle uns nicht anstrengen, dafür zu sorgen, dass **Pflege- und Gesundheitsstrukturen** weiterentwickelt werden, kriegen wir tatsächlich die Probleme, die mancher schon jetzt heraufbeschwört. Wenn wir intelligente Antworten geben, müssen wir die Probleme, vor denen manche warnen, nicht bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber  
[SPD])

Um diese Versorgung in Zukunft gewährleisten zu können, bedarf es vieler kreativer Ideen, und zwar vor Ort. Ich sage auch: Die Versorgung der Zukunft wird anders aussehen, als das in vielen Fällen heute noch an vielen Orten der Fall ist. Daran müssen wir uns gewöhnen.

Der **Entwurf** des vorliegenden **GKV-Versorgungsstrukturgesetzes** gibt eine ganze Reihe ordentlicher Instrumente an die Hand. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Es gibt eine geteilte Freude. Die einen freuen sich mehr über diesen Gesetzentwurf, die anderen kritisieren den Inhalt des Gesetzentwurfes mehr. Unabhängig davon wird ein Gesetz niemals in der Lage sein, neue Ärztinnen und Ärzte, neue Krankenschwestern und neue Krankenpfleger zu produzieren. Es bedarf schon etwas mehr als nur eines gesetzlichen Rahmens, um wieder mehr junge Menschen als bislang für diese

Berufe zu gewinnen, dafür, dass sie in diesen Berufen tätig sein wollen.

(Beifall der Abgeordneten Anita Klahn [FDP], Oliver Kumbartzky [FDP] und Ursula Sassen [CDU])

Die Länder haben mit dem Bund in den letzten ein- einhalb Jahren hart um **Steuerungselemente und Rahmenbedingungen** für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung gerungen. Dabei waren sich alle darüber einig, dass die Instrumente, die gefunden werden sollen, regional passen müssen und stärker von den Akteuren vor Ort angewandt, aber auch verantwortet werden müssen. Damit beginnt eine Trendumkehr der gesundheitspolitischen Philosophie der vergangenen Jahren, man könne alles zentral planen, zentral steuern und am besten auch zentral die Versorgung gewährleisten. Ich war schon immer der Auffassung, dass das ein Irrweg ist.

Lassen Sie mich einige **Neuregelungen** im Bereich der **Länderkompetenzen** nennen. Da steht nach §§ 90 und 90 a des SGB V die Regionalisierung und Flexibilisierung der Bedarfsplanung. Die Länder können in Zukunft ein sektorenübergreifendes Gremium auf Landesebene einrichten, in dem Fragen der sektorenübergreifenden Bedarfsplanung beraten und Empfehlungen abgegeben werden können. Damit wird die jeweils sektorenspezifische Bedarfsplanung endlich um eine sektorenübergreifende Perspektive ergänzt, die längst überfällig ist.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Die Länder erhalten nach § 92 SGB V ein **Mitberatungsrecht** bei den Beratungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu Fragen der **Bedarfsplanung**. Das war ein hartes Ringen zwischen Bund und Ländern. Wenn mehr Kompetenzen, mehr Handlungsspielräume und mehr Verantwortung auf die Länder übertragen werden sollen - was richtig ist -, dann haben die Länder auch ein Recht darauf, bei Fragen der Bedarfsplanung im GBA ein Mitspracherecht zu erhalten. Was denn sonst?

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Nach § 99 SGB V erhalten die regionalen Gremien den erforderlichen Gestaltungsspielraum, um die **regionale Bedarfsplanung** an den konkreten **Versorgungsbedarf** anzupassen. Die Länder selber können mit Hilfe dieser Instrumente den Anspruch, Versorgung sicherzustellen, unterstützen. Ich sage

(Minister Dr. Heiner Garg)

auch, sie können, sollen aber nicht die Aufgabe der Selbstverwaltung übernehmen.

Die **Selbstverwaltung** erhält für die Sicherung einer flächendeckenden ambulanten medizinischen Versorgung weitere Instrumente an die Hand. Ich will einige exemplarisch aufzählen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen erhalten jetzt die Möglichkeit, über Honorarzuschläge **unterversorgte Gebiete** für niederlassungswillige **Ärzte** finanziell attraktiver zu machen. Wer das als „Ärztegesetz“ diffamiert, kennt offensichtlich die Notlagen, die zum Teil in Mecklenburg-Vorpommern schon bestehen und sich bei uns an der Westküste andeuten, schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Markus Matthießen [CDU] und Ursula Sassen [CDU])

Ein Punkt, der Schleswig-Holstein in der Diskussion immer ganz besonders wichtig war, konnte endlich erfolgreich zu Ende gebracht werden. Konnten nämlich bisher freiberuflich tätige Ärzte ihre Zulassung in eine Praxis oder in ein medizinisches Versorgungszentrum einbringen und in einem Angestelltenverhältnis tätig sein - das ist im Übrigen insbesondere für Frauen eine sehr interessante Geschichte -, können sie in Zukunft aus dem **Angestelltenverhältnis** heraus auch wieder freiberuflich tätig werden. Es besteht also eine **Rückumwandlungsmöglichkeit**. Das ist ein schöner Erfolg. Ich finde es auch gut, dass wir uns an dieser Stelle beim Bundesgesetzgeber durchsetzen konnten. Es ist eine Möglichkeit, gerade Frauen eine familiäre Phase zu ermöglichen, Ärztinnen eine familiäre Phase zu ermöglichen, im Angestelltenverhältnis tätig zu sein, möglicherweise nur eine begrenzte Stundenzahl in der Woche, aber, wenn sie es denn wollen, später wieder als freiberuflich tätige Ärztinnen voll in die Niederlassung zu gehen.

(Beifall der Abgeordneten Anita Klahn [FDP] und Ursula Sassen [CDU])

Ebenso ist die **Aufhebung der Residenzpflicht** und die **Förderung mobiler Versorgungskonzepte** ein sinnvoller Ansatz. Unabhängig davon, wie unsere Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein dies findet - sie findet mobile Gesundheitsversorgung noch nicht ganz so klasse wie der Gesundheitsminister -, sage ich Ihnen: Mir ist es allemal lieber, wir lassen ein sogenanntes Doc-Mobil über Land rollen, damit Patienten auch in der Fläche versorgt werden können, als dass wir uns einen ideologischen Streit leisten.

(Beifall der Abgeordneten Anita Klahn [FDP] und Ursula Sassen [CDU])

Die Verbesserung der Rechtsgrundlagen für den Betrieb von Eigeneinrichtungen durch die Kassenärztliche Vereinigung, aber auch der Möglichkeit zum Betrieb von **Eigeneinrichtungen** durch kommunale Träger sind weitere aus meiner Sicht intelligente und richtige Antworten auf die Herausforderungen, die die Landesregierung im Übrigen intensiv nicht nur angeht, sondern bei denen sie bereits in der Planung zur Umsetzung ist.

Die Landesregierung hat darüber hinaus im Bundesrat weitere Anträge angebracht, um die Leistungsfähigkeit der Versorgung der stationären Einrichtungen durch eine **Entspannung der Erlössituation** zu verbessern. Ich weiß, dass es sich vor allem um ein Gesetz zur ambulanten Versorgung handelt. Trotzdem: Wenn wir über sektorenübergreifend reden, darf sektorenübergreifend nicht zulasten eines Sektors gehen, weder zulasten des ambulanten noch des stationären Sektors. Deswegen gehört die Entspannung der Erlössituation der Krankenhäuser für mich unbedingt zu dieser Debatte dazu.

Gemeinsam mit Bayern ist eine Initiative zur Neuregelung der Mehrleistungsabschläge und gemeinsam mit Hessen eine Streichung der gedeckelten Veränderungsrate durchgebracht worden.

Ich bedaure es sehr - dabei schaue ich insbesondere Sie an, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten und den Grünen -, dass ein erneut eingebrachter Antrag Schleswig-Holsteins zur **Angleichung der Basisfallwerte** im Bundesrat wiederum gescheitert ist.

Die Sozialdemokraten fordere ich - humorvoll - auf, ihrem Fraktionsvorsitzenden etwas mitzuteilen. Er erklärte offensichtlich in der vergangenen Woche auf einer Veranstaltung des Verbandes der Ersatzkassen, der Landesgesundheitsminister sei schuld daran, dass die Landesbasisfallwerte so niedrig seien. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, man kann bestimmt viel Kritik an mir üben, aber es ist häufig genug dokumentiert worden, dass ich mit meiner Forderung zu den Landesbasisfallwerten fast jeden in dieser Republik nerve. Geben Sie Herrn Dr. Stegner bitte mit, dass er gegenteilige Behauptungen einfach unterlassen möge; denn sie sind schlicht albern.

(Beifall bei FDP und CDU)

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass wir alles daran setzen - -

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat der Herr Minister, nicht die Kollegen Heinold und Kubicki.

(Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Meine Damen und Herren!

**Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:**

Frau Kollegin Heinold, vielleicht erinnern Sie sich an die manchmal durchaus interessante Zeit, als wir - zu Zeiten der Großen Koalition - gemeinsam die Oppositionsbank drücken mussten. Vielleicht erinnern Sie sich auch an die erste Initiative, die die drei Oppositionsfraktionen gemeinsam stellten. Ich habe soeben nur darum gebeten - dazu stehe ich auch -, Herrn Kollegen Stegner mitzugeben, dass es albern ist, mich für die Situation bei den Landesbasisfallwerten verantwortlich zu machen. Ich bin derjenige, der wirklich mit Vehemenz versucht, das rückgängig zu machen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich halte die Entscheidung, die in Berlin getroffen wurde, nach wie vor für falsch.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

**Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:**

Selbstverständlich.

**Dr. Marret Bohn** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat sich mit dem letzten Satz im Grunde erledigt. Ich denke, wir alle in Schleswig-Holstein sind uns darüber einig, dass Sie nicht tätig werden müssten, wenn nicht auf Bundesebene dieser Fehler begangen worden wäre - von dem FDP-Bundesgesundheitsminister?

- Nein! Frau Kollegin Bohn, ich bedaure es, auch an dieser Stelle eine Korrektur anbringen zu müssen: Die aktuelle Regelung ist auf vehementes Betreiben der Christlich-Sozialen Union aus Bayern bedauerlicherweise in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt worden, was ich zutiefst bedaure. Ich bedaure es genauso, dass es dann in Berlin umgesetzt wurde - selbstverständlich durch den zuständigen Minister, gar keine Frage. Er hatte keine andere Wahl.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage?

**Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:**

Ja, gern.

**Dr. Marret Bohn** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass die CSU sich durchgesetzt hat und dass der Minister in Berlin die Umsetzung nicht verhindern konnte?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab einen Konsens, und der ist aufgekündigt worden! Das ist das Problem!)

- Frau Kollegin Bohn, es ist bedauerlicherweise richtig, dass die CSU genau diesen Punkt in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat. Das habe ich immer kritisiert, und das werde ich so lange kritisieren, bis wir einen bundeseinheitlichen Basisfallwert haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diese Problematik in einem Satz abbilden: Wenn die Initiativen von Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein zu den beiden zunächst genannten Punkten - Mehrleistungsabschlag und Aufhebung der Deckelung der Veränderungsrate - durch den Bundesgesetzgeber umgesetzt würden, hätten unsere Krankenhäuser bereits im nächsten Jahr etwas davon.

Um zum Abschluss zu kommen: Die Menschen haben ein Recht darauf, dass die **Gesundheitsstrukturen** trotz begrenzter finanzieller und begrenzter personeller Kapazitäten so weiterentwickelt werden, dass auch Menschen, die im **ländlichen Raum** leben, jederzeit Zugang zu qualitativ hochwertigen ambulanten, stationären und pflegerischen Leistungen haben. Daran wollen wir arbeiten - gern auch

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

alle gemeinsam -, weil das, wie ich zu Anfang meiner Rede betont habe, eine der herausragenden Zukunftsaufgaben ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um gut 6 Minuten überzogen. Ich schlage vor, dass wir alle miteinander jetzt etwas großzügiger sind, wie es unsere Geschäftsordnung auch vorsieht. - Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Ursula Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 3. August 2011 hat das Bundeskabinett den **Entwurf des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes** beschlossen. Wesentliches Ziel dieses Gesetzes ist die Sicherung einer wohnortnahen, flächendeckenden medizinischen Versorgung.

Grundsätzlich begrüßen wir dieses Gesetz, nimmt es sich doch besonders der Probleme eher unterversorgter Gebiete an. Bereits 2005 hatte die CDU aufgrund des Versorgungsberichts der KV Schleswig-Holstein das Thema des drohenden **Ärztemangels in ländlichen Regionen** aufgegriffen und Gegenmaßnahmen angemahnt; die FDP hat uns dabei sehr unterstützt.

Ganz offensichtlich gibt es sowohl in den einzelnen Bundesländern als auch in deren Regionen unterschiedliche Interessen und Versorgungssituationen. Daher muss die **Bedarfsplanung** neu justiert werden. Die Reform der in die Jahre gekommenen Bedarfsplanung ist überfällig und wurde zwischenzeitlich von allen Parteien in diesem Hohen Hause gefordert.

Planungsgrundlagen, die ursprünglich als Mittel gegen eine Unterversorgung gedacht waren, sollen - im Gegensatz zur gegenwärtigen Situation - auch die demographische Entwicklung, die räumliche Ordnung und die Sozialstruktur berücksichtigen. So entfällt mit dem Versorgungsstrukturgesetz die starre Vorgabe, dass sich die Planungsbereiche an den Kreisgrenzen zu orientieren haben. In unterversorgten Regionen mit geringer Besiedlungsdichte und älterer Bevölkerung sollen besondere Vergütungsanreize, zum Beispiel die Anpassung der Budgetierung, die Niederlassungsbereitschaft von Ärztinnen und Ärzten fördern. Es bedarf auch konkreter Verbesserungen zur Steigerung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Um eine regionsspezifische Regelung treffen zu können, sind mehr **Flexibilität** und mehr **Länderkompetenz** erforderlich. Daher sieht der Gesetzentwurf für die Partner der Selbstverwaltung mehr Möglichkeiten vor, regional von Bundesvorgaben abzuweichen, und stärkt die Kassenärztlichen Vereinigungen, die den Sicherstellungsauftrag für die ärztliche Versorgung im Land haben.

In einer gemeinsamen Presseinformation der Kassenärztlichen Vereinigungen von Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vom 22. Juli 2011 wurde die Sorge formuliert: „Zugesagte Regionalisierung findet nicht mehr statt!“ Nicht zuletzt diese Äußerung hat uns bewogen, einen Bericht des Gesundheitsministers in der heutigen Landtagssitzung zu erbitten.

Wenn Herr Lauterbach von der SPD am GKV-Versorgungsstrukturgesetz die zu deutliche Handschrift der Kassenärztlichen Vereinigungen kritisiert, ist dies nicht verwunderlich, verfolgte doch die SPD eine eher zentralistische Gesundheitspolitik und plädierte sogar für die Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen. Wir, CDU und FDP, stehen für eine Politik, die die **Freiberuflichkeit der Ärztinnen und Ärzte** stärkt und sektorenübergreifende Zusammenarbeit dort fördert, wo sie dem Patientenwohl dient.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Neugestaltung des § 116 b mit seinen Regelungen zur **spezialärztlichen Versorgung** kritisch zu hinterfragen. Hier bedarf es einer eindeutigen Regelung, die nicht zu Lasten niedergelassener Fachärzte geht.

Wir nehmen auch die Sorge der **Psychotherapeuten** ernst, dass sich durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz die Versorgungssituation der psychisch Kranken weiter verschlechtern könnte, und bitten die Landesregierung und die Selbstverwaltung, besonderes Augenmerk auf die psychotherapeutische Versorgungssituation zu richten.

Es gibt noch viele Detailfragen zu klären. Wir begrüßen, dass alle Akteure im Gesundheitswesen Stellung beziehen und Verbesserungsvorschläge machen, damit wir dem großen Ziel der dauerhaften Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung ein Stück näher kommen.

Der SPD-Antrag zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen ist nun durch einen gemeinsamen Antrag mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ersetzt worden. Er hat dadurch zwar leicht an Qualität gewonnen, enthält aber nichts Neues. Dass über die Eselsbrücke

(Ursula Sassen)

des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes die **Bürgerversicherung** schrittweise eingeführt werden soll, wundert mich nicht.

Bezüglich des viel zitierten **Landesbasisfallwertes** verweise ich auf den Auszug aus dem Bundesratsverfahren; das betrifft die Sondersitzung des Gesundheitsausschusses am 14. September 2011. Neben einigen anderen Anträgen zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz hat Schleswig-Holstein erneut die Angleichung an einen bundeseinheitlichen Basisfallwert gefordert. Wir dürfen sicher sein, dass dies weiterhin ein zentrales Anliegen der Landesregierung und auch von uns bleiben wird.

Der Bericht des Ministers bestätigt, dass die wesentliche Frage nach der **Stärkung der Länderkompetenz** Inhalt des Gesetzes ist. Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz soll am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Diese Zeit werden wir nutzen und gegebenenfalls über die bereits von der Landesregierung eingebrachten Anträge hinaus an Verbesserungsvorschlägen mitwirken.

Wir lehnen den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD aus den genannten Gründen ab, weil - wie gesagt - die Punkte, die dort angemahnt werden, schon im Gesetz zum Ausdruck kommen und die anderen Punkte bereits zuvor behandelt wurden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Bernd Heinemann von der Fraktion der SPD.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, zunächst einmal herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich hoffe, die Versorgung wird wirklich besser. Das **GKV-Versorgungsstrukturgesetz** birgt in den bisher vorliegenden Inhalten einige Flexibilisierungen und bietet Chancen. Das haben Sie eindrucksvoll geschildert, Herr Minister. Geplant ist allerdings eine eierlegende Wollmilchsau, und das fast geschenkt. Wenigen im Gesetzentwurf genannten Kostenfaktoren stehen weitreichende optimistische Einsparvisionen durch weniger Behandlungen gegenüber. Da können wir uns wirklich freuen.

Einzig Finanzminister Schäuble macht in seiner Bewertung die **Kostenrisiken** deutlich: Heilmitteldauerverordnung, Entlassungsmanagement, Zuschläge für besondere Leistungen, Wegfall der Abstaffe-

lung von Arzthonoraren, Aufhebung der Grundlohnbindung bei zahnärztlichen Vergütungen, neue spezialärztliche Versorgungsbereiche ohne Budgetierung, neue Abrechnungsziffern zum Beispiel für Telemedizin und, und, und. Manches ist wirklich sinnvoll.

Der FDP-Bundesgesundheitsminister spricht über Kosten von „nur“ 320 Millionen €, sagen wir einmal: ein Schnäppchen. Wir sind begeistert, sehr begrenzt, toll. Aber der CDU-Bundesfinanzminister kalkuliert mit 4 Milliarden € plus x. Das ist deutlich solider kalkuliert, meine Damen und Herren. Im Gesetzentwurf bleiben die Risiken und die Finanzierung im Dunkeln. Hier ist unser Bundesfinanzminister schlau, denn er hat den Bundeshaushalt gegen einen steigenden Sozialausgleich für die Zusatzbeiträge abgesichert. Das hat er in dieses Gesetz hineindiktiert. Mehrkosten dürfen den Bundeshaushalt nicht belasten.

Nun möchte man die liberalen Gesundheitsminister in Land und Bund fragen: Was machen wir denn nun? **Verlierer** sind die **Beitragszahler**, vor allem die Menschen mit geringem Einkommen, die Rentner, also die, die sich nur schwer wehren können. Sie müssen nämlich die gewollten Zusatzbeiträge, die jetzt anstehen, bezahlen, die für die weiteren neuen Kosten und Risiken aufzubringen sind.

Jetzt sollen die Beitragszahler auch noch selbst für den Sozialausgleich derjenigen aufkommen, die durch die sozialen Zusatzbeiträge überfordert werden. Minister Rösler hat den **Sozialausgleich** aus Steuermitteln versprochen. Da hat er sich wohl versprochen. Denn die Versicherten zahlen jetzt selbst. Die Menschen und nicht nur die unteren Einkommensgruppen werden immer weniger Netto vom Brutto haben, meine Damen und Herren. Wir Sozialdemokraten werden das ändern mit einer leistungsfähigen Bürgerversicherung aus allen Einnahmen, solidarisch, paritätisch und gerecht finanziert.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir tun, unterstützt von einem **einheitlichen Basisfallwert**. Mehrheiten können sich ändern. Gerechtheit bedeutet auch - das will ich hier durchaus sagen - gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei stationären und ambulanten Ärzten, und zwar von GKV und privater Krankenversicherung gleichermaßen.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

(Bernd Heinemann)

Das Gesetz wäre auch eine gute Gelegenheit gewesen, eine Alternative zur jetzigen Ausgestaltung der **Berufshaftpflicht** für alle Gesundheitsberufe zu schaffen. Die Hebammen sind nämlich nur die Spitze des Eisbergs.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Über das neue **Entlassungsmanagement** freuen wir uns, aber was das für die Praxis in den Krankenhäusern und die Finanzierung bedeutet, bleibt schlicht im Nebel. Die Krankenhäuser haben im Normalfall die Verantwortung. Schön. Aber der Gesetzgeber muss auch beachten, dass die niedergelassenen Ärzte die notwendigen Verordnungen grundsätzlich nur nach persönlicher Untersuchung realisieren können. Nicht überall kann das so funktionieren wie in der Westküstenklinik, die ich gerade besucht habe, wo man kooperiert und dieses Problem gemeinsam - frei praktizierend und stationär - lösen will.

Der **Informationsaustausch** zwischen Krankenhaus, niedergelassenem Arzt und anderen Leistungserbringern ist zwar möglich, aber nicht verbindlich geregelt, weder mit den Hilfsmittelerbringern noch mit den ambulanten Pflegediensten, selbst Richtlinien des gemeinsamen Bundesausschusses hierzu - Fehlanzeige.

Und was ist mit der **Entscheidungsfreiheit der Patienten**? Wer informiert die Patienten im Rahmen des Entlassungsmanagements über die relevanten ambulanten Behandlungsmöglichkeiten in den Regionen? Vielleicht große private Krankenhäuser mit einladenden Ambulanzen, alles offen? Herr Minister, Privatmonopole sind auch zentral - sehr zentral.

Wenn wir das Problem der **ärztlichen Unterversorgung** wirklich lösen wollen, müssen wir auch die Überversorgung im Blick behalten, sonst werden bei sehr knappen neu ausgebildeten Allgemeinmedizinerinnen mit Teilzeitarbeitswünschen immer mehr Ärzte benötigt, weil die Überversorgung eben erhalten bleibt. Kauft die KV wirklich Praxen auf, um sie vom Markt zu nehmen? Wir sind gespannt.

Zuschläge dürfen jedenfalls nicht einseitig erhalten bleiben, während Abschläge gestrichen werden. Stattdessen sollte alles getan werden, um die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe in allen Sektoren zu fördern. Dies gilt besonders für die strukturschwachen Regionen.

Das **Gesetz**, wie es jetzt vorliegt, ist keine echte Hilfe. Es setzt **Fehlanreize** zur weiteren Mengenexpansion und zum Konkurrenzkampf zwischen

Sektoren und Berufen. Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz ist in der jetzigen Form unklar und schwach. Herr Minister, Ihr Doc-Mobil ist in Schleswig-Holstein schon jetzt gescheitert. Die Ärzte verweigern sich schlicht. Mobilität geht auch anders.

Was wir für die Versorgung in Schleswig-Holstein brauchen, ist eine Versorgung, die sich am Bedarf ausrichtet und für die älter werdende Bevölkerung erreichbar ist. Dafür müssen wir stärker die Sektoren überwinden und Haus- und Fachärzte gegebenenfalls mit Anreizen, übrigens auch der Kommunen, unter einen Hut bringen.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Es darf nicht sein, dass das Einzige, mit dem fest zu rechnen ist, die höheren Honorare und die steigenden Kosten für die Versicherten sind.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Deshalb wollen wir die richtigen Anreize auf echter Augenhöhe setzen und eine glaubwürdige Gegenfinanzierung auf den Weg bringen, mit mehr Mitwirkung der Länder, nicht am Katzentisch, sondern wirklich gestalterisch. Stimmen Sie unserem Antrag zu! Machen wir unseren Gesundheitsminister mit diesem Auftrag stark!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich Frau Kollegin Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Dr. Garg, vielen Dank für den ausführlichen Bericht und die Erläuterungen zum bundeseinheitlichen Basisfallwert. Ich glaube, jetzt haben es endlich alle verstanden. Ansonsten verweise ich auf die ergänzenden Antworten der Kollegin Sassen.

Meine Damen und Herren, trotz aller teilweise auch gerechtfertigten Kritik hat **Deutschland** eines der besten Gesundheitssysteme der Welt: Freie Arztwahl, freie Krankenhauswahl, Therapiefreiheit und freie Wahl der Krankenkassen sind Stärken unseres **Gesundheitssystems**. Wir alle haben ein Interesse daran, dass es so bleibt. Reformen sind daher notwendig, um eine zukunftssichere Versorgung zu gewährleisten.

(Anita Klahn)

Die **Sozialdemokratie** wollte die Probleme durch mehr **Planwirtschaft** lösen, hat aber mehr Probleme erzeugt.

(Zurufe von der SPD)

Planwirtschaftliche Vorgaben machen nicht Arzttätigkeit und schon gar nicht den Landarztberuf attraktiver. Dabei ist die flächendeckende Versorgung eines unserer drängendsten Probleme, wie wir gerade letztes bei einem Treffen der KVSH und der Studenten wieder gehört haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

FDP und CDU haben mit dem GKV-Finanzierungsgesetz beziehungsweise mit dem **Entwurf des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes** begonnen, die Fehler der Vergangenheit zu beheben. Mit dem neuen Gesetz wird sich die Versorgung der Patientinnen und Patienten besonders in der Fläche maßgeblich verbessern. Die Bedarfsplanung wird reformiert, neue Versorgungsstrukturen jenseits der klassischen Praxismodelle werden ermöglicht, die wohnortnahe medizinische Versorgung bleibt erhalten. Es kommt weiterhin zu einer besseren Verzahnung zwischen ambulantem und stationärem Bereich. Die Rahmenbedingungen für Ärzte werden allgemein verbessert. Vielleicht nehmen das auch die Kollegen der SPD zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, die wichtigste Aufgabe und aus liberaler Sicht längst überfällig ist eine **Regionalisierung** und Flexibilisierung der Bedarfsplanung. Fachlich wird dies bereits seit Jahren gefordert. Wir haben es aufgegriffen und setzen es jetzt um. In diesem Zusammenhang danke ich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Dr. Garg, für sein Engagement in Berlin. Auch durch seinen Einsatz auf Bundesebene konnten die Einwirkungsmöglichkeiten der Länder erweitert werden.

Insofern irritiert mich der Antrag der SPD und mittlerweile auch der Grünen. Sie schreiben, die **Länder** sollten ein **Mitberatungsrecht** bei Beschlüssen zur Versorgungsplanung erhalten. Ich frage mich, warum dies nicht schon unter Ulla Schmidt in Angriff genommen wurde, wenn es für die SPD schon immer wichtig war. Zum anderen erhalten die Länder nach § 92 SGB V zukünftig ein Mitberatungsrecht bei den Beratungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu Fragen der Bedarfsplanung, und zusätzlich erhalten die regionalen Gremien, also zum Beispiel die KVSH als unmittelbar Beteiligte, durch § 99 SGB V den erforderlichen Spielraum, um auch die regionale Bedarfsplanung an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Das hat Herr

Dr. Garg in seinem Bericht vorhin ebenfalls deutlich dargestellt.

Meine Kollegen von der SPD und von den Grünen, ich darf also feststellen: Die Forderungen Ihres Antrags sind erfüllt. Es gilt hier der alte Lehrsatz: Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Auch Ihnen hätte vielleicht ein Blick in den Gesetzesentwurf geholfen.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Forderung von SPD und Grünen zur **Anpassung des Landesbasisfallwertes** an einen **bundeseinheitlichen Basisfallwert** ist nicht neu. Die Landesregierung ist in dieser Frage aktiv. Der Minister hat die Maßnahmen aufgeführt, mit denen die **Erlössituation** unserer Krankenhäuser verbessert werden soll. Ich wiederhole sie gern, damit sie auch Ihnen im Gedächtnis bleiben: Neuregelung der Mehrleistungsabschläge, Streichung der gedeckelten Veränderungsrate sowie Neuregelung der Konvergenzphase beim Landesbasisfallwert. Diese Maßnahmen werden bereits im nächsten Jahr dazu führen, dass sich die Situation in Schleswig-Holstein verbessert.

Meine Damen und Herren, FDP und CDU haben sich entschieden für die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen eingesetzt. Wir brauchen aber auch die Unterstützung der Selbstverwaltung und der **Kommunen** bei der Umsetzung. So können Kommunen attraktive Rahmenbedingungen vor Ort schaffen. Es gibt bereits viele gute Ansätze, wie man kreativ vorgehen kann. Ein Beispiel ist die Gemeinde Joldelund in Nordfriesland, die Praxisräume bereitstellt. Ähnliche Beispiele sind die Gemeinden Pahlen und Dörpling in Dithmarschen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Aber auch gute familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind eine zentrale Forderung der Studentinnen und Studenten, wie wir neulich hörten. Auch die Einkommenssicherheit ist eine wichtige Frage gewesen. Mit der Reform der Abstaffelung kommen wir dem sicherlich ein wenig näher, auch wenn Sie das immer wieder gern abstreiten.

Die **KVSH** hat hier bereits vieles in Bewegung gesetzt. Es gibt die **Kampagne „Landarztleben“**, es gibt die finanzielle Förderung der **Weiterbildung** zum Facharzt für Allgemeinmedizin ebenso wie die Verbundweiterbildung. Für diese Initiativen möchte ich mich im Namen der FDP bedanken.

(Anita Klahn)

Die ersten Schritte sind gemacht. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, um mehr junge Ärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen.

Die Forderungen des Antrags sind, wie ausgeführt, durch den vorliegenden Gesetzentwurf inhaltlich erfüllt, beziehungsweise der Antrag zeigt mir keine sinnvollen Ergänzungen. Somit sehe ich eine Ausschussüberweisung als nicht zielführend an. Ich beantrage daher Abstimmung in der Sache. Die FDP wird den Antrag ablehnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erlaube ich der Frau Kollegin Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für den Bericht, Herr Minister. Es gibt eine Reihe von Veränderungen. Dass das Land Schleswig-Holstein künftig ein größeres Mitspracherecht hat, begrüßen wir Grünen ausdrücklich. Ob auf Föhr, auf Fehmarn oder anderswo - flexible Leistungen finden sich vor Ort und nicht in Berlin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wussten Sie, dass Ihre Hausärztin beziehungsweise Ihr Hausarzt den Wohnort bisher nicht frei wählen durfte? Diese Wahl wird durch die sogenannte **Residenzpflicht** eingeschränkt. Was für Asylbewerberinnen und Asylbewerber falsch ist, das ist auch für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte falsch. Daher begrüßen wir Grünen die Diskussion über die Abschaffung der Residenzpflicht.

Beim **Versorgungsstrukturgesetz** gibt es demnach ein bisschen Licht. Das ist sehr erfreulich. Allerdings gibt es auch viel Schatten.

Wie schaffen wir es, in einem **Flächenland** wie Schleswig-Holstein überall, auch im ländlichen Raum, eine qualitativ gute medizinische und pflegerische **Versorgung** zu gewährleisten? Das ist die Frage, die wir in den nächsten Jahren beantworten müssen. Hierüber sind wir uns ausnahmsweise einmal einig. Ich hoffe, dass jene, die jetzt nicht hier sein können, in ihren Wahlkreisen auch einmal nachfragen, wie denn die Lage vor Ort ist.

In einer **älter werdenden Gesellschaft** steigt die Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Leistungen. Das ist so sicher wie das Amen in der

Kirche. Der demografische Wandel ist aber im vorliegenden Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt. Dafür gibt es nur einen Ausdruck: Das ist kurzsichtig, und das ist fahrlässig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir Grünen fordern Sie auf: Bessern Sie an dieser Stelle nach! Was wir heute nicht säen, können wir morgen nicht ernten. Was wir heute nicht aufbauen, wird die heutige junge Generation morgen allein leisten müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zur Situation der **freiberuflichen Hebammen** in Schleswig-Holstein. Auch darüber haben wir in den letzten Monaten schon mehrfach debattiert. Alle reden von Familienfreundlichkeit, aber beim Thema Geburtshilfe verschließen CDU und FDP die Augen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die **Haftpflichtprämien** für Hebammen sind enorm gestiegen. Jede fünfte Hebamme in Schleswig-Holstein hat seitdem ihre freiberufliche geburtshilfliche Tätigkeit aufgegeben. Wir Grünen wollen eine Absicherung der Hebammen über die gesetzliche Krankenversicherung. Das haben CDU und FDP abgelehnt. Aber was ist denn Ihre Alternative? Was ist Ihr Lösungsvorschlag? Das frage ich mich.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie können das Problem doch nicht einfach aussitzen. Auch hier fordern wir Grünen auf: Handeln Sie endlich, es ist höchste Zeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu den **Psychotherapeutinnen und -therapeuten**. Burn-out ist inzwischen fast zu einer Volkskrankheit geworden. Fußballtrainer, Lehrkräfte, Pflegepersonal - quer durch alle Berufsbilder nimmt Burn-out deutlich zu. Immenses persönliches Leiden für die Betroffenen bis hin zum Selbstmord auf der einen Seite, immense **volkswirtschaftliche Folgekosten** auf der anderen Seite, das ist die Realität. Der vorliegende Gesetzentwurf könnte aber dazu führen, dass wir künftig weniger psychotherapeutische Therapieangebote haben werden. Das ist ein Kunstfehler, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch hier muss nachgebessert werden. Wir brauchen nicht weniger Psychotherapeutinnen und -therapeuten, wir brauchen mehr Psychotherapeutinnen und -therapeuten.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum krönenden Abschluss möchte der Bundesgesundheitsminister auch noch etwas gegen die **Wartezeiten für Kassenpatienten** tun. Was macht er? - Er droht den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten damit, dass die Kassenpatienten im Krankenhaus behandelt werden. Da frage ich mich glatt: Hat der Bundesgesundheitsminister jetzt einen völligen Blackout? Die Krankenhäuser sind hierfür personell und strukturell überhaupt nicht ausgestattet, schon gar nicht die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein. Erst wird den Krankenhäusern bei den Basisfallwerten der Sauerstoff abgedreht, und dann sollen sie zusätzliche Leistungen erbringen. Das kann überhaupt nicht angehen. Auch das muss hier noch einmal gesagt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo viel Licht ist, ist viel Schatten. Der Gesetzentwurf hat wenig Licht und viel Schatten. Wir Grünen wollen nicht, dass die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein noch mehr belastet werden. Wir wollen, dass die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte die Patientinnen und Patienten der Reihe nach behandeln, und wir wollen das Ende der Zwei-Klassen-Medizin. Deswegen haben wir mit der SPD gemeinsam einen erneuten Antrag eingebracht, dem wir selbstverständlich zustimmen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat die Frau Kollegin Antje Jansen von der Fraktion DIE LINKE.

**Antje Jansen [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich zunächst bei der Landesregierung für ihren Bericht zum Stand des Verfahrens zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz.

Die Diskussion um die **Sicherstellung einer flächendeckenden**, bedarfsgerechten und wohnortnahen medizinischen **Versorgung** der Bevölkerung ist in diesem Haus seit längerem im Gange. Fast jeder zweite Hausarzt in Schleswig-Holstein wird bis 2015 seine Praxis aus Altersgründen aufgeben. Um diese Ärzte zu ersetzen, werden in den nächsten Jahren 900 junge Ärztinnen und Ärzte für die **Übernahme einer Hausarztpraxis** gesucht. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach ärztlicher Versorgung durch den **demografischen Wandel**

steigen. Dazu hat meine Vorrednerin bereits Stellung genommen. Für unsere älter werdende Bevölkerung droht sich in der **wohnortnahen hausärztlichen Versorgung** eine Schere zu öffnen. Denn zugleich mit der altersbedingt wachsenden Nachfrage nach ärztlicher Leistung sinkt die Mobilität.

Wir reden hier übrigens nicht von der Zukunft. Schon heute gibt es Krankenhäuser, die Probleme haben, **ärztliches Personal** zu finden. Das gilt erst recht für den Ersatz von Landärzten. Die Umfeldbedingungen stimmen nicht. Es mangelt an flexiblen Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Es mangelt gerade in Flächenregionen an wohnortnaher schulischer Infrastruktur. Es mangelt an einem leicht erreichbaren attraktiven kulturellen Umfeld.

Ob Sie es hören mögen oder nicht - Ihre Politik der Haushaltskonsolidierung und deren Verlängerung in die Kreise und Kommunen verringert die soziale Wohn- und Lebensqualität in der Fläche gerade für Hochqualifizierte.

Die Frage ist doch: Erfüllt das **GKV-Versorgungsstrukturgesetz** die Forderungen, die hier im Landtag zur flächendeckenden hausärztlichen Versorgung, zur Kooperation von ambulanter und stationärer Versorgung und zur Krankenhausfinanzierung hier im Landtag formuliert wurden? - Die Antwort von uns ist: Nein, das Gesetz erfüllt diesen Zweck nicht.

Herr Minister Garg hat am 23. September verlautbart - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung -:

„Gesundheitsversorgung muss dezentral statt zentralistisch sein ... Es muss Schluss sein mit der Ideologie, Versorgung ließe sich zentral planen, zentral steuern und zentral sichern.“

Der Minister fordert die **Stärkung der Länderkompetenzen**, um regionale Handlungsspielräume zu erlangen. Ist aber das, was der Gesetzentwurf zum Mitspracherecht der Länder im Gemeinsamen Bundesausschuss und in den Länderausschüssen enthält, eine echte Stärkung der **Länderkompetenzen**? Öffnet sich hier der Weg zu kleinräumiger Bedarfsplanung, die sich an den wirklichen Erfordernissen der medizinischen und ärztlichen **Versorgung der Region** ausrichtet. Was wir bräuchten, sind verlässliche Zahlen, die uns sagen, wie viele Ärztinnen und Ärzte, aber auch wie viel Pflegepersonal, wie viele Psychotherapeuten, Hebammen und so weiter für die Versorgung einer Region notwendig sind.

(Antje Jansen)

(Beifall bei der LINKEN)

Unabhängig davon, ob wir nun zu viele oder zu wenig Ärzte haben, fest steht, dass die Regionen unterschiedlich gut versorgt sind. Es müssen Ärztinnen und Ärzte in die **unterversorgten Gebiete Schleswig-Holsteins**. Nach Ansicht der Bundesregierung reicht es aus, vor allem finanzielle Anreize zu schaffen, damit Ärztinnen und Ärzte vermehrt in unterversorgte ländliche Bereiche gehen. Eine wissenschaftliche Studie hat aber gezeigt, dass man sie nicht mit Geld auf das Land locken kann. Uns geht es um **Daseinsvorsorge**.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man die Versorgung der Rechte organisieren will, muss man tatsächlich auch an die Strukturen heran. Wir brauchen generell befristete Kassenzulassungen, und es muss vielmehr auf angestellte Ärztinnen und Ärzte gesetzt werden.

Natürlich muss die **Landarztztätigkeit** mit ihren vielen Hausbesuchen und langen Anfahrtswegen, aber auch mit ihren sozialen Funktionen angemessen vergütet werden. Der Vorschlag, die Abstufung der Leistungsmenge für Ärzte in unterversorgten Gebieten, bringt aber keinen Arzt zusätzlich auf das Land. Was wir brauchen, ist eine dauerhaft aufwandsdeckende Vergütung der Landärzte.

Der Gesundheitsminister Dr. Garg findet es nicht nur ökonomisch vertretbar, sondern auch gesundheitspolitisch geboten, die Erlössituation der Krankenhäuser wenigstens etwas zu entspannen. Da haben Sie auch ein bisschen recht, Herr Minister.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroer [DIE LINKE])

Das genügt aber nicht. Was wir brauchen, ist eine solide **Refinanzierung der Krankenhäuser**. Damit wären wir bei der Forderung nach der Einführung eines **bundesweit einheitlichen Basisfallwertes**. Das wäre nicht nur Ihr, sondern auch unser Vorschlag. Wir hoffen, dass Sie sich dabei für Schleswig-Holstein auch einmal durchsetzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir aber insgesamt brauchen, ist eine andere zukunftsfeste Finanzierung des Gesundheitssektors. Für uns LINKE ist die Einführung der **solidarischen Bürgerversicherung**, die alle Einkommensarten zur Finanzierung heranzieht, wichtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Von der sind wir aber weit, weit entfernt. Wie weit, zeigt auch der Entwurf des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes.

Im Interesse der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein besteht ein deutlicher Bedarf an Nachbesserung. Der Antrag, den die Fraktionen von SPD und Grünen dazu gestellt haben, benennt dazu wichtige Themenfelder. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, auch ich bedanke mich für Ihren Bericht. Was ist das Gesundheitssystem? - Da kann man sich dumm stellen und sagen: Das ist ein schwarzer Kasten, in den viel Geld hineinfließt. So oder ähnlich stellt sich offensichtlich die Bundesregierung das Gesundheitssystem vor. Weil man sich in Berlin gar nicht mit den Einzelheiten belasten möchte, pumpt man einfach mehr Geld hinein - selbstverständlich nicht das eigene, sondern das Geld der gesetzlich Versicherten.

(Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]: Mein Gott!)

Dann wird schon eine angemessene **medizinische Versorgung mit regionaler Gleichverteilung** dabei herauskommen. Wenn nicht - so wie jede der sogenannten Gesundheitsreformen hinlänglich unter Beweis gestellt haben -, dann steckt man einfach noch mehr Geld hinein. Zuzahlungen, Beitragserhöhungen, Pflegeleistungen und Zusatzbeiträge - die Versicherten bezahlen und bezahlen. Die **Anreizmechanismen** bleiben weitgehend unangetastet. Wenn man allerdings genauer hinsieht, muss man feststellen, dass das **neue Versorgungsstrukturgesetz** sogar die Einzelinteressen noch besser bedient, als das bereits jetzt der Fall ist. Beispiel: Überversorgung - sie bleibt unangetastet. Im Gegenteil: Die Vergütungsbedingungen der Ärzte werden verbessert und die Richtgrößenprüfungen sollen entfallen.

Darüber hinaus sollen an der Nahtstelle zwischen ambulantem und stationärem Sektor neue ambulante spezialärztliche Versorgungspraxen eingeführt werden - geschätzte Kosten 500 Millionen €. Parallel aber verlängern sich die Wartezeiten für die gesetzlich Versicherten auf einen Termin bei einem

(Flemming Meyer)

Facharzt in unerträglicher Weise. Kein Wunder, dass der Zwischentitel des ersten Entwurfs des Versorgungsstrukturgesetzes zwischenzeitlich verschwunden ist. Da hieß es: Das Angebot vom Bedarf der Patienten her gestalten. Die Patienten geben nicht den Takt vor, sondern die Anbieter.

Na gut, mag der eine oder andere einwenden, das Gesundheitssystem ist eben so kompliziert, dass man sich an einem Umbau schnell verheben kann. Wenn dann die Qualität und Versorgung einigermaßen gesichert bleibt, ist mancher bestimmt auch bereit etwas tiefer in die Tasche zu greifen. Genau das ist aber nicht gewährleistet. Zum Beispiel bei der **psychotherapeutischen Versorgung**: Sie ist eingefroren auf Grundlage ungerechtfertigter Durchschnittswerte. Die Psychotherapeuten befürchten, dass nach dem vorliegenden Gesetz sogar bis zu 6.000 psychotherapeutische Praxen geschlossen werden. Patienten werden zukünftig im Krankenhaus oder beim Hausarzt landen.

Uns droht bis 2020 ein massiver **Ärztmangel**, höre ich immer wieder. Tatsächlich werden bis 2020 100.000 Absolventen die Fakultäten deutscher Hochschulen verlassen. Rechnet man alle ab, die nicht direkt in den Medizinberuf gehen, werden immerhin noch fast 90.000 Ärztinnen und Ärzte neu hinzu kommen, die die schätzungsweise 52.000 niedergelassenen und 20.000 Krankenhausärzte, die bis dahin aus **Altersgründen** ausscheiden, gut ersetzen können. So rechnet zumindest der Bundesverband der AOK vor.

Die Herausforderung besteht in der **Verteilung**. Die **Überversorgung in den Ballungsräumen** muss gekappt werden, indem wirkungsvolle Richtgrößen eingeführt werden. Das Gesetz ist durchgezogen von richtigen Zielen. Die Maßnahmen, die daraus folgen, sind aber überwiegend falsch. Da, wo sich etwas ändern soll, wiederholen sich die Fehler aus der Vergangenheit.

Das zeigt hier ein anderes Beispiel: Die **Einbindung der Länder**. Unbestritten ist, dass die regionale Verantwortung gestärkt werden muss. Die Ländern sollen mehr eingebunden werden, bleiben aber in Sachen **Finanzströme** außen vor. Sie werden sogar im innerdeutschen Wettbewerb gezwungen sein, höhere Vergütungs- und Versorgungsstrukturen durchzusetzen.

Dagegen haben die Patienten, obwohl sie alles bezahlen, nur sehr geringe, faktisch keine Einflussmöglichkeiten. Das ist die verkehrte Welt. Sie müssen tatenlos zusehen, wie die **Ökonomie** die Oberhand gewinnt. Fachärzte wenden immer mehr

Arbeitszeiten für privat angerechnete IGe-Leistungen auf. Darüber hinaus steigert sich die Zahl der MRT-Untersuchungen, weil sich die teuren Geräte für die niedergelassenen Ärzte, die sich diese angeschafft haben, auch rentieren müssen. Auf diesem Gebiet muss man feststellen, dass Deutschland Weltmeister ist. Natürlich muss ein Arzt rechnen und kalkulieren können. Was wir aber derzeit erleben, ist die konsequente Durchrechnung des Patientenaufkommens und damit ständig **wachsende Kosten** in einem System, in dem das Angebot die Kosten bestimmt. Das **Gesundheitssystem** soll Krankheiten heilen, Patienten versorgen und Gesundheit bewahren. Stattdessen wird das Gesundheitssystem immer mehr zu einer Geldbeschaffungsmaschine zulasten der gesetzlich Versicherten.

(Beifall bei SSW und SPD)

Diesen Entwurf des Versorgungsstrukturgesetzes in dieser Form müssen wir ablehnen. Hier muss wirklich nachgebessert werden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten. Derzeit hätte ich mir gewünscht, dass wir die Anträge in den Ausschuss überwiesen bekommen hätten, damit dann Verbesserungsvorschläge gemeinsam hätten erarbeitet werden können. Es ist sehr traurig, dass dies nicht gewünscht wurde. Ich finde es sehr traurig, dass man das nicht gewünscht hat. Ich beantrage aber Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb schließe ich die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/1841 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Der Kollege Flemming Meyer hat soeben Ausschussüberweisung beantragt. Wer zustimmen will, den Antrag Drucksache 17/1866 (neu) dem Sozialausschuss zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Wer lehnt diese Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Die Ausschussüberweisung ist damit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD und

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1866 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Wer ist dagegen? - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nun haben Sie Zeit für die Mittagspause. Die Sitzung ist bis 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:22 Uhr bis 15:03 Uhr)

**Präsident Torsten Geerds:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wiedereröffnet. Auf der Zuschauertribüne begrüße ich unsere Gäste. Es sind Mitglieder des CDU-Ortsverbands Kaltenkirchen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 27, 29 und 49 auf. Zu diesen Tagesordnungspunkten begrüße ich unseren Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung. - Herzlich willkommen, lieber Herr Dr. Ulrich Hase!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27, 29 und 49 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Barrierefreiheit im Nah- und Fernverkehr**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1883](#)

**b) Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1885](#)

**c) Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit in den Jahren 2009 bis 2010**

[Drucksache 17/1799](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung hat 90 Seiten. Zuerst das Wichtigste: Im Namen meiner Fraktion sage ich herzlichen Dank an Herrn Dr. Uli Hase und sein Team für den Bericht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, der LINKEN und SSW)

Was passiert danach? Was passiert, wenn wir den Bericht gelesen und heute darüber debattiert haben sowie im Ausschuss darüber gesprochen haben? - Ich finde, das allein reicht nicht aus. Wir müssen den Bericht als **Handlungsauftrag** nehmen und daraus konkrete politische Handlungen ableiten.

(Beifall des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Der Bericht ist nämlich nicht nur ein Bericht, sondern er ist auch ein Handlungsauftrag an uns. Die **UN-Behindertenrechtskonvention** spielt darin eine große Rolle. Um es ganz klar zu sagen: Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist nicht irgendwas, das zur Disposition steht. Es ist ein Menschenrecht. Inklusion ist hierbei das Leitbild. **Inklusion** ist nicht nur eine Debatte für Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker. Inklusion ist eine **gesamtschaftliche Aufgabe**. Ich freue mich, dass jetzt ein paar mehr Abgeordnete hier sind. Sie können sich das gleich noch einmal anhören, denn es geht uns wirklich alle an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die grüne Landtagsfraktion hat im Juli letzten Jahres einen Berichtsantrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hier in Schleswig-Holstein gestellt. Doch sind wir der Inklusion in der Zwischenzeit wirklich näher gekommen? - Während zu Zeiten von Rot-Grün oder der Großen Koalition die Politik für Menschen mit Behinderung eine große Rolle spielte, scheint sie jetzt auf der Stelle zu treten. Um dem Ziel der Inklusion näher zu kommen, ist ein **Aktionsplan** zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention sinnvoll. Daher werden wir dem Antrag zum Aktionsplan gern zustimmen. Wir halten es für selbstverständlich, dass hier mehr getan werden muss.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe  
[DIE LINKE])

Im Bericht wird die Situation der **Eingliederungshilfe** dargestellt. Die öffentliche Diskussion hat bei Menschen mit Behinderung zu Ängsten geführt. Ich denke, auch das sollte uns alle sehr nachdenklich machen. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe sind beunruhigt. Wir sind weit davon entfernt, in Schleswig-Holstein Qualitätsstandards bei der Eingliederungshilfe zu haben. Ich denke, die meisten von uns wissen, dass wir uns alle spätestens seit Beginn des Wahlkampfes vorgenommen hatten, zu diesem Zeitpunkt schon viel weiter zu sein.

Zwei Dinge sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig: Die Eingliederungshilfe ist eine gesetzliche Leistung. Menschen mit Behinderung haben einen **rechtlichen Anspruch** darauf. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe leisten verantwortungsvolle Tätigkeit. Sie haben einen guten Lohn und gute Arbeitsbedingungen verdient.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und der LINKEN)

Es gibt im Bericht aber auch gute Nachrichten. Das ist erfreulich. Sie kommen aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde. Darüber freue ich mich ganz besonders, denn ich komme aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde. Sie kommen auch aus der Stadt Kiel. Darüber freut sich die Kollegin Heinold sehr. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde und die Stadt Kiel haben **Leitbilder zur Teilhabeplanung** entwickelt. Ich würde mich freuen, wenn auch andere Kreise und Städte diesem guten Beispiel folgen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Bereich, in dem Menschen mit Behinderung besonders benachteiligt werden. Das ist der **Arbeitsmarkt**. Angemahnt wird mehr Initiative des Arbeitsministers für die **berufliche Integration** von Menschen mit Behinderung. Ich bin gespannt, welche Initiativen der Minister hier in den nächsten Monaten vorbringen wird. Auch die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung gibt deutlichen Anlass zu Kritik. Krankenhäuser müssen barrierefrei sein. Daran gibt es für uns Grüne überhaupt keinen Zweifel. Ich persönlich wünsche mir auch, dass mehr Praxen von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten barrierefrei sind. Auch dort gibt es noch erhebliche Probleme.

Gehen wir weiter im Bericht. Der Weg zur **inklusi-ven Bildung** ist noch weit. Auch hier besteht noch ein erheblicher Handlungsbedarf.

Kommen wir zu dem Punkt, der uns veranlasst hat, einen zusätzlichen Antrag zu stellen. Das ist die **Mobilität**. **Mobilität** ist in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ein wichtiges Thema, und zwar gerade für Menschen mit Behinderung. Wer in Lübeck wohnt, kein Auto fährt und Freunde in Flensburg besuchen will, ist auf einen gut funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Der öffentliche Personennahverkehr muss barrierefrei sein. Dieser Gesichtspunkt ist uns besonders wichtig. Wir sind sehr gespannt auf den Bericht, denn wir haben gehört, dass CDU und FDP auf Bundesebene die Barrierefreiheit nicht gewährleisten wollen. Das würden wir Grüne nicht für richtig halten.

Bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention brauchen wir mehr Entschlossenheit und mehr Initiative. Eines ist mir an dieser Stelle noch einmal ganz wichtig: die Umsetzung des **persönlichen Budgets**. Die Umsetzung muss dringend verbessert werden. Es muss Schluss sein damit, dass Menschen mit Behinderung gesagt wird, wie sie welche Leistungen zu bekommen haben. Wir müssen endlich dahin kommen, dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Ich sehe, die Zeit ist fortgeschritten. Für uns Grüne ist der Bericht nicht irgendein Bericht. Für uns Grüne ist er ein klarer Handlungsauftrag an uns alle in der Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

**Björn Thoroe [DIE LINKE]:**

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hat seinen vierten Bericht zur Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein und seinen Tätigkeitsbericht für die Jahre 2009 und 2010 vorgelegt. Für diesen Bericht möchte ich mich im Namen meiner Fraktion herzlich bedanken. Der Bericht macht deutlich, dass Schleswig-Holstein und vor allem die Menschen mit Behinderung in Schles-

(Björn Thoroë)

wig-Holstein die Stelle und Funktion eines Landesbeauftragten brauchen und dass diese Stelle mit Herrn Dr. Hase und seinem Team gut, kompetent und engagiert besetzt ist.

Der vorliegende Bericht macht aber auch deutlich, dass es um die Politik für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein nicht gut steht. Das ist offensichtlich so, weil die schwarz-gelbe Landesregierung auch diesen Politikbereich unter dem Generalvorbehalt der **Haushaltskonsolidierung** abhandelt.

Die Debatte um den Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe und die Kündigung des Landesrahmenvertrages haben zu einem völlig falschen Zungenschlag geführt. Es kann nicht angehen, dass aus der richtigen Diskussion um eine inhaltliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Interesse der Menschen mit Behinderung eine verhärtete Auseinandersetzung um mögliche Einsparpotenziale wird.

Es kann nicht angehen, dass die notwendige **Stärkung der ambulanten Hilfe** als Totschlag- und Kostenargumentation gegen die stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe ins Feld geführt wird. Die dabei aufgebaute Gegenüberstellung von ambulant und stationär ist inhaltlich völlig unsinnig. Ob mit ambulanten Lösungen Geld gespart werden kann, wenn es um die inklusive Teilhabe behinderter Menschen geht, steht auf einem völlig anderen Blatt. Jedenfalls ist es sehr bedenklich, wenn der Landesbeauftragte vor dem finanzpolitischen Missbrauch und einer kostenbezogenen Verengung des Inklusionsbegriffs warnen muss.

Die Haushaltskonsolidierung in schwarz-gelber Lesart hat vor der **Halbierung des Landesblindengeldes** nicht haltgemacht. Das war ein fatales Signal, weil damit die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten blinder Menschen eingeschränkt worden sind, statt deren Möglichkeiten auszubauen und zu stärken. So jedenfalls kommt man nicht voran bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. So kehrt man den Gedanken einer inklusiven Gesellschaft in sein Gegenteil um.

Es macht Sinn, wenn der Landesbeauftragte in seinem Bericht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und das Thema Inklusion an die erste Stelle rückt. Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ist eine zentrale Aufgabe. Die **Verwirklichung von Inklusion** betrifft und beauftragt nicht nur die Menschen mit Behinderung, sondern die gesamte Gesellschaft.

(Beifall bei den LINKEN)

Gerade darin unterscheidet sich der Inklusionsbegriff vom Begriff der Integration.

Inzwischen hat die Bundesregierung einen **Nationalen Aktionsplan** und einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt. Mehrere Bundesländer haben landeseigene Aktionspläne erstellt oder arbeiten zumindest ernsthaft an solchen Aktionsplänen. Schleswig-Holstein gehört bisher nicht zu diesen Ländern.

Der Landesbeauftragte hat in seinem Bericht seine Bemühungen aufgelistet, die Erarbeitung eines solchen Aktionsplans in Schleswig-Holstein anzustoßen. Bisher ist es dazu aber nicht gekommen. Schleswig-Holstein könnte bei dieser Frage weiter sein und wäre sicher auch schon weiter, wenn die vorbereitete Tagung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Dezember vergangenen Jahres stattgefunden hätte. Damals ist das Wetter dazwischengekommen.

Die Erarbeitung eines Aktionsplans und vor allem eines konkreten und **überprüfbaren Maßnahmenkatalogs** steht weiter auf der Tagesordnung. Diese Erarbeitung erfordert das Zusammenkommen und den Dialog aller Akteure.

Wir erkennen durchaus an, dass der Sozialminister erklärt hat, noch einmal eine breite Diskussion im Land zur Leitorientierung, zur Inklusion und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufzunehmen. Mit unserem Antrag wollen wir auch keinen Schnellschuss initiieren und so zu tun, als wäre das nicht so.

Unser Antrag für einen Aktionsplan zielt auf zwei Dinge ab. Erstens wollen wir schlicht erreichen, dass der Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in die Landtagsdebatte aufgenommen wird und nicht ein ähnliches Vertagungsschicksal erleidet wie der Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten. Zweitens wollen wir einen klaren **Arbeitsauftrag** für die Landesregierung, die Diskussion um die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Richtung eines Aktionsplans zu führen und dabei auf einen Maßnahmenkatalog hinzuarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein solcher **Maßnahmenkatalog** soll konkrete Schritte zusammenfassen, die überprüfbar abgearbeitet werden können. Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Barrierefreiheit im Nah- und Fernverkehr werden wir selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Heike Franzen.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung und seinem Team herzlich danken, und zwar nicht nur für den vorgelegten Bericht, sondern insbesondere auch für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit. Das war wirklich richtig klasse.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bericht legt einen deutlichen Schwerpunkt auf die Umsetzung der Vorgaben der Inklusion in Schleswig-Holstein. Er macht deutlich, dass wir in diesem Land schon seit einigen Jahren den Weg der Inklusion beschritten haben. Wir sind auch schon ein gutes Stück dieses Weges vorangekommen. Ich will an dieser Stelle auf den Bericht des Bildungsministeriums hinweisen, den wir in der letzten Landtagstagung hier besprochen haben.

Rund 50 % der Schülerinnen und **Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf** werden bereits in den **Regelschulen** beschult. Damit sind wir in der Bundesrepublik führend. Auf diesem Weg dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wir müssen weitergehen und nicht nur den gesetzlichen Rahmen schaffen, sondern auch für die **Barrierefreiheit in den Köpfen** der Menschen werben. Was nützen uns gesetzliche Vorgaben, wenn wir in den Einzelfallbeschreibungen des Berichtes lesen müssen, dass diese von den handelnden Personen nicht oder nur unwillig umgesetzt werden?

Auf diesem Weg müssen wir uns gelegentlich aber auch einmal umschaun und überlegen, ob alle Schritte, die wir gegangen sind, auch die richtigen waren. Wir wissen beispielsweise nicht, wie erfolgreich wir bei der Inklusion in der Schule sind. Gerade an dieser Stelle sollten wir den Vorschlag des Landesbeauftragten für die **Erprobung von Schwerpunktschulen** für behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler aufgreifen.

Auf der Inklusionskonferenz, an der leider nur Vertreter der Regierungsfaktionen teilgenommen haben, Herr Thoroe, ist deutlich geworden, dass Menschen mit Behinderung auch Menschen mit Behinderung brauchen, um sich wohlfühlen. Ich finde diese Aussage beeindruckend. Die CDU-Fraktion

wird diese Anregung aufgreifen und an ihrer Umsetzung arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass auch der Landesbeauftragte nach wie vor zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe steht. Außerdem teile ich seine Auffassung, dass die Handlungserfordernisse, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ergeben, noch nicht überall angekommen sind. Hierbei sind aber auch die Verbände und Vertretungen der Menschen mit Behinderung gefragt, sich stärker in die Kommunalpolitik einzubringen, um mit ihrem Expertenwissen kommunalpolitische Entscheidungen zu begleiten.

Zwei gute Beispiele sind der Kreis Rendsburg-Eckernförde und die Stadt Kiel, die **Leitbilder zur Teilhabeplanung** erstellt haben, an denen Kommunalpolitiker, Leistungsträger, Leistungserbringer und Menschen mit Behinderung beteiligt waren. Diesem guten Beispiel können auch andere Kommunen folgen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vielleicht ist das ein gutes Vorbild dafür, dass man sich auch zum Thema Landesrahmenvertrag wieder gemeinsam an einen Tisch setzt, um sich für Menschen mit Behinderung in unserem Land einzusetzen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Das **persönliche Budget** ist mir seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen. Es bietet Menschen mit Behinderung ein größtmögliches Maß an Eigenverantwortung und **Selbstbestimmung**. Ich kann mir schlichtweg nicht vorstellen, dass im Jahr 2008, wie in dem Bericht zu lesen ist, lediglich 79 Menschen mit Behinderung von dieser besonderen Leistung Gebrauch machen wollten. Hier gibt es nach wie vor ein erhebliches Aufklärungsdefizit. Der Landesbeauftragte fordert in seinem Bericht die Sozialleistungsträger auf, ihrer Aufgabe, über Art und Form der Leistungserbringung zu informieren, an dieser Stelle nachzukommen. Allerdings sollte das in einer Form geschehen, die für Menschen mit Behinderung verständlich und nutzbar ist. Wir werden ihn an dieser Stelle unterstützen.

(Beifall bei CDU sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Bericht wird auch Kritik an der Landesregierung geübt. Unter anderem wünscht sich der Landesbeauftragte in einigen Bereichen mehr Infor-

(Heike Franzen)

mationen. Ich glaube, das kann man auf dem kleinen Dienstweg bestimmt sicherstellen. Da bin ich mir ganz sicher.

Zum Antrag der LINKEN! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zwischenbericht zur Inklusion aus dem vergangenen Jahr zeigt eine Reihe von Maßnahmen auf, die im Rahmen der **Umsetzung der UN-Konvention** bereits ergriffen wurden. Unter anderem wurde unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Umsetzung der UN-Konvention in den Ressorts der Landesregierung erhebt und für die Berichterstattung bündelt. Wir würden gern wissen, wie sich diese Maßnahmen weiterentwickelt haben. Wir wollen eine **Fortschreibung insbesondere des behindertenpolitischen Gesamtkonzepts** und die Verankerung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention.

Für meine Fraktion beantrage ich, sowohl den Bericht des Landesbeauftragten als auch den Antrag der Fraktion DIE LINKE als auch den Punkt A des Antrags der Grünen in den Ausschuss zu überweisen. Dem Antrag der Grünen unter B stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SPD-Landtagsfraktion erteile ich dem Kollegen Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit seinem vierten Tätigkeitsbericht für die Jahre 2009 und 2010 hat der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, einen umfassenden Bericht über die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein vorgelegt. Ich will im Namen der SPD-Fraktion und auch ganz persönlich, sehr geehrter Herr Hase, Ihnen und Ihrem Team ein herzliches Dankeschön sagen,

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW sowie vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein Dankeschön für die Arbeit und das Engagement, das Sie als Interessensvertretung für die Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein aufbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten zeigt aber auch sehr deutlich die Schwächen und Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Landesregierung bei der Umsetzung einer fortschrittlichen und aktiven Politik für Menschen mit Behinderung auf. So kritisiert der Landesbeauftragte sehr deutlich die mangelhafte **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** in Schleswig-Holstein. Dem kann ich mich nur anschließen.

Das Fehlen jeglichen Engagements der Landesregierung zur Erarbeitung eines Aktionsplans für das Land Schleswig-Holstein wird nicht nur kritisiert, sondern es wird auch festgestellt, dass Schleswig-Holstein aus einer Vorreiterrolle in der Integrations- und Inklusionspolitik weit hinter andere Bundesländer zurückgefallen ist. Seit dem 26. März 2009 gilt in Deutschland die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Mit der Konvention werden viele Rechte wie zum Beispiel das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit sowie das Recht auf Teilhabe am politischen Leben beschrieben. Das sollte mittlerweile auch bei uns selbstverständlich sein.

In der Broschüre „Was ist Politik?“ der Lebenshilfe Schleswig-Holstein wird in leichter Sprache erklärt, was die Idee der Inklusion bedeutet:

„Inklusion bedeutet, dass alle Menschen immer selbstverständlich dazugehören. In allen Bereichen der Gesellschaft.

Jeder Mensch soll teilhaben können. Und jeder bekommt dabei die Unterstützung, die er braucht.

Das gilt zum Beispiel für alte und junge Menschen, Männer und Frauen, Menschen mit einer anderen Hautfarbe, Menschen mit Behinderung.

An Menschen mit Behinderung und Barrierefreiheit soll in allen Bereichen des Lebens immer gedacht werden.

Menschen mit Behinderung sind Experten in eigener Sache!“

Ich glaube, das ist sehr einfach beschrieben, wie auch in vielen anderen Bereichen des politischen Lebens und der politischen Gestaltung Inklusion aussehen sollte. Dass wir davon noch ein großes Stück weit entfernt sind, stellt auch der Bericht von Ulrich Hase und von seinem Team dar.

Wie ist die Realität heute in Schleswig-Holstein? Zitat aus dem Bericht:

(Wolfgang Baasch)

„Der Landesbeauftragte wiederholt hier aber auch seine Auffassung, dass der Begriff der Inklusion nicht missbraucht werden darf, zum Beispiel indem Inklusion gerade dann als erstrebenswert angesehen wird, wenn damit Sparmaßnahmen erwartet werden.“

Oder an anderer Stelle - ich zitiere aus dem Bericht -:

„Der Landesbeauftragte wertet die Beibehaltung des § 5 (2) Schulgesetz, das im Februar 2011 in Kraft getreten ist, als nicht konform mit der BRK und bedauert, dass seine Intervention erfolglos blieb.“

So weit zur Realität: Wir beschließen im Februar 2011 hier im Landtag ein Gesetz, das nicht behindertenrechtskonform ist. Ich finde, das ist schon ein Skandal, was sich die schwarz-gelbe Koalition da geleistet hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Zur Realität heute in der Politik für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein gehört aber auch die Kündigung des Landesrahmenvertrages durch die Landkreise.

„Die Kündigung des Landesrahmenvertrages wertet der Landesbeauftragte als überaus problematisch. Dies nicht nur, da sie sehr zur Verunsicherung der Menschen mit Behinderung beigetragen hat. Gerade im Hinblick auf Einheitlichkeit und Transparenz von Leistungen für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein ist ein Landesrahmenvertrag notwendig, der Standards beziehungsweise Qualitätsabsprachen in der Leistungsgewährung beinhaltet.“

Hinzu kommt die Aussage, dass in Schleswig-Holstein noch immer kein konstruktives Zusammenwirken der verantwortlichen Akteure zu spüren ist, um zu einem neuen Landesrahmenvertrag zu kommen. Auch hier stelle ich fest: Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein glänzt durch Untätigkeit.

Tätig ist diese Landesregierung allerdings gewesen, als es darum ging, ihren Haushalt durch massive **Kürzungen im Sozialbereich** und bei der Behindertenhilfe durchzusetzen. So ist durch die **Halbierung des Blindengeldes** eine erhebliche Einsparung bei den blinden und sehbehinderten Menschen in diesem Land vorgenommen worden. Sie, die Blinden und Sehbehinderten in Schleswig-Holstein, haben das größte Einsparvolumen erbracht, das ei-

ner Personengruppe in Schleswig-Holstein durch Schwarz-Gelb abgefordert worden ist. Dies ist und bleibt ein Skandal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der LINKEN)

Der Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung geht noch auf viele weitere Punkte wie zum Beispiel die unzureichende Umsetzung des persönlichen Budgets, aber auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt ein. Diese Punkte, die ich an dieser Stelle nun leider zeitmäßig nicht mehr ansprechen kann, sollten wir aber weiter intensiv diskutieren.

Der Landesbeauftragte berichtet auch vom Protest

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme ganz schnell zum Ende - und den Forderungen von Menschen mit Behinderungen. Die Gestaltung und Durchführung des ersten „**Krach-Mach-Tach**“ in Schleswig-Holstein war eine wunderbare Aktion, um den Inklusionsgedanken in die Öffentlichkeit zu tragen. An dieser Stelle allen Beteiligten ein großes Dankeschön.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Der Bericht des Landesbeauftragten fordert die Landesregierung, aber auch das Landesparlament als Gesetzgeber auf, sich verstärkt für die **Umsetzung des Inklusionsgedankens** und der UN-Behindertenrechtskonvention einzusetzen. Dies wollen wir auch gern tun.

Deswegen ist die Überweisung der Anträge und des Berichts in den Sozialausschuss richtig. Ich würde aber auch vorschlagen, den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung wegen seiner Querschnittsaktualität in alle Ausschüsse des Landtags zu überweisen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Dr. Hase! Auch ich möchte mich im Namen der FDP-Landtagsfraktion bei Ihnen für die geleistete Arbeit in dem Berichtszeitraum 2009 bis 2010 ganz herzlich bedanken. Diesen Dank bitte ich Sie auch an Ihre Mitarbeiter weiterzugeben, denn diese sind ein wichtiger Baustein für Sie.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Wie engagiert Sie Ihren Auftrag wahrnehmen, lässt sich allein schon durch die Auflistung der Veranstaltungen, Bereisungstermine und umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit in verschiedensten Gremien, in Vereinen und Verbänden, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ablesen und verdient unser aller Respekt und vor allem auch unseren Dank.

„Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

So formuliert es Dr. Hase in dem Bericht und weist auch darauf hin, dass eine **Weiterentwicklung der Versorgungssysteme** allein nicht ausreichend sei. Vielmehr mahnen Sie - und das unterstützen wir Liberale -, dass insbesondere auf kommunaler Ebene eine stärkere Einbindung von Menschen mit Behinderung erfolgen sollte.

In den Kreisen Steinburg und Dithmarschen gibt es zurzeit keinen Behindertenbeirat und keinen Beauftragten. Ich selber komme aus Stormarn. Wir haben seit einiger Zeit einen **Behindertenbeirat** und stellen fest, wie wichtig es ist, auf Dinge des Alltags aus der Sicht des Betroffenen hingewiesen zu werden. Wir stellen eine hervorragende Zusammenarbeit des Behindertenbeirats mit dem Seniorenbeirat fest, denn viele Dinge überschneiden sich ganz einfach. Vielleicht reicht dieser Appell für Steinburg und Dithmarschen aus, dort tätig zu werden.

**Teilhabe** von Menschen mit und ohne Behinderung muss zur Selbstverständlichkeit werden. Behinderung darf nicht vorrangig zur individuellen Schicksalsfrage werden. Inklusion bedeutet für uns Liberale die Wertschätzung und selbstverständliche Einbeziehung des Menschen in allen Bereichen. Inklusion und Barrierefreiheit sind dabei stetige Prozesse, die auf allen politischen Ebenen vorangetrieben werden müssen.

Aus liberaler Sicht ist mit der Änderung des Schulgesetzes ein wichtiger Punkt zur Umsetzung inklusiver Bildungspolitik gemacht worden, indem der § 4 Abs. 11 eingefügt wurde, der besagt, „Schüle-

rinnen und Schüler mit Behinderung besonders zu unterstützen. Das Ziel einer inklusiven Beschulung steht dabei im Vordergrund“.

Herr Dr. Hase, dass wir Ihrer Anregung, § 5 Abs. 2 des Schulgesetzes bedingungslos wegfallen zu lassen, nicht gefolgt sind, möchte ich an dieser Stelle gern erläutern. In diesem Zusammenhang frage ich den Herrn Kollegen Baasch, ob er tatsächlich meint, dass Inklusion zum Billigtarif angemessen ist. Für uns Eltern und Parlamentarier und damit für mich - ich bin auch Mutter - steht der **Elternwille** im Vordergrund. Es muss bei der Zweigleisigkeit bleiben. Eltern müssen Wahlfreiheit haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Moment! Ich komme noch dazu. - Die die **Förderzentren** müssen erhalten werden, jedenfalls so lange, bis wir in den Kreisen Schwerpunktschulen haben; denn aus den Förderzentren rekrutiert sich, wie ich es verstanden habe, das Personal.

Ganz ehrlich: Wenn ich mich entscheiden soll, Inklusion in der Schule zu betreiben, dann muss doch gewährleistet sein, dass die persönlichen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Alles andere wäre in der Tat „zu billig“.

Zu einem weiteren Punkt in Ihrem Bericht: Ich bedauere es sehr, dass Menschen mit Behinderung sich durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung verunsichert fühlen, was ihre persönliche Inanspruchnahme von regionalen Leistungen betrifft. Aber Sie haben diese Äußerung relativiert, indem Sie erläutert haben, dass das eine subjektive Wahrnehmung sei. Wir halten die **Vollkommunalisierung der Eingliederungshilfe** für einen wichtigen Schritt, um den Bereich Inklusion sinnvoll weiterentwickeln zu können. Fehlanreize im System, die vorher bestanden, haben wir durch die Gesetzesnovelle beseitigt. „Ambulant vor stationär“ muss unser Credo sein. Ein Leben in der **Mitte der Gesellschaft** zu ermöglichen, ist ein übergeordnetes Ziel. Dafür setzt sich diese Regierungskoalition ein.

Der **Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** liegt vor. Wir halten diesen Plan für einen wichtigen Impuls, um alle gesellschaftlichen Gruppen am behindertenpolitischen Dialog zu beteiligen. Das Land muss den Plan nutzen, eigene Konzeptionen, wie sie im behindertenpolitischen Konzept vorliegen, fortzuschreiben, aber auch weiterzuentwickeln. Anknüpfungspunkte sind dabei die Leitlinien, wie sie bereits im Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von

(Anita Klahn)

Menschen mit Behinderung dargelegt wurden: Teilhabe am politischen und kulturellen Leben, **Teilhabe** am Arbeitsleben sowie an Erziehung und Bildung.

Es wäre auch zu überlegen, wie das **persönliche Budget** bekannter und anwendbarer gemacht werden kann, sodass es größere Verbreitung findet. Es gibt Kritik an der technischen Umsetzung und am Verwaltungsverfahren. Konkurrierende Gesetze machen den Verwaltungsakt schwer, und betroffene Leistungsempfänger können das teilweise nicht nachvollziehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben dafür zu sorgen, einen höchstmöglichen Grad an Selbstständigkeit für Menschen mit Behinderung zu erzielen. Das bleibt eine **Querschnittsaufgabe** für die Politik. Das ist ein stetiger Prozess.

Die weitere Beratung im Fachausschuss ist vernünftig. Wir werden der Ausschussüberweisung zustimmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte ich gern vorweg sagen: Der SSW bedauert, dass der umfangreiche Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten in die Beratung zu anderen Tagesordnungspunkten integriert worden ist, anstatt ihn als Einzelpunkt zu diskutieren. So werden wir der von Dr. Hase und seinem Team geleisteten Arbeit nicht gerecht, und es besteht kaum die Möglichkeit, die vielen nützlichen Anregungen aufzugreifen. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch im Namen meiner Fraktion bei Dr. Hase und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bedanken.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei der FDP)

Für mich ist die wichtigste Erkenntnis aus dem Bericht, dass wir von einer wirklich **inklusiven Gesellschaft** noch weit entfernt sind. Ein Schritt auf diesem Weg ist die **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die natürlich nicht von heute auf morgen gelingt. Dass die Landesregierung ein Ge-

samtkonzept auf den Weg gebracht hat und damit die Politik für Menschen mit Behinderung am **Leitbild der Inklusion** ausrichtet, erkennen wir ausdrücklich an. Doch es muss mehr getan werden, um in Zukunft allen Menschen das gleiche volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse geben zu können. Jeder Mensch - mit seinen individuellen Stärken und Schwächen, aber auch mit seinen Bedürfnissen - muss selbstverständliches Mitglied unserer Gesellschaft sein. Das ist nicht ein Ziel, das man zu einem bestimmten Zeitpunkt voll und ganz erreicht hat und dann abhaken kann, sondern das ist ein stetiger Prozess. Schleswig-Holstein ist bei **Gleichberechtigung und Teilhabe** von Menschen mit Behinderung lange sogar Vorreiter gewesen; doch heute haben wir die Sorge, dass dieser Prozess ins Stocken gerät.

Die Kürzungen im Sozialbereich sind das eine; doch auch der Weg zu einem **Aktionsplan** zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schleswig-Holstein macht diesen Trend deutlich. Der Landesbeauftragte weist nicht erst in seinem aktuellen Bericht darauf hin, dass ein solcher Plan unverzichtbar ist, wenn wir in dieser wichtigen Sache entscheidend weiterkommen wollen. Wir teilen seine Auffassung und halten es für wichtig, die Menschen mit Behinderung auf diesem Weg mitzunehmen und möglichst viele Beteiligte in die Erarbeitung einzubinden.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Auch wenn die Erfüllung dieser Aufgabe nicht immer leicht ist, brauchen wir einen solchen Plan so schnell wie möglich; denn damit hätten wir endlich einen verbindlichen Rahmen, in dem sich konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention planen, durchführen und auf ihre Wirkung hin überprüfen ließen. Doch leider ist in dieser Sache bis heute nichts Wesentliches passiert.

Wie gleichberechtigt Menschen mit Behinderung ihr Leben leben können und wie umfangreich ihre Teilhabe ist, darf nicht von ihrem Wohnort abhängen - so viel ist klar. Deshalb ist es besonders wichtig, für **gleichwertige Verhältnisse** im ganzen Land zu sorgen. Die kommunale Ebene ist hier genauso in der Pflicht wie Bund und Länder. Ulrich Hase hat im Zusammenhang mit der **Kommunalisierung der Eingliederungshilfe** darauf hingewiesen, dass es noch erhebliche Unterschiede bei den strukturellen Rahmenbedingungen und der konkreten Teilhabegestaltung gibt. Für den SSW ist und bleibt es eine wichtige Aufgabe, den Kommunalpo-

(Flemming Meyer)

litikern bewusst zu machen, dass auch sie Verantwortung für die Situation von Menschen mit Behinderung tragen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Es ist sehr erfreulich, wenn wir aus Rendsburg, Eckernförde und Kiel gute Beispiele hören; aber ich kann auch viele negative Beispiele nennen. Es gibt also noch viel zu lernen - allerdings.

Die vorliegenden Anträge der Grünen und der LINKEN werden vom SSW voll und ganz unterstützt.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Sie greifen die Punkte „Barrierefreiheit“ und „Aktionsplan“ auf und gehen damit in die richtige Richtung. Gerade die **Barrierefreiheit** spielt in der Arbeit des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung eine zentrale Rolle. Dass hier - weit über den Personennahverkehr hinaus - noch viel zu tun ist, dürfte wohl jedem bewusst sein. So finde ich die Tatsache schockierend, dass in der Landeshauptstadt Kiel noch die Hälfte aller Arztpraxen nicht barrierefrei ist. Hier gibt es wirklich dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall beim SSW)

Doch nicht nur über die Anträge müssen wir intensiv in den zuständigen Ausschüssen diskutieren; auch der Bericht darf nicht einfach abschließend zur Kenntnis genommen werden. Das Ziel einer inklusiven Gesellschaft erreichen wir nur, wenn sich alle gesellschaftlichen Bereiche dafür öffnen und sich den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung anpassen. Für die Landespolitik bedeutet das, dass dieses Thema nicht nur im Sozialbereich, sondern auch in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Arbeit zu behandeln ist.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb begrüße ich den Antrag meines Kollegen Baasch, nicht nur im Sozialausschuss darüber zu beraten. Das Thema gehört in viele Ausschüsse.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Kollegen Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Flemming Meyer, vielen Dank für das Stichwort. Ich habe mich in dieser Debatte ausdrücklich als Wirtschaftspolitiker gemeldet, weil ich es wichtig finde, dass wir solche Themen, wenn wir sie schon auf der Tagesordnung haben, aus der Sicht verschiedener Politikbereiche behandeln.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Dr. Hase, dass er die tourismuspolitischen Sprecher eingeladen und ihnen erläutert hat, welche **Potenziale** es in der **Wirtschaft und der Tourismuspolitik** im Zusammenhang mit den Themen „Barrierefreiheit“ und „Inklusion“ gibt. Genauso müssen wir es machen, lieber Uli Hase! Wir müssen darüber nachdenken, wie wir den Service verbessern und die **ÖPNV-Infrastruktur** weiterentwickeln können. Das beginnt schon am Beginn der Reise, wenn der behinderte Mensch feststellt, dass er nicht von A nach B kommt, weil er am Zugang zum Bahnsteig und zum Zug scheitert. Das ist eine allgemeine Aufgabe, die wir im Blick haben müssen. Wir müssen auch die wirtschaftlichen Potenziale sehen, die sich beim nachhaltigen Umbau unserer touristischen Betriebe entwickeln.

Allein 7 Milliarden € machen wir in Schleswig-Holstein mit dem **Tourismus**, 170.000 Beschäftigte sind davon abhängig. Deshalb ist es so wichtig, dass wir das Thema **Inklusion** auch einmal aus der **Perspektive der Wirtschaft** diskutieren, und zwar mit der Ernsthaftigkeit wie bei allen anderen Themen, die wir sonst diskutieren. Sonst sind wir immer bei Stahl, Beton und anderen Themen. Wir müssen das Thema Inklusion mit der gleichen Aufmerksamkeit, mit der gleichen Intensität diskutieren. Ich habe mich gemeldet, um deutlich zu machen, wie wichtig das ist, und dass wir das im Wirtschaftsausschuss ernsthaft diskutieren. Dafür setze ich mich ein und bitte die Kolleginnen und Kollegen, dass wir über den Bericht dort sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag - die Betonung liegt auf „kurz“ - erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch.

(Heiterkeit und Zurufe)

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Das ist nicht der Rest von meiner Rede, sondern der Versuch, rechtzeitig etwas klarzustellen, bevor es sich vielleicht festsetzt. Kollegin Klahn hat über § 5 Abs. 2 des Schulgesetzes gesprochen. Frau Kollegin Klahn, es geht dort nicht vornehmlich um den **Elternwillen**, es geht um den **Haushaltsvorbehalt**, den das Gesetz macht. Wenn Eltern inklusive Beschulung wollen - ich kenne das, dass Eltern das wollen -, ihr Kind an einer Schule anmelden und diese Schule nicht die baulichen Voraussetzungen hat, dann kann das abgelehnt werden, weil kein Geld zum Umbau der Schule vorhanden ist, weil die sachlichen Möglichkeiten nicht da sind.

Dieser Haushaltsvorbehalt wird in § 5 Abs. 2 beschrieben, und dieser Haushaltsvorbehalt muss aus unserer Sicht heraus. Genau das kritisiert Uli Hase. Es ist richtig, den herauszunehmen, denn wir wollen **inklusive Beschulung** ermöglichen,

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

und zwar überall da, wo es die Eltern, die Kinder und die Jugendlichen wollen, und das darf nicht verhindert werden. Deswegen ist die Kritik von Uli Hase richtig. Es geht, wie gesagt, um den Haushaltsvorbehalt, nicht um den Elternwillen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Kollegin Heike Franzen.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Lieber Wolfgang Baasch! Sie sind gerade auf § 5 des Schulgesetzes eingegangen. Ich möchte dazu gern zwei Dinge konkretisieren. Wir haben als erste regierungstragende Fraktion das Prinzip der inklusiven Beschulung im Schulgesetz verankert.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Wenn Sie auf einen Haushaltsvorbehalt hinweisen, muss man natürlich fragen, inwiefern sich der bisher ausgewirkt hat. Da sind wir uns doch relativ schnell einig: In Schleswig-Holstein werden über 50 % der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelschulen beschult. Ich habe es vorhin gesagt, wir sind damit bundesweit führend. Das heißt, der Haushaltsvorbehalt, wie Sie ihn nennen, hat nicht dazu geführt, dass **inklusive Beschulung** nicht stattfinden kann, sondern er dient natürlich auch den Schülerinnen

und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Denn wenn eine Schule die Voraussetzungen nicht bietet - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Wir wissen ja, wie Einschulungsverfahren laufen. Das ist innerhalb von wenigen Wochen oder Monaten gar nicht zu erledigen. Insofern ist es schon richtig, auch zum **Schutz dieser Kinder** deutlich zu machen, dass wir pädagogische und bauliche Voraussetzungen haben müssen, damit die Kinder dort beschult werden können. Das ist nicht nur eine Frage des Haushalts, sondern dient auch dem Schutz derjenigen, die dort inklusiv beschult werden sollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Uli Hase, bei allen Differenzen in der einen oder anderen Frage und dem Vorwurf, die Landesregierung tue zu wenig, habe ich aus der letzten halben Stunde Debatte den Eindruck gewonnen, dass es in diesem Haus fraktionsübergreifend, und zwar ohne Unterschiede, wie in den vergangenen zehn Jahren, in denen ich diesem Parlament angehören durfte, Einigkeit darin gibt, nicht eine Politik für Menschen mit Behinderung von oben herab zu machen, um irgendetwas Gutes für Menschen mit Behinderung zu tun, sondern dass sie mitten in die Gesellschaft geholt werden sollen, dass sie als ganz selbstverständliche Mitglieder in unserer Gesellschaft mit all ihren Möglichkeiten leben können. Das finde ich gut.

(Beifall)

Gestatten Sie mir eine weitere Vorbemerkung: Lieber Uli Hase, ich freue mich, dass Sie diesen Bericht zum ersten Mal so abgeben konnten, wie es sich viele von uns immer gewünscht haben, nämlich frei, als **Beauftragter dieses Parlaments für Menschen mit Behinderung** und nicht irgendeinem Ministerium zugeordnet. Kein Sozialminister konnte redigieren, auch ich nicht. Da muss man im Zweifel einmal Kritik einstecken, aber ich finde das gut so. Deshalb war die Entscheidung, die in der

(Minister Dr. Heiner Garg)

vergangenen Legislaturperiode getroffen worden ist, richtig.

(Beifall)

Bei allem Für und Wider in der letzten halben Stunde: Diese Landesregierung tritt nach wie vor mit großer Überzeugung weiter für die Leitbildorientierung einer inklusiv orientierten Gesellschaft ein. Dazu gehört, dass Menschen mit Behinderung mit Selbstbewusstsein und Selbstverständlichkeit einen **gleichberechtigten Platz mitten in der Gesellschaft** nicht nur einfordern, sondern dass sie diesen Platz auch bekommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dafür stehen die Arbeit des Landesbeauftragten und sein Tätigkeitsbericht. Natürlich kritisiert er darin die Landesregierung, das soll er auch tun, genau das ist seine Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, die Kritik aufzunehmen und in Politik umzusetzen. Adressat sind wir alle, Legislative, Landesregierung, aber auch Kreise, Kommunen und Zivilgesellschaft. Deswegen lese ich den Bericht als **zentrale Bestandsaufnahme** mit einer ganzen Fülle von Anregungen und Hinweisen für die Landesregierung, für die ich hier spreche, aber auch für uns alle. Für seinen Tätigkeitsbericht danke ich dem Landesbeauftragten im Namen der Landesregierung sehr herzlich, selbstverständlich auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Punkt **Eingliederungshilfe** kommen. Noch niemals zuvor wurde so viel für die **gesetzliche Pflichtleistung nach dem SGB XII** ausgegeben wie in dieser Legislaturperiode. Ich will das, weil hier immer von Sparbemühungen die Rede ist, herausstreichen: Keine Landesregierung zuvor hat mehr für die Eingliederungshilfe ausgegeben als diese christlich-liberale Landesregierung, und das vor dem Hintergrund eines harten Konsolidierungskurses. Selbstverständlich besteht ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe, aber unsere Herausforderung ist es doch, nicht nur die der Sozialpolitiker, sondern auch der Finanzpolitiker und aller anderen, das System der **Eingliederungshilfe dauerhaft finanzierbar** zu halten und zu sichern. Dazu gehört angesichts der demografischen Entwicklung eine **Dämpfung des Kostenanstiegs**, sonst bleiben das Sonntagsreden im Finanzausschuss, sonst bleiben das Sonntagsreden in Haushaltsprüfgruppen oder in Beteiligungsausschüssen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Leistungen in den kommenden Jahren für Menschen mit Behinderung gesichert werden können. Da braucht es keine Kampfparolen

und keine Kampfpolemik, sondern da braucht es intelligente Ideen. Dazu gehört für mich an allererster Stelle selbstverständlich auch die Frage, wie wir das **persönliche Budget** bekannter machen und wie mehr Menschen mit Behinderung in Zukunft genau diese intelligente Art der Teilhabe in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will im Rahmen des Ausführungsgesetzes zum SGB XII erwähnen: Ja, die **Kommunalisierung der Eingliederungshilfe** war ein Erfolg. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass es richtig war, dass wir die finanziellen Fehlanreize, die bestanden, mit dem AG SGB XII im vergangenen Jahr beseitigt haben, dass es keinen Unterschied mehr gibt bei der Finanzierung ambulanter oder stationärer Leistungen. Ich will darauf hinweisen, dass mit dem AG SGB XII auch die Möglichkeit zur sozialräumlichen Orientierung geschaffen wurde.

(Beifall der Abgeordneten Heike Franzen [CDU])

Es ist Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte, die sozialräumliche Orientierung aktiv als Instrument zu nutzen, und es ist eine schöne Aufgabe für jeden Abgeordneten, dafür vor Ort zu werben.

Lassen Sie mich zu dem Punkt kommen, den die Kollegin Bohn angesprochen hat. Sie wissen, dass eine ganze Menge arbeitsmarktpolitischer Instrumente nicht nur zur Verfügung steht, sondern auch eingesetzt wird. Ich will exemplarisch das **Modell des Fachberaters** nennen. Ich will aber auch sagen, dass wir am 7. November 2011 gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit eine große Initiative für Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung starten. In diesem Gesamtkonzept werden 2.000 Unternehmen in Schleswig-Holstein nicht nur angeschrieben, sondern auch dafür interessiert, dass Menschen mit Behinderung Potenziale haben, dass man diese Menschen nicht nach Defiziten beurteilt, sondern dass man endlich zuallererst die Potenziale von Menschen erkennt und sie nutzt und dann, wenn es Defizite gibt, schaut, wie wir gemeinsam mit den Möglichkeiten, die es gibt - beispielsweise über die Ausgleichsabgabe -, dazu beitragen können, dass diese Menschen tatsächlich im ersten Arbeitsmarkt arbeiten können. Ich lade dazu ein, Gebrauch hiervon zu machen. Ich lade die Unternehmen dazu ein, aber auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Minister Dr. Heiner Garg)

Und ja, es ist richtig: Ich habe keine Mitarbeiterin und keinen Mitarbeiter im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit aufgefordert, einen Plan aufzuschreiben, und wir haben zum Schluss „Aktionsplan“ darüber geschrieben. Das ist richtig. Das war auch eine ganz bewusste Entscheidung, weil ich der Auffassung bin, dass ein **Aktionsplan** gemeinsam mit allen gestaltet werden sollte. Die Kollegin Franzen hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass es schwierig ist, auf Kritik zu reagieren, wenn eine Veranstaltung, die angeblich nie stattgefunden hat, stattgefunden hat und an der dann nur Vertreter der Regierungsfractionen teilgenommen haben. Das allerdings ist ein bisschen schwierig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das Bundeskabinett hat am 3. August 2011 den **Nationalen Aktionsplan** beschlossen. Er beinhaltet neben einer Bestandsaufnahme die behindertenpolitischen Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung einer Gesamtstrategie. Angesprochen sind auch hier alle Ressorts. Die Diskussionsprozesse werden in den entsprechenden Bund-Länder-Arbeitsgruppen geführt, und zwar intensiv geführt. Die laufende Vernetzung zwischen Bund und Ländern begrüße ich ausdrücklich. Schleswig-Holstein beteiligt sich daran übrigens aktiv.

Ich darf an dieser Stelle auch an den Zwischenbericht der Landesregierung vom August des vergangenen Jahres über die **Umsetzung der UN-Konvention in Schleswig-Holstein** erinnern. Schon darin ist der **Inklusionsansatz** als zentrales Konzept und Programm der Politik für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein dargestellt, und davon wird - um das ganz deutlich zu sagen - auch kein Jota abgewichen. Beleuchtet werden Handlungsfelder mit Bezug auf alle Lebensbereiche, von Erziehung und Bildung über Arbeit, Wohnen, Kultur, Sport und Freizeit bis hin zur Interessenvertretung.

Vor zwei Wochen war es dann soweit. Am 20. September 2011 - man kann sagen: viel zu spät - hat die Landesregierung gemeinsam mit den Paritätischen die Fachtagung hier in Kiel durchgeführt, auf die ich gerade eingegangen bin. Es wird ein gemeinsamer Aktionsplan entwickelt, der sich selbstverständlich an der vollen Beachtung sämtlicher für das Land verbindlichen Vorgaben der UN-Konvention orientiert. Wie könnte es auch anders sein? Alle Betroffenen werden an der Erarbeitung dieses Aktionsplans intensiv beteiligt. In diesem Sinne wird es schon in Kürze eine Folgeveranstaltung zur **Inklusionskonferenz** vom 20. September geben.

Es geht um die **Vermeidung von Doppelungen** gegenüber dem Nationalen Aktionsplan und um die Konzentration auf Landesaufgaben, also auf das, was wir tatsächlich hier vor Ort tun können. Wir respektieren selbstverständlich die **Verantwortlichkeit von Kreisen und Kommunen**, und außerdem geht es - das ist mir neben der Beteiligung aller Betroffenen fast das Wichtigste - um die **Entwicklungsfähigkeit** eines solchen Plans. Sie alle wissen, dass das Konzept der Inklusion kein eindeutig zu definierendes Ziel oder irgendein Fünfjahresplan ist, der irgendwann erreicht wäre oder abgearbeitet ist. Es geht um einen stetigen Prozess, den ein Aktionsplan abbilden und anregen soll. Prozesshaftigkeit und nicht etwa in Stein gemeißelte Zielmarken sollen den Aktionsplan charakterisieren.

Dieser **beteiligungorientierte Prozess** ist im Übrigen schon selbst wieder ein weiterer Baustein für mehr Inklusion in Schleswig-Holstein. Deswegen freue ich mich auf die Ausschussberatungen sowohl zu dem Bericht des Landesbeauftragten als auch zu den Anträgen.

Lassen Sie mich am Ende meiner Rede noch einmal auf das zurückkommen, womit ich begonnen habe. Bei aller Kritik und bei allen zum Teil ritualisierten Vorwürfen - der eine mag berechtigt sein, der andere weniger - glaube ich, dass wir, einer guten Tradition in diesem Landtag folgend, so wie wir in der Vergangenheit behindertenpolitische Themen diskutiert und oft auch gemeinsam und fraktionsübergreifend vorangebracht haben, gemeinsam an der Umsetzung arbeiten sollten, damit Menschen mit Behinderung in Zukunft ganz selbstverständlich als selbstbewusste, selbstständige und geschätzte Mitglieder in dieser Gesellschaft dieselben Chancen haben wie alle anderen Menschen auch.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 6 Minuten überschritten. Diese Redezeit könnte jetzt von allen anderen Fraktionen genutzt werden, das muss man aber jetzt nicht tun. - Ich sehe auch keine Wortmeldung. Daher schließe ich die Beratung, und wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Antrag in der Drucksache 17/1883, Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, enthält in dem Buchstaben B einen Berichtsantrag zur 22. Tagung. Hierüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer diesem Antrag auf Berichterstattung in der 22. Tagung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzei-

**(Präsident Torsten Geerds)**

chen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Weiterhin ist beantragt worden, die Anträge in der Drucksache 17/1883 - das ist wieder der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hier: Buchstabe A - sowie in der Drucksache 17/1885 - Antragsteller ist die Fraktion DIE LINKE - an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Weiterhin ist beantragt worden, den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in alle Ausschüsse zu überweisen. Wir haben nachgefragt: Der Petitionsausschuss ist damit nicht gemeint. In alle Ausschüsse soll er also überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 14 auf:

**Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1860

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Mit Nummer 2 des Antrags in der Drucksache 17/1860 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Sodann erteile ich für die Landesregierung dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag greift ein wichtiges Thema auf, und er nennt sogar ein paar richtige Schlagworte; aber er verkennt die Realitäten auf der europäischen Ebene.

Es ist richtig: Die Europäische Kommission hat am 29. Juni 2011 ihren **Vorschlag** zum mehrjährigen **Finanzrahmen 2014 bis 2020** veröffentlicht, und

es ist auch richtig: Sie macht darin allgemeine Vorschläge für die zukünftige Gestaltung der Strukturfonds. Der mehrjährige Finanzrahmen gibt also einen gewissen Rahmen vor. Aber er ist nicht die Grundlage, auf der wir die **künftige Strukturpolitik** in Schleswig-Holstein konzipieren können.

Die Grundlage dafür werden die sogenannten **Legislativvorschläge** zu den einzelnen Fonds-Verordnungen sein. Darin wird festgelegt, wie groß der Anteil der Mittel am Gesamthaushalt ist und wie, zu welchen Konditionen, für welche Ziele und in welchen Verfahren sie eingesetzt werden können. Diese Legislativvorschläge hat die Europäische Kommission erst heute vorgelegt. Schon jetzt ist klar: Die Beschlüsse werden am Ende ganz anders aussehen als die Vorschläge der Kommission.

Nach dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen - ich zitiere -, „die Strukturfondsförderung zukunftsfähig zu gestalten“. - Dazu müssen Sie uns nun wirklich nicht auffordern. Die Landesregierung ist seit Beginn der Diskussion mit der **Reform der EU-Strukturpolitik** befasst.

Gern will ich Ihnen kurz die wesentlichen Eckpunkte unserer bisherigen Positionen in den Verhandlungen über die **Reform der Strukturpolitik** darlegen. Die **EU-Kohäsionspolitik** ist für die Umsetzung der EU-2020-Strategie unverzichtbar. Die Landesregierung tritt dafür ein, dass auch in Zukunft eine effiziente Förder- und Regionalpolitik mit europäischer Unterstützung möglich bleibt.

Wir wollen keine Reduzierung des Ziels 2 durch die Einführung einer Zwischenkategorie für schwächere Regionen mit 75 bis 90 % des EU-Bruttoinlandsprodukts. Die Landesregierung befürwortet angemessene und gerechte **Übergangsregelungen** für Regionen, die zurzeit im Rahmen des Ziels Konvergenz geführt werden und deren Bruttoinlandsprodukt 75 % des EU-Durchschnitts übersteigt. Die Mittel hierfür sollen aber im Ziel Konvergenz bereitgestellt werden.

Für die Landesregierung hat die europäische **territoriale Zusammenarbeit** eine hohe Bedeutung. Wir begrüßen den gemeinsamen strategischen Rahmen, der **alle Strukturfonds** umfasst. Bei der vorgeschlagenen Konzentration der Mittel auf wenige thematische Prioritäten muss die notwendige Flexibilität aufrechterhalten bleiben. **Regionale Besonderheiten** müssen berücksichtigt werden.

Die Einführung von Konditionalitäten und Anreizen wird von der Landesregierung grundsätzlich kritisch beurteilt. Es darf vor allem keine Verpflichtung

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Die Regionen zu strukturellen oder institutionellen Reformen als **Bedingung für die Zuweisung von Strukturfondsmitteln** geben. Die Zuweisung der Mittel darf auch nicht von der Erfüllung von Vorgaben abhängen, die die Länder nicht selbst beeinflussen können, wie die Einhaltung der **Kriterien** des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Es darf daher keine automatische Einbeziehung der Kohäsionspolitik in das System der marktökonomischen Steuerung geben.

Wir begrüßen die Beibehaltung des **Europäischen Sozialfonds**. Wir haben einen Prüfvorbehalt zu der vorgeschlagenen Entwicklungs- und Investitionspartnerschaft angemeldet. Die **Regionen** müssen bei der Festlegung der Strategie und Prioritäten angemessen beteiligt werden.

Wir wollen eine **Verwaltungsvereinfachung**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- Das geht nun nicht, dass nur von der linken Seite geklatscht wird. Dann muss von da auch etwas kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen also eine Verwaltungsvereinfachung. Die Landesregierung hat zusammen mit Hamburg in der Stellungnahme der Länder vom November 2010 eine Protokollerklärung abgegeben, in der die Bedeutung der **Zusammenarbeit** in und zwischen den **Metropolregionen** unter territorialen Aspekten besonders betont wird. Metropolregionen stellen neue territoriale Kooperationsformen dar.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir diskutieren den Einsatz neuer **Finanzinstrumente** wie zum Beispiel **revolvierende Fonds**, und wir wissen auch, dass die kommunale Ebene in Schleswig-Holstein dies ablehnt.

Meine Damen und Herren, Sie finden unsere Auffassung übrigens auch in den zahlreichen gemeinsamen Stellungnahmen und Beschlüssen der Länder. Denn für die Diskussionen auf europäischer Ebene ist es unverzichtbar, dass die deutschen Länder, die Bundesländer eine gemeinsame Linie finden. Ein Ausscheren aus dieser Linie mag vielleicht für die politische Öffentlichkeitsarbeit vor Ort Punkte bringen, aber es würde generell der deutschen Verhandlungsposition in Brüssel schaden.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Die **Europafähigkeit** des **deutschen Föderalismus** besteht nicht darin, einen vielstimmigen Kanon zu singen. Wir müssen gemeinsam die richtige Tonlage finden.

Meine Damen und Herren, es wird also erst ausgiebig diskutiert, bevor die Beschlüsse zu den Strukturfonds gefasst werden. Das kann sich noch bis Ende 2013 hinziehen. Daraus folgt, es ist richtig, sich frühzeitig zu den Vorschlägen zu positionieren. Die Landesregierung wird die Vorschläge zeitnah auswerten. Wir können dann gern auch hier erneut darüber diskutieren.

Die konkrete Umsetzung in Landespolitik - sprich: die Gestaltung der Regionalpolitik ab 2014 - kann aber letztlich erst auf Grundlage der **europäischen Beschlüsse** erfolgen. Wie die genau aussehen, weiß im Moment noch niemand. Wir können die Regional- und Strukturpolitik in Schleswig-Holstein erst dann abschließend neu konzipieren, wenn sich einigermaßen verlässlich abzeichnet, in welche Richtung die Beschlüsse gehen werden. Bis dahin wird die Landesregierung auf nationaler und auf europäischer Ebene für die Position und die Interessen des Landes weiter aktiv eintreten.

Wichtige Entscheidungen auf Spekulationen zu gründen, wäre sicherlich keine seriöse Politik. Von daher bleiben wir auf unserem Kurs.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Bernd Voß von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Frau Präsidentin, mein Lieber! - Zurufe: Präsidentenwechsel!)

- Entschuldigung. Manchmal leuchten die Dinge der Zeit einfach an einem vorbei.

(Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident, vielen Dank für diesen umfangreichen Bericht. Ich sage zugleich: Es ist nicht grünes Modell, zuzuhören, was aus der Staatskanzlei kommt und nicht weiter Ziele mitzuformulieren, Position zu beziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Bernd Voß)

Ich sage auch ganz klar: Seit vier Stunden liegen die **Legislativvorschläge** der **EU-Kommission** vor. Die Legislativvorschläge bestätigen im Grunde genommen das, was am 29. Juni durch den Finanzrahmen vorgegeben war. Von daher müssen wir Position beziehen und sagen, wie wir das Beste für das Land daraus machen.

Ich habe bereits in der Debatte in der letzten Tagung - dies ist ein bisschen eine Konsequenz aus der Debatte zum Europabericht - sehr deutlich gemacht, dass zu einer erfolgreichen Landesaußenpolitik auch gehört, dass Ziele und Ansprüche für eine faire, soziale, ausgewogene **Wettbewerbsentwicklung** hier im Land und für **Finanzmittel** für eine innovative Wirtschaftsentwicklung im Land erforderlich sind und dass man sich dafür offensiv positionieren muss und nicht im Vagen sitzen bleiben darf. Schleswig-holsteinische Interessen sind in weiten Teilen nicht identisch mit Interessen anderer Bundesländer.

Die **Neuordnung der EU-Strukturfonds** ab 2014 ist ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein, sowohl für die Möglichkeiten, die Ziele der Landespolitik mit Finanzmitteln zu unterfüttern, als auch für die Wettbewerbsposition Schleswig-Holsteins zu anderen Regionen des Ostseeraums und Europas, hier eine entsprechende Position zu haben.

Wir bekommen in **Schleswig-Holstein** für die **Förderperiode 2007 bis 2013** - die aktuelle Förderperiode - 800 Millionen € europäische Mittel im Rahmen der Strukturförderung. Diese Gelder werden überwiegend für das Zukunftsprogramm ländliche Entwicklung, für den Sozialfonds und für das EFRE ausgegeben. Der Vorschlag für den **mehnjährigen Finanzrahmen** 2014 bis 2020 der Kommission zum Juni beschreibt bereits, wie sich die Kommission in den Grundzügen die künftige Förderung vorstellt. Sie hat es heute bestätigt. Wir müssen darauf reagieren - das sagte ich bereits.

Darin stehen viele gute Ansätze, die wir begrüßen. Wir sollten sie uns ganz genau angucken. Wir haben die Ausrichtung auf die **Strategie Europa 2020**. Europa braucht einen Green New Deal als entscheidenden Baustein für eine zukunftssichere wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Europa-2020-Strategie verbindet Ziele der Strukturentwicklung mit ökologischen Zielsetzungen und mit einer Politik der Teilhabe und der sozialen Sicherheit. In der Strategie heißt es, die Strukturfonds sollen zukünftig als „Katalysatoren für die Verwirklichung eines intelligenten, nachhal-

tigen und integrativen Wachstums in den Mitgliedsstaaten und Regionen“ eingesetzt werden.

Am 20. September 2011 - gerade ein paar Tage her - hat die Kommission einen Fahrplan für ein **ressourcenschonendes Europa** veröffentlicht. In dem beschreibt sie ausgesprochen intensiv die Notwendigkeit der Umgestaltung von Wirtschaftssystemen bei uns.

Wir begrüßen, dass die EU für die **neue Förderperiode** einen gemeinsamen strategischen Rahmenplan vorgelegt hat. Wir halten die Regionalverträge und die Partnerschaftsabkommen, in denen überprüfbare **Ziele** verbindlich festgelegt werden, für eine gute Idee. Wenn wir möchten, dass sich auch andere Regionen entsprechend an die Regeln halten und das Geld nicht irgendwo in Europa versickert, müssen wir uns darauf einlassen und uns an diese Bedingungen anpassen. Sie sind gut für uns, sie sind gut für Europa und für die wirtschaftliche Entwicklung.

Daraus ergibt sich aber auch, dass wir im Land zwischen den Häusern eine engere Abstimmung über die Instrumente der Wirtschaftsförderung und die Projekte des Sozialfonds brauchen. Eine Gesamtstrategie anstelle der Konkurrenz verschiedener Ressorts - wer wie viele Töpfe abgreifen kann und wer was bekommt - ist das, was wir im Land brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk  
[SSW])

Eine wesentliche Änderung wird es wahrscheinlich auch bei den **Projekten des Sozialfonds** geben. Nach bisherigem Stand werden ungefähr 50 % der Strukturfondsmittel danach ausgerichtet werden. Im Moment ist es gerade einmal ein Achtel. Die Kommission setzt hier ein sehr klares Signal. Bisher sogenannte weiche Faktoren werden harte Wirtschaftsfaktoren und als das erkannt. Die Kommission will künftig Bildung, Beschäftigung und die Bekämpfung sozialer Schiefen stärker in den Vordergrund rücken. Dazu gehört auch, auf den demografischen Wandel zu reagieren. Aktives Altern heißt das Programm auf europäischer Ebene und ist gut für Parlamentarier und gut auch für Regierungsmitglieder.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Außerdem müssen wir damit rechnen, in Zukunft insgesamt weniger Geld aus Brüssel zu erhalten, weil es einen erhöhten Finanzbedarf in den neuen

(Bernd Voß)

Beitrittsregionen gibt, aber auch, weil 40 Milliarden € in zukunftsfähige **europäische Infrastrukturprojekte** wie Energienetze investiert werden sollen, dafür reserviert sind und dafür zur Verfügung gestellt werden sollen.

Wir werden in **Wettbewerbsregionen** - wie Schleswig-Holstein das ist -, die sich mindestens im Mittelfeld befinden, eine **Prioritätensetzung** bekommen, die sich auf wenige Ziele konzentriert. Insofern müssen wir auch ganz genau gucken, was wir hier im Land machen. Es sind die Ziele, die uns eigentlich entgegenkommen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen und Innovationen.

Zugleich werden wir als Teil der **Ostseeregion** Zugriff auf mehr **INTERREG-Mittel** bekommen. Für uns ist die Entwicklung **revolvierender Fonds** ein geeignetes Mittel für zahlreiche Bereiche der **Unternehmensförderung**. Knappe EU-Mittel müssen gemeinsam mit den Bundesmitteln und mit den Haushaltsmitteln des Landes zur **Kofinanzierung** einfach effizienter eingesetzt werden können. Dann, wenn es zurückgezahlt werden kann, müssen sie auch wieder neu verwendet werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns einbringen in die Gestaltung der zukünftigen Programme - und das zeitig. Nur dann entstehen in einem veränderten europäischen Rahmen auch genügend Spielräume, an die wir uns letztlich als Region anpassen können, auf die wir dann auch noch reagieren können, bevor es zu spät ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Begrüßen Sie bitte mit mir Besucherinnen und Besucher von der Wohnungsbaugenossenschaft Neue GeWoGe aus Pinneberg auf der Tribüne. - Herzlich willkommen im Hause!

(Beifall)

Als Nächstes erteile ich Herrn Abgeordneten Herrn Dr. Christian von Boetticher von der CDU-Fraktion das Wort.

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, für den Bericht. Lieber Kollege Voß, vielen Dank für den Antrag, der uns heute die Gele-

genheit gibt, in Erinnerung zu rufen, wie wichtig die Strukturfonds der Europäischen Union für uns sind.

Sie sprachen es an. In der letzten Förderperiode 2007 bis 2014 - also in sieben Jahren - waren es 800 Millionen €. Das sind pro Jahr etwas über 110 Millionen €. Wer unsere Finanzlage kennt, weiß, wie wichtig dieses Geld ist und wie sinnvoll es sicherlich in vielen Projekten zum Einsatz kommt. Es ist es also absolut wert, darüber eine Debatte zu führen, und zwar nicht nur heute, sondern sie auch im Ausschuss weiterzuführen. Darum kann ich schon einmal sagen, dass ich anschließend auch die Ausschussüberweisung beantragen werde.

Sie haben ein Problem in Ihren Anträgen, nämlich das Problem, dass Sie sich ausschließlich mit der Ausrichtung der **europäischen Programme** beschäftigen. Es gibt ein viel größeres Problem - das kann ich Ihnen als jemand sagen, der viereinhalb Jahre mit der Umsetzung beschäftigt war -, nämlich die **Implementierung** bei uns in Schleswig-Holstein. Ich nenne Ihnen verschiedene Punkte. Sie können sie übrigens auch in der aktuellen Parlamentsentschließung des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 nachlesen. Dort hat man sich nämlich mit den Problemen und den Lehren aus der Vergangenheit beschäftigt und aus vielen Regionen Best-Practice-Beispiele, aber eben auch negative Auswirkungen zusammengetragen.

Ein Hauptproblem - nicht nur bei uns - ist nach wie vor die unzureichende Möglichkeit der **Kofinanzierung**. Da wird uns das Mittel, das Sie eben angesprochen haben - die **revolvierenden Fonds** -, nur etwas bei **direktinvestiven Ausgaben** im Bereich von **Unternehmen** nützen. Das ist aber nur ein ganz kleiner Anteil der Gelder, die wir ausgeben. Ein Großteil - beispielsweise im Umweltbereich und im Agrarbereich - werden nicht kofinanziert durch Unternehmen, sondern durch **Vereinigungen und Verbände**. Wenn es da in Haushalten an Geld fehlt, dann nützen Ihnen Ihre **revolvierenden Fonds** gar nichts, sondern wir brauchen eine viel größere **Flexibilität** auch bei der Zulassung privater Mittel. Es muss eine ganz zentrale Forderung gerade von uns werden, die wir hier doch im Augenblick klamme Haushaltsjahre vor uns haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen eine stärkere **Einbeziehung** bei der Erstellung der **operationalen Programme**. Das macht nämlich im Augenblick die Verwaltungsebene der EU ganz allein. Hier brauchen wir frühzeitig den Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitar-

(Dr. Christian von Boetticher)

beiter unserer Ministerien. Wir brauchen endlich ein vernünftiges **Verhältnis** zwischen **Umfang der Mittelverwendung und Kontrolle**. Sie haben immer wieder dieselben Kontrollmechanismen, egal, ob das ganz kleine Beträge sind - 20.000 €, die Sie an einen Verband auszahlen - oder ob Sie 20 Millionen € geben. Der Verwaltungsaufwand und der Kontrollaufwand ist der gleiche. Hier müssen wir viel mehr Wert darauf legen, dass das vernünftig geregelt wird.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Wir brauchen auch ein Stück mehr **Flexibilität**. Da stoßen mir doch ein oder zwei Punkte im Antrag auf. Wenn Sie klare **Prioritätensetzung** in Wettbewerbsregionen für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen und Innovationen ansprechen, dann finde ich das richtig. Ich finde, man muss darüber reden können, dass das Schwerpunkte für Schleswig-Holstein werden. Warum Sie aber glauben, dass das Schwerpunkte überall in Europa sein müssen und wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen müssen, ist mir überhaupt nicht klar. Unsere Region hier braucht doch andere Prioritäten, als es vielleicht eine wettbewerbsfähige Region in Spanien oder Italien braucht.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Das muss doch Inhalt unserer **Programmausgestaltung** sein. Darum sollten wir nicht dafür kämpfen, dass sich die Europäische Union frühzeitig präzise festlegt, sondern dass wir möglichst viel Flexibilität auch in den Instrumenten haben, um sie bei uns für diese Prioritätensetzung auszunutzen.

Ich sage Ihnen auch aus der Erfahrung des Bottom-up-Ansatzes, dass wir diesen Ansatz der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Prozessen und den Ansatz, möglichst viele Vereine und Verbände ins Boot zu holen, wie bei der Umsetzung von **ELER**, in möglichst vielen europäischen Programmen brauchen. Wir sollten uns hier in Schleswig-Holstein dafür einsetzen, dass das Realität wird. Es gibt eine Menge Dinge, die wir umsetzen können und wo wir agieren können.

Ich will aber noch zwei oder drei Sachen zu den Inhalten sagen, die Sie vorgebracht haben. Ich glaube, dass wir sicherlich die **Strategie 2020** berücksichtigen müssen. Aber ich will Ihnen auch vorlesen, was das Europäische Parlament in seiner Entscheidung und Entschließung vom 5. Juli 2011 zum **Fünften**

**Kohäsionsbericht** gesagt hat. Da steht - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin - unter Punkt 18, dass

„die Kohäsionspolitik nicht zu einem Hilfsmittel oder Instrument werden darf, das sektorbezogene Fragen wie zum Beispiel der Forschungs- und Entwicklungspolitik, der industriellen Innovation oder dem Kampf gegen den Klimawandel dient, da dies die Gefahr in sich bergen könnte, dass ihr Hauptziel verwässert wird, das darin besteht, die Entwicklung des Potenzials der Region zu fördern ...“

Darum müssen wir schon aufpassen, dass wir jetzt nicht die Strukturfonds und Kohäsionsfonds dafür nutzen, einzelne, spezifische Programme, die wir uns vielleicht wünschen - auch an einem lokalen Kontext - hier in einer Art und Weise zu implementieren, dass sie den Gesamtzusammenhang verwischen.

Darum unterstützen wir natürlich die Strategie 2020. Aber eine flächendeckende Europäisierung beispielsweise der Kulturpolitik oder der Bildungspolitik wird es sicherlich mit uns in dieser Art und Weise nicht geben. Sie sehen also, dass es viel Beratungs- und Debattenbedarf gibt. Dem wollen wir gern nachkommen.

Noch eine Sache zum Schluss: Ich weiß, wie schwierig es ist, die **Förderperioden** vernünftig aufeinander abzustimmen. Die eine läuft aus und die andere beginnt. Meist stimmen die Finanzierungsinstrumente in der Zwischenzeit noch nicht. Da wird in den EU-Zahlstellen, den Verwaltungen der einzelnen Ministerien Unglaubliches geleistet. An so einem Tag wie heute will ich auch einmal Dank an all die Referatsleiter und Referenten sagen, die in diesen Referaten arbeiten und sonst hier nie vorkommen, weil es nie eine Beratung oder große Debatte im Parlament gibt. Heute ist einmal die Gelegenheit, herzlichen Dank an die Häuser zu sagen, die dort wirklich Tolles leisten.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Zur Information: Der Ministerpräsident hatte seine Redezeit um 2 Minuten 30 Sekunden überschritten. Diese Zeit steht allen Fraktionen zur Verfügung. Wir sind deswegen eben in beiden Beiträgen entsprechend großzügig gewesen. Aber zur Information an alle: Sie haben genügend Zeit zur Verfügung.

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Anette Langner das Wort.

**Anette Langner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für den Bericht und vielen Dank für die 2 Minuten 30 Sekunden, die wir jetzt länger über dieses wichtige Thema reden können.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Ich habe immer das Problem, dass ich mit meiner Zeit nicht auskomme und es noch so viel zu sagen gibt.

Durch das heute von der **Europäischen Kommission** vorgelegte Gesetzespaket zur **Neugestaltung der Strukturfondsförderung** ist klar, dass für die neue Planungsperiode ab 2014 erstens weniger Mittel insgesamt zur Verfügung stehen und zweitens ein größerer Anteil der Strukturfondsmittel in die neuen Beitrittsländer gehen wird; drittens wird es eine Verschiebung innerhalb der Fonds geben.

Die Finanzmittel sollen auf einige wenige **strategische Prioritäten** und auf die Ziele von **Europa 2020** konzentriert werden. Ein Anreizsystem, ein System von Konditionalitäten soll Effizienz, Effektivität und Leistungsfähigkeit der Programme steigern.

Im Rahmen der Konsultationsprozesse zur Zukunft der **europäischen Kohäsionspolitik** hat es einen umfangreichen Katalog von Stellungnahmen gegeben. Die Landesregierung hatte die Möglichkeit - der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen -, schleswig-holsteinische Interessen in die Stellungnahme der Länder einzubringen. Dies ist sicherlich in der Gewichtung der für Schleswig-Holstein wichtigen **INTERREG-Programme** oder in der Protokollnotiz, die der Ministerpräsident erwähnt hat, von Hamburg und Schleswig-Holstein zur **Förderung von Metropolregionen** im Ansatz gelungen.

Es gibt aber noch eine ganze Reihe von Punkten, bei denen wir erst am Anfang der Diskussionen stehen. So lehnen zum Beispiel die Länder - Herr von Boetticher hat das Thema Kofinanzierung angesprochen - die Absenkung der bisherigen **Kofinanzierungshöchstsätze** der EU auf unter 50 % ab. Die Bundesregierung allerdings begrüßt die Überprüfung der Kofinanzierungssätze als einen Beitrag zur Steigerung der Effizienz. Diesen **Widerspruch**

gilt es aus Sicht der Länder in den weiteren Beratungen aufzulösen.

Auch die Frage der **Übergangsregionen** und Zwischenkategorien ist nach meiner Einschätzung aus schleswig-holsteinischer Sicht nicht unbedingt positiv zu bewerten, weil es innerhalb der Regionen zu deutlichen **Wettbewerbsverzerrungen** kommen kann. Wir erleben das jetzt schon in der Konkurrenz zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Das, was mir in der ganzen Debatte fehlt und mich im Zuge der fortschreitenden Diskussion über die Zukunft der Strukturfonds zunehmend beunruhigt - da bin ich ganz an der Seite der Kollegen von den Grünen -, ist eine **Gesamtkonzeption** und eine abgestimmte Strategie der **Landesregierung**, wie sich Schleswig-Holstein in der zukünftigen Debatte positionieren will. Zuerst die Vorstellungen der Kommission abzuwarten und dann eigene Vorstellungen zu entwickeln, halte ich für den falschen Weg. So viel Zeit haben wir nicht mehr. Die Zeit drängt. Die Vorschläge werden jetzt im Rat und im Europäischen Parlament beraten und sollen Ende 2012 angenommen werden. Damit sind **Vorfestlegungen** getroffen. Dinge, die da beschlossen wurden, macht man nur schwer wieder rückgängig.

Es muss also eine Gesamtstrategie der **Strukturfondsförderung** für Schleswig-Holstein aus Sicht unserer Interessen geben. Dies sollte folgende Sachverhalte berücksichtigen: Die **Kohäsionspolitik** ist ein zentrales Element, um einen gemeinsamen Wohlstandsraum zu schaffen. Dies gilt nicht nur für die zwischenstaatliche Ebene, sondern auch ganz besonders für die regionale Ebene. Besonders in den jetzigen Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrisen sind Fördermittel entscheidend, die eine Wirkung über den Tag hinaus entfalten und nicht nur im Hinblick auf wirtschaftliche Erfolge, sondern auch zur sozialen Sicherung und Absicherung einen Beitrag leisten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies bedingt eine ganz klare **Ausrichtung der Programme** auf die **Prioritäten** Wissen und Innovation stärken, Ausbildung verbessern, Chancen sichern und Arbeit schaffen, den sozialen Zusammenhalt stärken sowie Daseinsvorsorge gewährleisten. Eine Stärkung und flexible Ausrichtung - da bin ich ganz auf Ihrer Seite, Herr von Boetticher - des ESF, auch in der Priorität Wissen und Innovation ist dazu eine wichtige Voraussetzung.

(Anette Langner)

Die Nutzung von **Synergieeffekten** zwischen den Programmen und einzelnen Zielen wird den Wirkungsgrad der Förderung erhöhen. Das geplante Programm Connecting Europe zum Beispiel, in dem 40 Milliarden € für große Infrastrukturprojekte vorgesehen sind, beinhaltet für Schleswig-Holstein große Chancen bei dem Ausbau der Netzstrukturen für erneuerbare Energien, aber auch beim Ausbau der Hafenhinterlandanbindung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Da müssen wir frühzeitig Konzepte entwickelt und Schleswig-Holstein positionieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Das Thema **Stadtförderung** und **Stadt-Land-Beziehungen** hat für uns auch eine große Bedeutung. Die Hamburger Studie zum Entwicklungspotenzial im **Ostseeraum** bescheinigt gerade den Städten eine besondere Dynamik, die nicht in Konkurrenz zum ländlichen Raum steht, sondern auch Wachstumsimpulse für das Umland entfalten kann. Das ist eine ganz interessante Förderrichtung, weil sie uns von dem Gießkannenprinzip wegbringt, mit dem wir Fördermittel über das ganze Land ausstreuen. Sie sehen also, es gibt viele offene Fragen. Es besteht die dringende Notwendigkeit, Konzepte für unser Land zu entwickeln, wenn wir die speziellen Bedarfe Schleswig-Holsteins in die zukünftige Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik einbringen wollen und auch weiterhin maximal von der Förderung profitieren wollen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns heute die allgemeinen Überlegungen aus den Stellungnahmen vorgetragen. Die sind sicherlich wichtig und gut. Ich hätte mir gewünscht, wenn es ein bisschen in die Zukunft gerichtet noch weitere Konkretisierungen über eine strategische Ausrichtung gegeben hätte. Die haben wir heute leider wieder nicht gehört. Ich würde mir wünschen, dass wir in der weiteren Beratung gemeinsam ein Stück vorankommen, und stimme der Überweisung des Antrags an den Ausschuss zu.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kollege Eichstädt, für die Vorschusslorbeeren. Das war nicht zu Unrecht. Ich danke auch dem Ministerpräsidenten für seinen Bericht. Es ist bei dem Bericht deutlich geworden, dass sich die Landesregierung sehr umfassend mit dem Thema auseinandersetzt und die Interessen Schleswig-Holsteins bei den stattfindenden Diskussionen auch sehr gut vertritt.

Es geht bei den **Strukturfonds der EU** in der Tat um sehr hohe Finanzmittel für unser Land, die wir an verschiedenen Stellen auch nach 2013 dringend brauchen werden. Die Strukturpolitik wird auch bei der Umsetzung der **Europa-2020-Strategie** eine wichtige Rolle spielen. Da sich der Umfang der europäischen Mittel wahrscheinlich nicht erhöhen wird, sieht es danach aus, dass wir als wettbewerbsfähige Region innerhalb der EU nach 2013 mit **Abstrichen**, wahrscheinlich vor allem bei den EFRE-Mitteln, zu rechnen haben. Es gilt also, angesichts unserer schwierigen finanziellen Situation für unser Land das Beste herauszuholen.

Dabei müssen wir auch über das Thema **Kofinanzierung** sprechen. Der Ministerpräsident hatte bereits Anfang 2010 hier im Landtag sehr offen bekannt, dass wir zukünftig nicht mehr alle EU-Programme werden kofinanzieren können. Damit stehen wir in Europa nicht allein da.

Die von der Landesregierung genannten Ziele bei der Kohäsionspolitik teilen und unterstützen wir ganz ausdrücklich. Meiner Fraktion ist es wichtig, dass wir auch nach der **Neuausrichtung der Kohäsionspolitik** weiterhin Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung von nachhaltigen Investitionen und zur Modernisierung unseres Landes erhalten, die wir dann auch kofinanzieren können. Die vorgesehenen Mittel - es wurde schon gesagt - betragen in dieser Periode etwa 800 Millionen €, 373 Millionen € für den Bereich EFRE, im ESF-Bereich sind es rund 100 Millionen € und im ELER-Bereich sind es in etwa 302 Millionen €. Die vorgesehenen Mittel kann das Land Schleswig-Holstein wahrscheinlich auch weitestgehend abrufen. Sie verdeutlichen uns, dass die **regionale Strukturpolitik** in Schleswig-Holstein eigentlich nur noch durch die bestehenden **EU-Strukturfonds** möglich ist.

(Christopher Vogt)

Meine Fraktion ist - wie wahrscheinlich die meisten Fraktionen hier im Landtag - der Auffassung, dass alle Regionen innerhalb der EU weiterhin von der europäischen Kohäsionspolitik profitieren müssen, eben auch die wettbewerbsfähigen Regionen, zu denen auch Schleswig-Holstein gehört, müssen weiterhin berücksichtigt werden. Die **Wettbewerbsfähigkeit** muss schließlich in allen Regionen innerhalb der EU gesteigert werden. Insofern sollten auch den Regionen weitere Zuständigkeiten in diesem Bereich übertragen werden.

Die EFRE-Mittel sind von großer Bedeutung für unsere Strukturpolitik. Besonders betonen möchte ich allerdings die **ESF-Mittel**, die die aktive Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein überhaupt erst möglich machen, die 100 Millionen € für die sieben Jahre. Zum Glück haben wir im europaweiten Vergleich eine vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit. In anderen Regionen Europas sieht es momentan ziemlich dramatisch aus. Der Qualifizierungsbereich muss deshalb europaweit nicht nur gestärkt, sondern weiter ausgebaut werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe der Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke, auch ich freue mich über Applaus von der rot-grünen Seite.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

- Ja, Kollege Eichstädt, das ist halt ein kritisches Publikum. Die sind nicht so leicht zu begeistern wie Sie.

Die EU muss einen größeren Anteil ihrer Mittel in den **Bereich Forschung, Innovation** und eben auch in die **berufliche Bildung** investieren.

(Beifall der Abgeordneten Cornelia Conrad [FDP])

In Schleswig-Holstein können und wollen wir auf die ESF-Mittel nicht verzichten. Die EU sollte weiter daran arbeiten, dass bestimmte Regionen stärker unterstützt werden, diese Mittel auch tatsächlich abzurufen. Da muss man sich dann auch einmal die Regelung über die **Kofinanzierung** anschauen, aber auch über verstärkte Beratung der einzelnen Regionen nachdenken, damit die Umsetzung besser als in der Vergangenheit gelingt.

Der EU-Mitteleinsatz muss insgesamt präziser, zielgerichteter und effizienter werden. Wenn man

die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten beseitigen möchte, muss man auch verstärkt dafür sorgen, dass die EU-Fördermittel gerade in diesen Ländern bei den Menschen auch tatsächlich ankommen. Missbrauch darf dabei natürlich nicht vorkommen und auch nicht toleriert werden, aber die **Verwaltungsverfahren** müssen so einfach wie möglich sein. Ich gebe dem Kollegen von Boetticher völlig recht, sie müssen auch etwas flexibler werden. Das **Controlling** muss ebenfalls verstärkt werden.

Auch wir beantragen, dass der erste Teil des Antrags der Grünen im Ausschuss weiterberaten wird, und freuen uns auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

**Björn Thoroe [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich die Probleme bei der Kofinanzierung der Mittel aus den europäischen Strukturfonds ansprechen. Es handelt sich dabei um 800 Millionen € in sechs Jahren. Das entspricht ungefähr dem jährlichen **Konsolidierungsbedarf**, der in der **Schuldenbremse** festgelegt wurde. Nun hat der Herr Ministerpräsident in seiner Rede vom 19. März letzten Jahres einmal wieder das finanzielle Armageddon heraufbeschworen. Im Original sagte er:

„ ... Schleswig-Holsteins finanzielle Situation ist so besorgniserregend, dass wir nicht mehr jeden von der EU zur Verfügung gestellten Euro kofinanzieren können.“

Das ist ein besonders schönes Beispiel dafür, wie das Land kaputtgekürzt wird. Herr von Boetticher hat gerade vorgeschlagen, die **Kofinanzierung an Private** auszulagern. Das halten wir nicht für den richtigen Weg. Von jedem Euro, der in Schleswig-Holstein ausgegeben wird, landen bei den derzeitigen Steuer- und Abgabenbelastungen 50 ct wieder in öffentlichen Haushalten, und zwar im Bundeshaushalt, im Landeshaushalt und in den jeweiligen kommunalen Kassen. Das bedeutet, dass generell jedes europäische Projekt für den Bund, für Schleswig-Holstein und für die Kommunen unmittelbar finanziell nützlich ist, um die jeweiligen Schuldenbremsen einhalten zu können. Jeder Euro europäi-

(Björn Thoro)

scher Mittel, der nicht kofinanziert wird, treibt die Schulden des Landes.

Nun zu einem anderen Problem: Es ist zwar schön, dass die Grünen sich für eine stärkere Fokussierung der europäischen Politik auf Beschäftigungsfragen und auf soziale Fragen einsetzen, aber das zentrale Problem ist ein anderes. Im 40-seitigen Papier der Europäischen Union mit dem Titel „**Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum**“ taucht das Wort Wettbewerb 43-mal auf. Diese **Wettbewerbspolitik der Europäischen Union** hat zu folgendem Resultat geführt: Einige Länder wurden wettbewerbsfähiger, und zwar nicht zuletzt Deutschland durch massive Lohnsenkungen in den letzten zehn Jahren und durch wahlweise Kürzungen der Pensionen. Daraus folgt unmittelbar, dass andere weniger wettbewerbsfähig sind. Um das zu beheben, schlägt man vor, dass die nicht wettbewerbsfähigen Länder die Löhne senken sollen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Das dürfte dazu führen, dass wiederum andere Länder weniger wettbewerbsfähig sind, denen dann wiederum vorgeschlagen wird, die Löhne zu senken. Diese Art von Wettbewerb lehnen wir ab.

Zum Schluss möchte ich noch auf den neuen Vorschlag der Europäischen Union kommen. Der Vorschlag sieht die Einführung einer **neuen Fördergruppe** für Länder mit 75 bis 95 % des europäischen Bruttoinlandprodukts vor. **Schleswig-Holstein** liegt mit 97 % gerade darüber. Schleswig-Holstein würde leer ausgehen. Wir dagegen wollen eine Förderung durch die Europäische Union, die sich an sozialen und ökologisch nachhaltigen Projekten orientiert und nicht starr am Bruttoinlandsprodukt. Wir werden der Überweisung des Antrags an den Europaausschuss zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines wurde dem Europaausschuss bei seinem Besuch in Brüssel in der letzten Woche klar: Erst wenn der **neue EU-Finanzrahmen** für den Zeitraum 2014 bis 2020 beschlossen ist, wird es möglich sein, zu beziffern, wie hoch das Finanzvolumen der **Strukturfonds** für die kommende **Förderperiode** sein wird. Fest scheint auch zu stehen, dass es

schwierig sein wird, den beschlossenen Zeitplan einzuhalten. Die Einschätzung war, dass der mehrjährige Finanzrahmen erst nach der französischen Präsidentschaftswahl in trockenen Tüchern sein wird. Die großen europäischen Politikbereiche von gemeinsamer Agrarpolitik, Regionalpolitik und Forschung werden aber weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag positioniert, und zwar nicht nur zur künftigen Agrarpolitik, darüber haben wir ja schon miteinander diskutiert, sondern auch, wenn es um die **Zukunft der Strukturfonds** insgesamt geht, denn auch das erfuhren die Mitglieder des Europaausschusses in Brüssel: Stellungnahmen sind gern gesehen, weil sie dazu dienen, die Qualität des Meinungsbildungsprozesses zu verbessern und Fehlentscheidungen vorzubeugen. Für den SSW heißt dies im Umkehrschluss, dass es höchste Zeit ist, diese Diskussion in einer breiteren Öffentlichkeit zu führen. Sich allein auf Beschlüsse des Bundesrats zurückzuziehen, ist eindeutig zu wenig ambitioniert.

(Beifall der Abgeordneten Flemming Meyer [SSW] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt sich erst einmal hinter den Vorschlag der EU-Kommission. Gleichwohl verkennt er, dass diese Von-oben-nach-unten-Strategie den Ansatz des Ausschusses der Regionen zumindest infrage stellt, denn zu Recht wird dort problematisiert, was eine Eins-zu-eins-Umsetzung des Kommissionsvorschlages für die bisherigen Ziel-2-Regionen der EU bedeuten wird.

Der SSW teilt daher die Skepsis des **AdR** gegen die Einführung von neuen **Übergangsregionen**. Gefragt ist ein besseres und faires Übergangssystem, um sicherzustellen, dass ein Bruch in der regionalen Förderung nicht die Entwicklung der Regionen beeinträchtigt. Der AdR will eine Evolution, keine Revolution, heißt es in einer entsprechenden Stellungnahme. Mir ist bewusst, dass sich die Bundesrepublik, also Bund und Länder gemeinsam ähnlich äußern. Gleichwohl wissen wir, dass genau dieser Punkt im Europaparlament sehr kontrovers debattiert wurde und dass sich eine Mehrheit der Abgeordneten für die Schaffung solcher Übergangsregionen ausspricht.

Weniger kontrovers sehe ich andere Spiegelstriche des Antrags der Grünen. Dennoch wird es bei dem gesamten Paket darauf ankommen, wie die unter-

(Anke Spoorendonk)

schiedlichen Intentionen ausbalanciert werden können. Es darf auch unserer Meinung nach nicht so sein, dass die Stachel der neuen EU-Regionalpolitik - wie bei einem Stachelschwein - in alle Richtungen zeigen. Ich denke, das wäre wirklich kontraproduktiv. Für den SSW steht aber auch fest: Die regionale und die lokale Ebene müssen verantwortlich eingebunden werden, weil es nur so gelingen wird, den Prinzipien des **Vertrags von Lissabon** Rechnung zu tragen. Wir treten daher grundsätzlich für eine Stärkung des AdR in diesem Prozess ein.

Dass Schleswig-Holstein bei der **Weiterentwicklung der Strukturpolitik** nicht bei null anfängt, zeigt unter anderem unsere **I-Bank**, die als unser wichtigstes Förderinstitut schon lange mit dem Instrument der revolvingierenden Fonds arbeitet. Der Ansatz ist richtig, weil er zum einen zu einem effizienteren Umgang mit Fördermitteln motiviert, zum anderen aber gerade für ein armes Land wie Schleswig-Holstein eine echte Chance bedeutet. Der Einwurf des Kollegen von Boetticher trifft dabei den Kern des Problems. Es geht insgesamt um die Kofinanzierung. Damit müssen wir uns weiter beschäftigen. Ich muss die Landesregierung dafür loben, dass sie diesen Problembereich so deutlich benannt hat.

(Beifall bei der CDU)

Doch gerade weil hinter der **Neustrukturierung der EU-Regionalpolitik** auch das Bestreben zu sehen ist, die **Nachhaltigkeit** in den Vordergrund zu rücken, will ich zuletzt noch einen konkreten Punkt ansprechen. Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, diesen Punkt in die weitere Debatte mit einzubinden. Wir sind uns aber einig: Die **Zusammenarbeit von Schule und Arbeitswelt** hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt. Grund genug also, genau dies weiter einzufordern und zu stärken. Das soll ja auch geschehen. Es wirkt daher mehr als problematisch, wenn bei der Ausschreibung von Maßnahmen, die mit diesem Bereich zu tun haben, jährlich neue Anträge gestellt werden müssen. Bei einem Besuch des Berufsbildungszentrums in Schleswig wurde mir bewusst, wie viele Ressourcen so ein Verfahren in Anspruch nimmt. Für eine Änderung und Vereinfachung lohnt es sich wirklich zu kämpfen; nicht nur wegen des Systems, sondern in erster Linie, weil es um die Zukunft einer ganz schwachen Gruppe von Jugendlichen in unserer Gesellschaft geht. Ich denke, das muss möglich sein, wenn das, was vorhin angesprochen wurde, umgesetzt wird, nämlich dass Kontrollen und Maßnahmen besser in Einklang gebracht werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/1860, Nr. 2, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/1860, Nr. 1, an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 und 37 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Umsetzung der Resolution des 9. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee in Gdansk und der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW  
Drucksache 17/1879

**b) Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Beschlussempfehlung des Europaausschusses  
Drucksache 17/1849 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile das Wort dem Herrn Berichtersteller des Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt vor, was einstimmig beschlossen wurde. Ich denke, wir können dem so zustimmen.

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Ich danke dem Herrn Berichtersteller. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Niclas Herbst für die CDU-Fraktion.

**Niclas Herbst [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bisher ist der Nachmittag von großer Harmonie geprägt gewesen. Das kann auch so bleiben; denn wir können als Landtag zwei Erfolgsgeschichten verkünden. Hierbei handelt es sich übrigens um zwei unterschiedliche Punkte, die wenig miteinander zu tun haben. Der Ältestenrat wird sich in seiner Weisheit aber sicher etwas dabei gedacht haben, diese beiden Punkte zusammenzuwerfen.

Meine Damen und Herren, die **Ostseeparlamentarierkonferenz** und das **Forum der Parlamente der Südlichen Ostsee** sind etablierte Konferenzen, die unser Land voranbringen. Ich denke, wir können als Schleswig-Holsteiner durchaus selbstbewusst sagen, dass wir in den Bereichen maritime Wirtschaft und zivile Sicherheit unsere eigenen Positionen eingebracht haben und den Diskussionen den Stempel Schleswig-Holsteins aufgedrückt haben.

(Beifall)

Ich will das verbinden mit einem Dankeschön an die Mitglieder der Arbeitsgruppen, die etwas mehr geleistet haben als die normalen Delegationsmitglieder. Dafür ein herzliches Dankeschön. Dank gilt auch unserem Vertreter im sogenannten Standing Committee, der in Konsensverfahren daran mitarbeiten musste, dass wir zu Lösungen kommen. Das ist nicht immer ganz einfach. Für einen Parlamentarier ist es manchmal auch ungewohnt, dieses Konsensverfahren anzuwenden. Lieber Bernd Voß, dafür an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Da die Gefahr besteht, dass wir jetzt in allen Beiträgen das Gleiche sagen, will ich etwas grundsätzliches zum Thema Konferenzen sagen. Als Parlamentarier kann man natürlich manchmal den Eindruck haben, dass diese Konferenzen nicht immer einen unmittelbar ersichtlichen Wert haben. Man könnte den Eindruck gewinnen, aufgrund des **Konsensprinzips** würde eher geredet als entschieden. Das ist für uns, die wir es gewohnt sind, Argumente auszutauschen und am Ende abzustimmen, um am Ende möglichst konkrete Ergebnisse in der Hand zu haben, manchmal ungewohnt.

Die **Ostseeregion** ist innerhalb Europas die führende Region hinsichtlich der regionalen Zusammenar-

beit. Deshalb ist es unglaublich wichtig, diese aufrechtzuerhalten. Das ist auch nicht von heute auf morgen gekommen. Dass sich andere Regionen an der Strategie der Ostseeregion orientieren, ist ein Zeichen dafür, dass das funktioniert. Das ist aber nicht von heute auf morgen gekommen. Die beiden Konferenzen leisten einen wesentlichen Beitrag, um das am Leben zu halten, auch wenn man den unmittelbaren Nutzen nicht immer sofort erkennt.

Die Landesregierung und das Landesparlament haben endlich vereinbart, wie wir insbesondere im Hinblick auf das **Frühwarnsystem** miteinander umgehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir lange Zeit angemahnt haben. Ich bin froh, dass wir zu einem so guten Ergebnis gekommen sind, dem alle Fraktionen zustimmen konnten. Das ist ein gutes Ergebnis. Dafür möchte ich mich sowohl bei der Landesregierung als auch beim Landtagspräsidenten und seinen Mitarbeitern bedanken. Ich denke, wir können als Parlament mit diesem Ergebnis sehr gut leben.

(Beifall)

Positiv will ich auch hervorheben, dass uns die Landesregierung sehr frühzeitig, schon zu Beginn dieser Periode in einem ersten wichtigen Schritt an das EUDISYS-System angeschlossen hat, damit wir überhaupt in dieses Verfahren eintreten können. Das war ein guter Schritt der Landesregierung, der Vertrauen aufgebaut hat.

In der vergangenen Sitzung haben wir ein bisschen über die **Energieeffizienzrichtlinie** gestritten. Wir können aber immerhin sagen, dass das Verfahren an sich gut gelaufen ist. Wir sind entsprechend von der Landesregierung unterrichtet worden. Wir konnten auch rechtzeitig vor der Bundesratsbefassung einen Landtagsbeschluss herbeiführen. Das heißt, dass wir das formale Verfahren gut bewerkstelligt haben. Das wird uns in Zukunft aufgrund der 8-Wochen-Frist nicht immer gelingen. Deshalb bleiben noch Hausaufgaben zu machen. Wir müssen insbesondere die Rolle des Europaausschusses genau definieren für die Fälle, bei denen eine Landtagsbefassung nicht mehr möglich ist. Das bleibt Aufgabe der Fraktionen. Ich weiß, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen in allen Fraktionen gibt. Daran müssen wir arbeiten.

Außerdem müssen wir uns stärker im **prälegislativen Bereich** engagieren. Wir sind ein Bundesland, das anders als reiche Bundesländer als Landtag in Brüssel nicht vertreten ist. Das ist nun einmal so. Wir haben also als Bundesland unsere Fühler noch nicht dorthin ausgestreckt. Gerade aufgrund der

(Niclas Herbst)

kurzen Fristen ist es sehr wichtig, dass wir auch im prälegislativen Bereich vertreten sind. Vielleicht können wir Mittel und Wege finden, um in Zukunft in diesem Bereich gemeinsam etwas zu erreichen. Andere Bundesländer schaffen das auch.

Die Reise des Europaausschusses wurde vorhin schon bei einem anderen Tagesordnungspunkt von der Kollegin Spoorendonk angesprochen. Schauen wir uns einmal an, welche Themen gerade in Europa virulent sind. Dies sind beispielsweise die Dienstleistungsrichtlinie, die Regionalflyghäfen und so weiter. Dort geschieht also eine ganze Menge. Das wird uns sehr konkret betreffen. Ebenso wird uns das **Thema Strukturfonds** betreffen, das wir gerade besprochen haben. Gerade dabei ist es wichtig, dass wir eine gute Ausgangsbasis haben und als Parlament gut informiert und handlungsfähig sind. Die hierzu vorliegende Vereinbarung ist eine Grundlage. Deshalb ist das eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anette Langner das Wort.

**Anette Langner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Herbst hat vorhin Sinn und Erfolg von Resolutionen von Konferenzen angesprochen. Ich glaube, den Erfolg sollten wir vor allen Dingen daran messen, inwieweit es uns gelingt, die Ergebnisse dieser Resolutionen in Regierungshandeln umzusetzen. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute im Parlament über die Resolutionen sprechen und die Landesregierung auffordern, die Ergebnisse in Regierungshandeln umzusetzen.

Die **Umsetzung der EU-Ostseestrategie** hat in den Beratungen der Konferenzen eine große Rolle gespielt. Nach wie vor finde ich es sehr bedauerlich, dass es Schleswig-Holstein nicht gelungen ist, die Koordinierung für einen Schwerpunktbereich der Strategie zu übernehmen. Die Diskussionen auf den Konferenzen haben deutlich gemacht, dass Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg diesen Vorteil für ihre Länder ganz extrem nutzen. Das ist ein Nachteil für Schleswig-Holstein, den wir nur schwer wieder aufholen können.

(Beifall der SPD)

Die **Bundesregierung** wird die Rolle des Ostseerats bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie stär-

ken. Dies ist für Schleswig-Holstein meiner Ansicht nach eine weitere Chance, um unsere Interessen in den Umsetzungsprozess einzubringen. Dies gilt vor allen Dingen für die zukünftige Finanzierung der Strategie.

Der **Ostseerat** und die **Ostseeparlamentarierkonferenz** haben in den vergangenen 20 Jahren eine Schlüsselrolle bei der Bildung von **Netzwerken** im Ostseeraum gespielt. Dabei dient die regionale Identität des Ostseeraums der Identifizierung der Menschen mit der Region, mit ihrer Geschichte und ihrer Kultur. Dies muss einhergehen mit einer stärkeren Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken; denn der Ostseeraum ist nicht nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, sondern auch ein gemeinsamer Lebensraum. Deswegen finde ich es sehr wichtig, dass die **Einbeziehung von Zivilgesellschaft** in den Beratungen auf den Konferenzen eine große Rolle gespielt hat.

Die Ergebnisse der **Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“** der Ostseeparlamentarierkonferenz sind ein wesentlicher Bestandteil der Resolution. Auch mein Dank gilt unseren Vertretern in der Arbeitsgruppe. Die Arbeit war sicher nicht immer einfach. Die Diskussion über eine Position zur Umsetzung der Schwefelgrenzwerte der IMO für den Ostseeraum hat die Herausforderungen deutlich gemacht, die mit einer integrierten Politik verbunden sind.

Ich bin wirklich froh, dass es uns gelungen ist, die Umsetzung der Grenzwerte bis 2015 in der Resolution nicht infrage zu stellen. Das ist ein Erfolg für das sensible **Ökosystem Ostsee**. Natürlich steht außer Frage, dass wir eine Regelung für den Übergang für bestehende Schiffe und eine Ausweitung der Kontrollgebiete auf andere Meeresregionen brauchen. Die Notwendigkeit einer **maritimen Raumplanung**, um unterschiedliche Nutzungsinteressen in Einklang zu bringen, und die Entwicklung weiterer Lead-Projekte einer integrierten Politik sind die nächsten Aufgaben, die vor uns stehen.

Mit **„Clean Baltic Shipping“** war Schleswig-Holstein maßgeblich an der Entwicklung eines solchen Projekts beteiligt. Im Moment, finde ich, bleibt das Land unter seinen Möglichkeiten. Ich vermisse eine Position der Landesregierung bei der Verknüpfung unseres **regionalen Maritimen Aktionsplans**, bei dem wir in Schleswig-Holstein immerhin einmal eine Vorreiterrolle hatten, mit dem **Entwicklungsplan Meer** der Bundesregierung und dem **HEL-COM Baltic Sea Action Plan**.

(Anette Langner)

Lassen Sie mich ein kurzes Wort zum Tourismus sagen. Mecklenburg-Vorpommern hat die Koordination für diesen Bereich und nutzt diese Chance natürlich sehr stark für die eigenen Interessen. Mecklenburg-Vorpommern hat sich eingesetzt für die Entwicklung des **Baltic Sea Tourism Forum**, das gemeinsame Marketingstrategien koordinieren soll. Wenn man sich die Website des Forums anschaut, findet man leider nur die Vertretung von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Schleswig-Holstein taucht dort überhaupt nicht auf. Da, finde ich, müssten schleswig-holsteinische Interessen deutlich besser vertreten sein.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Abschließend noch ein Wort zur weiteren Arbeit im **Parlamentsforum Südliche Ostsee**. Die Bundesregierung plant, die aufeinanderfolgenden Präsidentschaften von Deutschland und Russland dafür zu nutzen, ein längerfristiges Arbeitsprogramm für eine Modernisierung des südöstlichen Ostseeraums auf den Weg zu bringen. Dabei soll der Entwicklung der **Region Kaliningrad** und seiner Nachbarschaft besondere Aufmerksamkeit zukommen. Dies parlamentarisch zu begleiten, würde dem Parlamentsforum einen neuen Sinn und eine neue Bedeutung geben. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein paar Worte zu dem zweiten Thema, das wir unter dem Tagesordnungspunkt beraten sollen. Das hat eigentlich mit dem jetzigen Thema wenig gemeinsam, außer dass es um die **Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung** geht. Deswegen erschließt sich mir die Zusammenlegung nicht wirklich.

Ich finde, der Kollege Herbst hat dazu die wichtigen Punkte gesagt. Es ist gut, dass wir jetzt eine klare Regelung haben, wie Regierung und Parlament bei der **Subsidiaritätskontrolle** zusammenarbeiten. Wir haben die Punkte, die uns wichtig waren, dabei untergebracht. Dazu gehört die Übersendung eines Berichtsbogens seitens der Landesregierung, in dem das entsprechende Dokument bewertet wird. Dazu gehört zweitens die Möglichkeit, über eine Bindung der Landesregierung an die Entscheidungen des Landtags zu sprechen.

An diesem Punkt haben wir uns nicht einigen können. Da gibt es sicherlich unterschiedliche Auffassungen. Das Thema sollte aber weiter auf der Ta-

gesordnung bleiben. Das ist auch so geplant, und das ist aus unserer Sicht auch ein Erfolg.

Die Praxis wird zeigen, wie gut die **Vereinbarung** ist und ob wir damit wirklich die Ziele erreichen, die wir uns vorstellen. Ich glaube, dass wir mit dieser Vereinbarung insgesamt zunächst einmal arbeiten sollten und im weiteren Verlauf sehen sollten, ob wir dort Nachbesserungsbedarf haben. Für heute bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit zu diesen wichtigen europäischen Themen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Kirstin Funke das Wort.

**Kirstin Funke [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Um den Tagesordnungspunkt umfassend zu würdigen, brauchte man eigentlich mehr als die doppelte Redezeit. Aber da sie uns hier und heute nicht gegeben ist, möchte ich mich auf einige wenige Aspekte der beiden vorliegenden Anträge beschränken.

Die vorliegende **Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung** ist das Resultat eines Prozesses, der mit dem Vertrag von Lissabon startete. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das sogenannte Frühwarnsystem installiert, das allen nationalen Parlamenten und in Deutschland auch den Landesparlamenten über den Bundesrat das Recht einräumt, am Rechtssetzungsprozess der EU rechtzeitig teilzunehmen.

Im Protokoll II des Vertrags über die Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität heißt es - ich zitiere mit Verlaub -:

„Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.“

Frühzeitig erhielten wir hier in Schleswig-Holstein als Parlament die Informationsmöglichkeit der Frühwarndokumente über die Bundesratsdatenbank

(Kirstin Funke)

und haben uns bereits vor der Vereinbarung mit den Vorschlägen der EU beschäftigt und uns aktiv am Prozess mit Stellungnahmen beteiligt, zuletzt, wie schon gehört, mit dem Vorschlag der **Energieeffizienzrichtlinie**, die wir in der letzten Plenardebatte behandelten, wobei wir uns mit großer Mehrheit für eine Stellungnahme der Landesregierung im Bundesrat ausgesprochen haben.

Mit der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung haben wir nun ein gutes Gerüst und eine solide Grundlage für die gemeinsame zukünftige Arbeit. Diese Stärkung des Parlaments gilt es nun vonseiten des Parlamentes mit Leben zu füllen und auch fortzuentwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim zweiten Antrag zur **Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz** und zum **Parlamentsforum Südliche Ostsee** möchte ich auf den Bericht der **Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“** eingehen. Ich hatte die Ehre, für den Landtag in den vergangenen eineinhalb Jahren Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Ostseeparlamentarierkonferenz zu sein, in der ich zusammen mit meiner Stellvertreterin und Kollegin Ines Strehlau mitarbeitete.

Schwerpunkt der Arbeit war der integrative Themenansatz von der langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der **maritimen Wirtschaft im Ostseeraum**, Stärkung der **Region** als maritimer Wirtschafts-, Innovations- und Technologiestandort sowie die effiziente und nachhaltige Verbesserung des Klima- und **Umweltschutzes** im Schiffsverkehr in der Ostsee. Dabei war allen Mitgliedern in der Arbeitsgruppe klar, dass nur die Verbindung und Fortschreibung der Politikansätze von Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt es schafft, der Ostseeregion langfristig zu einer positiven und **nachhaltigen Entwicklung** im maritimen Sektor zu verhelfen.

Die Arbeitsgruppe hatte dabei eine lebhafte und offene Diskussion darüber geführt, wie die von der EU geforderte **Reduzierung der Schwefelemissionen** von Schiffen auf 0,1 % ab 2015 in der Ostseeregion einzuschätzen ist. Verschiedene Gutachten und Vorstellungen von unterschiedlichen Verbänden haben dabei zum Ausdruck gebracht, dass die Gefahr besteht, dass es zu einer Verlagerung des Transports von Waren vom Wasser auf das Land kommen könnte, da sich Umrüstung und Bau der Schiffe und der teurere Treibstoff für den Transport nicht mehr rechneten. Eine Verlagerung des Verkehrs vom Wasser auf das Land ist aber gerade das, was wir verhindern wollen.

Wir sind in der Gruppe zu dem Schluss gekommen, dass an der Vereinbarung, die die Mitgliedstaaten mit der IMO geschlossen haben, und an der nachhaltigen Sicherung unserer Umwelt nicht gerüttelt wird. Was jedoch aus gutem Grund auch seine Berücksichtigung in der Resolution gefunden hat, war, dass Lösungen gerade für kleinere Reedereien in **Anreizsystemen** für die Umrüstung bereits existierender Schiffe gefunden werden müssen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, so möchte ich heute auch noch einmal ein klares Bekenntnis zu der vereinbarten Reduzierung der Schwefelemissionen von Schiffen **ab 2015** abgeben, da hier auch die Chance nicht nur für die Umwelt zu sehen ist, sondern auch für unsere Wirtschaft und Forschung, sich hier ein innovatives Standbein zu erarbeiten. Aber ich möchte auch noch einmal die Forderung aus der Resolution wiederholen, dass es für den Ostseeraum keine **Wettbewerbsnachteile** geben darf, indem allein die Ostsee als Schwefelüberwachungsgebiet erklärt wird, sondern es bedarf einer europaweiten Ausdehnung und der zügigen Ausweisung weiterer Seebecken wie dem des Mittelmeeres.

So bleibt im Ergebnis beim integrativen Ansatz von Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt im maritimen Bereich, dass derjenige, der innovative und umweltfreundliche Lösungen will, sowohl **betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen** für die betroffenen Unternehmen als auch die **Infrastruktur** in diesem Bereich schaffen muss.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erlaube ich Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg gleich ein Dank an Anette Langner dafür, dass wir bereits heute, einen Monat nach der Ostseeparlamentarierkonferenz, in einer gemeinsamen Positionierung die Landesregierung bitten, das Ergebnis umzusetzen. Das ist sehr früh, das geschieht sehr schnell und ist im Konsens gelaufen. Das war in der Vergangenheit nicht möglich. Ich denke, das ist wichtig.

Mit der Ostseeparlamentarierkonferenz wurde vor 20 Jahren die Basis für eine kontinuierliche **parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum** gelegt. Damit war ein weiterer Schritt gegangen,

(Bernd Voß)

um die Blöcke in Europa zu überwinden. Wesentlicher Motor war damals Schleswig-Holstein. Besonders bedeutend ist bei dieser parlamentarischen Zusammenarbeit, dass neben Nicht-EU-Ländern wie Island und Norwegen auch die Parlamente der russischen Region und Russland eingebunden sind.

Aus dieser Arbeit sind wichtige zivilgesellschaftliche Netzwerke entstanden. Das konnten wir gestern auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der dieser Tage stattfindenden Ostsee-Jugendkonferenz in Mözen feststellen. Jugendliche aus elf Ländern rund um die Ostsee waren dabei - ein spannender Abend!

Der Schulterchluss mit den Dumas ist auch Grundlage für die demokratische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Ostseeraum. Wir wissen, dass dort in Sachen Menschenrechte und Demokratieentwicklung manches noch suboptimal ist.

Es wird intensiv an Wegen und Konditionen gearbeitet, die den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur und den sonstigen Austausch befördern.

Die Arbeit wird in Facharbeitsgruppen geleistet. Ich danke Frau Funke, Frau Amtsberg und Frau Strehlau für die in den vergangenen beiden Jahren geleistete Arbeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **Arbeitsgruppe Zivile Sicherheit** beschäftigt sich mit der Bekämpfung von Menschenhandel und prekären Lebenssituationen. Wenn wir genau nachsehen, stellen wir immer wieder fest, dass die Statistiken oft nicht die Realität widerspiegeln; die Situation ist gerade im **Ostseeraum** erheblich problematischer.

In der **Arbeitsgruppe „Maritime Politik“** ist der Verkehr in der Wachstumsregion Ostsee natürlich zentrales Thema. Die Vertretung Schleswig-Holstein in der Ostseeparlamentarierkonferenz macht es leichter möglich, scheinbar regionale Dinge - wie die maroden Schleusen - auch auf diese Ebene zu tragen; sie haben tatsächlich hohe Bedeutung für den gesamten Verkehr im Ostseeraum.

In den Jahren 2011/2012 wird eine neue **Arbeitsgemeinschaft** zum Thema „**Green Growth**“ gemeinsame Positionen entwickeln. Das ist eine ziemliche Herausforderung, besonders wenn man daran denkt, dass in osteuropäischen Ländern neue Atomreaktoren entstehen sollen. Die Debatten mit den Kollegen sind aber auch spannend; denn sie fragen

sich schon, was bei uns eigentlich abläuft, und hinterfragen ihre Projekte.

Im vergangenen Jahr waren wir, der Schleswig-Holsteinische Landtag, mit unseren Anträgen zur Lotsenpflicht in kritischen Gebieten - Stichwort: Kadettrinne - und zur Bannung der **Einhüllentanker** erfolgreich. Auch diesmal fanden unsere Anträge zur Umsetzung der **IMO-Beschlüsse** zu **Schiffsemissionen** Eingang in die einstimmig verabschiedete Entschließung der Ostseeparlamentarierkonferenz. Um es auf Deutsch zu sagen: Auch die Kollegen aus der Zentralduma in Moskau haben sich unseren Anträge angeschlossen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In einem Gespräch, das in der vergangenen Woche in Brüssel stattfand, wurde klar, dass die deutsche Diskussion zur **Subsidiarität** in formeller Hinsicht manchmal abgekürzt werden sollte. Zielorientiert und entlang der Inhalte sollten wir die europäischen Themen bearbeiten. So funktioniert letztlich europäische Vertretung in dem **Ausschuss der Regionen**. Niclas Herbst, du wirst es bestätigen können: So funktioniert letztlich auch unser **regionales europäisches Netzwerk** - das subregionale Netzwerk zur Ostseeparlamentarierkonferenz -, das Parlamentsforum Südliche Ostsee.

Ich will nur ein Beispiel herausgreifen: Als es vor einigen Jahren in Polen eine - ich formuliere es vorsichtig - europakritische Regierung gab, wurde in diesem Forum dennoch entlang der Themen intensiv weitergearbeitet. Europafeindlichkeit und entsprechende Ressentiments waren dort überhaupt kein Thema.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit der Mitgliedschaft der **Duma von Kaliningrad** im Parlamentsforum Südliche Ostsee ist auch das Parlament dieser russischen Region beteiligt. Das ist zusammen mit der bilateralen Partnerschaft - der Herr Landtagspräsident war kürzlich mit einer Delegation zu Besuch - eine Basis für die Stärkung auch der zivilgesellschaftlichen Kontakte in die Regionen. Nur daraus wird letztlich ein Demokratieprozess erwachsen können. Die Resolution hatte die Schwerpunkte - Sie haben es gelesen -: Tourismus, Bildung, Ostseestrategie, Multi-Level-Governance.

Ich komme zum dritten Punkt, der **Vereinbarung des Landtags und der Landesregierung über Konsultationen**; Sie kennen das alles. Mit dieser Vereinbarung haben wir die Arbeitsbasis für das

(Bernd Voß)

mit dem Lissaboner Vertrag möglich gewordene Mitgestalten des Landtags an der europäischen Rechtsetzung. Europa wird nicht nur durch die Stärkung des Europaparlaments und der nationalen Parlamente transparenter und demokratischer - die meisten Gesetze werden letztlich in Europa gemacht -; Europa wird auch durch die möglich gewordene Beteiligung des Landtags ein Stück weit demokratischer. Wir werden Europa den Bürgern näherbringen - näherbringen müssen. Es ist eine Herausforderung des Lissaboner Vertrages, die Mitverantwortung der **Parlamente im Integrationsprozess Europas** zu stärken.

Anders ausgedrückt: Es wird künftig auch für Politikerinnen und Politiker schwieriger - Bierzelte haben wir nicht, aber ähnliche Veranstaltungen -, die eigenen Versäumnisse in Ermangelung eines anderen Feindes Europa oder Brüssel zuzuschreiben. Damit ist jetzt Schluss, weil man sich bis auf die untere Ebene beteiligen kann. Dann wird man eben gefragt: Was hast Du denn gemacht, als das anstand?

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wir sollten diese Chance nutzen und uns inhaltlich entlang der Themen einbringen.

Ein herzlicher Dank an den Landtag und die Landesregierung, dass wir endlich diese Basis haben. Der Europaausschuss des Landtags wird sich noch in die Arbeit einfinden müssen. Wir haben zu überlegen, ob wir ein Berichterstatterwesen einführen - dann hat jemand die „Macht der Tinte“ -, um auch die jeweilige fachpolitische Dimension einzubringen. Wir können uns abstimmen, um schnelle, effiziente Arbeit entlang der europäischen Themen zu ermöglichen.

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Formulieren Sie bitte Ihren Schlusssatz.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Den prälegislativen Bereich hat Niclas Herbst bereits angesprochen. Wir müssen intensiv überlegen, ob wir - ähnlich wie Bayern und Baden-Württemberg - eine parlamentarische Vertretung in Brüssel installieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

**Björn Thoroe [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch DIE LINKE sieht **Kooperationen im Ostseeraum** als überaus wichtig an. Wir haben schon immer mehr von Kooperation als von Konkurrenz gehalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden dem vorliegenden Antrag zur Ostseekooperation heute zustimmen. Zwei kritische Anmerkungen möchte ich allerdings noch loswerden.

Erstens. DIE LINKE findet es bedenklich, wenn die Kooperation im **Bildungsbereich** im Ostseeraum schwerpunktmäßig mit Blick auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit geführt wird. Nicht die verschiedenen **Arbeitsmärkte** sollten im Mittelpunkt einer Bildungsdebatte im Ostseeraum stehen, sondern das, was die Menschen aus den verschiedenen Ländern mit sehr unterschiedlichen Geschichten und Erfahrungsschätzen voneinander lernen können. DIE LINKE sieht Bildung nicht nur im Ostseeraum als Wert an sich an.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Die Debatte um die **Schwefelwerte im Schiffstreibstoff** drohte - und droht immer noch - zu kippen. Natürlich wäre es sinnvoll, wenn strengere **Grenzwerte** nicht nur in der Ostsee, sondern auch in den anderen Gewässern weltweit gelten würden; dieses Argument darf aber nicht zu einer Aufweichung von schon verabschiedeten Beschlüssen führen. Die **Ostsee** ist das weltweit ökologisch am meisten belastete Meer. Allein dies rechtfertigt strengere Grenzwerte - wenn es nicht anders geht, auch im Alleingang. Die angeblichen Wettbewerbsnachteile können sich für die Ostsee-Anrainerstaaten schnell zum Vorteil umdrehen, wenn im Ostseeraum die Technologie für umweltfreundliche Schiffsmotoren am weitesten entwickelt sein wird.

Nun zur **Subsidiaritätsvereinbarung** mit der Landesregierung: Es war ein sehr mühsamer und langer Weg dorthin. DIE LINKE hätte es lieber gesehen, wenn alle Dokumente aus dem **Frühwarnsystem** der EU von der Landesregierung zusammengefasst und automatisch mit einer Subsidiaritätsbewertung versehen worden wären. In Bayern ist dies der Fall, wie wir in Brüssel auf der Reise des Europaausschusses erfahren konnten. Die Ausrede, in Schleswig-Holstein gebe es zu wenig Personal für die Er-

(Björn Thoroe)

ledigung dieser Aufgabe, ist sehr einfach zu beantworten: Dann muss eben Personal eingestellt werden!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Wichtigkeit der EU auch für Schleswig-Holstein scheint noch nicht bis in die Staatskanzlei durchgedrungen zu sein. DIE LINKE hat die Wichtigkeit der EU erkannt und steht für ein demokratisches Europa.

Da die Vereinbarung zumindest ein erster Schritt ist, werden wir ihr heute zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für einen weiteren Beitrag erteile ich der Fraktionsvorsitzenden des SSW, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick ist es schwierig, den fraktionsübergreifenden Antrag zu den Resolutionen der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee mit der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung unter einen Hut zu bringen. Ich bin aber davon überzeugt, dass eben diese neue Vereinbarung künftig die Klammer sein wird, wenn es um den Stellenwert der Ostsee- und Europapolitik für Schleswig-Holstein und damit auch für den Landtag gehen wird.

Der Weg dorthin war nicht ganz einfach, doch zuletzt haben wir uns auf einen Kompromiss verständigen können, mit dem wir alle leben können. Aus Sicht des SSW heißt dies, dass es in dieser ersten Phase mit der neuen Vereinbarung darum gehen muss, Erfahrungen zu sammeln. Stillstand ist nicht angesagt, aber wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass es anscheinend Barrieren in den Ressorts gibt, die erst einmal überwunden werden müssen. Dennoch haben wir uns alle bewegt, dafür herzlichen Dank, dem Landtagspräsidenten und unserem Direktor, aber auch Staatssekretär Maurus, dem die undankbare Rolle zugefallen war, allen Bedenken aus den Reihen der Regierung Rechnung zu tragen.

Die **Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung** ist eine Konsequenz des Lissabon-Vertrags und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das für die **Legislative** die gleichberechtigte **Beteiligung an EU-Entscheidungen** einfordert.

Das bezieht sich in erster Linie auf die Rolle des **Bundestags**.

Soll der deutsche Föderalismus ernst genommen werden, betrifft der Urteilspruch des Verfassungsgerichts aber auch die **Landesparlamente**. Da reicht es nicht aus zu sagen, die Länder sind im Bundesrat über die Landesregierungen vertreten. Dieser Konfliktpunkt - denn es ist einer - ist noch nicht zu Ende behandelt. Umso wichtiger ist es, dass sich die Landtagspräsidenten in ihrer „Wolfsburger Erklärung“ eindeutig für eine Stärkung der Landesparlamente ausgesprochen haben, auch in EU-Sachen und wenn es um **Subsidiaritätsangelegenheiten** geht. Dass es bei der Frage nach Einhaltung der Subsidiarität nicht vor allem um Inhalte, sondern um demokratische Entscheidungsrechte geht, werden wir sicherlich weiter miteinander diskutieren. Wir brauchen mit anderen Worten dieses neue Instrument der Vereinbarung. Der Europaausschuss bekommt damit einen neuen Stellenwert, den es nunmehr politisch umzusetzen gilt. Das ist eine weitere Konsequenz des Verfassungsgerichtsurteils.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich vertraue darauf, dass die Europapolitik eine neue Qualität bekommt. Das gilt vor diesem Hintergrund auch für die **Ostseepolitik**. Daher in diesem Zusammenhang nur einige wenige Bemerkungen! Nicht zu dem Inhalt der jeweiligen Resolutionen, dem die schleswig-holsteinische Delegation in Gdansk und Helsingfors ja schon zugestimmt hat. Nun ist erst einmal die Landesregierung gefordert: Wir erwarten ihren Bericht zur Umsetzung dieser Resolutionen, dann ist wieder das Parlament gefragt. Wir sollten aber die Zeit nutzen, einige Strukturen kritisch zu hinterfragen.

Schon lange bahnt sich aus unserer Sicht die Frage an, welche Rolle das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** künftig spielen soll. Die Schwächen dieser Plattform wurden auf der diesjährigen Konferenz deutlich. Bei allem Verständnis für die Situation unserer polnischen Freunde in den Wojewodschaften ist das Parlamentsforum Südliche Ostsee sicherlich nicht der richtige Ort für eine Auseinandersetzung mit der Zentralregierung in Warschau.

Für uns steht fest, dass die Zukunft des Parlamentsforums wesentlich damit zusammenhängen wird, ob es uns gelingt, die Arbeit des Forums an die Ostseeparlamentarierkonferenz anzudocken. Das sollten wir im Ausschuss diskutieren und sehen, ob wir da weiterkommen können. Weiterhin wird der SSW beantragen, dass mit **Bornholm** als Teil der **Region Seeland** Kontakt aufgenommen wird, um auszulo-

(Anke Spoorendonk)

ten, ob es nicht gelingen könnte, die Insel mit ins Boot des Parlamentsforums zu holen. Das ist angesagt, das war von Anfang an auch so gedacht, aber durch die Regierungsbildung ist das irgendwie hinten runtergefallen.

Ein weiterer Punkt ist die Zusammenarbeit innerhalb der deutschen Delegation bei der Ostseeparlamentarierkonferenz, soll heißen, wir brauchen eine bessere **Abstimmung** unserer Positionen mit den Delegationen des Deutschen Bundestags und der teilnehmenden Bundesländer. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass auch der Landtagspräsident an der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz teilgenommen hat. Das ist ein gutes Signal. Schleswig-Holstein hat über viele Jahre eine Vorreiterrolle in der **Ostseekooperation** gespielt. Diese Rolle wieder zu erreichen, muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Landesregierung erteile ich dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Vertrag von Lissabon** hat die Rolle der **nationalen Parlamente** gestärkt, was das Einhalten der Subsidiarität betrifft. Es gibt inzwischen ein **Frühwarnsystem**, nach dem die nationalen Parlamente Dokumente zu einem europäischen Gesetzgebungsvorschlag unverzüglich bekommen und prüfen können. So können Bundestag und Bundesrat innerhalb von acht Wochen Stellung nehmen.

Ich bin natürlich gespannt, wie wir das umsetzen können. Ich habe da ein bisschen Erfahrung. Der eine oder andere weiß, dass ich mehrere Jahre Vorsitzender des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag gewesen bin. Der Agrarausschuss war derjenige Ausschuss, in dem europäische Vorgänge am stärksten vertreten waren. Es war nicht immer leicht, die Vorlagen unverzüglich zu bekommen. Manches, was wir hatten, war schon verabschiedet oder nicht mehr aktuell. Insofern werden wir darauf drängen, dass dies eingehalten wird.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde auch ermöglicht, dass die nationalen Parlamente gegebenenfalls die regionalen Gebietskörperschaften mit Gesetzgebungszuständigkeiten, also bei uns den **Landtag**, hierzu konsultieren. Das wollen wir als Landesregierung gern tun, und das ist ein Gegen-

stand der Vereinbarung, über die wir heute beraten. Die Landesregierung verpflichtet sich daher in dieser **Vereinbarung**, dem Landtag unverzüglich alle den Frühwarnmechanismus unterfallenen Dokumente zu übermitteln. Hierzu werden Ihnen die Fachressorts auf einem Vorblatt eine erste Einschätzung geben.

Zudem werden wir künftig gemeinsam diejenigen Vorhaben der Europäischen Union identifizieren, die **wesentliche Interessen unseres Landes** unmittelbar berühren und daher von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind. Denn eines steht für uns fest: Um die Interessen unseres Landes möglichst zielgerichtet und effizient in der Europäischen Union zu vertreten, müssen Landesregierung und Landtag bereits im **Vorwege europäischer Rechtsetzungsvorhaben** eng zusammenarbeiten. Eine frühzeitige Befassung des Landtags und damit eine frühe öffentliche Debatte über geplante Vorhaben ist europapolitisch von elementarer Bedeutung. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sollen schon im Vorfeld verstehen, wieso sie ein europäisches Gesetz betrifft oder betreffen wird und in welcher Weise. Wir verankern Europa damit in Schleswig-Holstein noch fester im Bewusstsein. Wir machen den Bürgerinnen und Bürgern klar und deutlich: Europa ist wichtig für unser Land.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde, es zu betonen: Europa ist für Schleswig-Holstein von herausragender Bedeutung, nicht nur wegen der finanziellen Mittel, die wir für unser Land bekommen, sondern vielmehr, weil wir als Land zwischen den Meeren, als Land der erneuerbaren Energien, als Agrar-, Wirtschafts-, forschungs- und Gesundheitsland großes Interesse haben, an der europäischen Entwicklung mitzuwirken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe keinen Zweifel: Wir in Schleswig-Holstein, Landtag und Landesregierung, erkennen dies gemeinsam. Meine Damen und Herren Abgeordneten, das steht für mich im Fokus dieser Vereinbarung. Europa stärker in die öffentliche und vor allem in die regionale Debatte zu holen, sollte eine gemeinsame Aufgabe sein.

Mit der gemeinsamen Vereinbarung regeln wir nicht nur das formale Instrument der **Subsidiaritätsprüfung**, die Vereinbarung soll - wenn ich den Herrn Landtagspräsidenten richtig verstanden habe - morgen gemeinsam unterzeichnet werden, in einem großen Akt.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels  
[DIE LINKE])

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Das ist es auch wert, dass wir dies so machen. Für mich ist wichtig, dass wir eine Grundlage im Vorwege von europäischem Recht schaffen. - Das ist Sache des Landtagspräsidenten. Darüber müssen wir gemeinsam mit ihm sprechen. Ich sehe wenig Bedenken, dass da noch einer mehr kommen kann.

(Heiterkeit)

Wann haben wir denn schon einmal so eine Gelegenheit? Das muss man auch zelebrieren, das können wir gemeinsam machen.

Für mich ist viel wichtiger: Wir schaffen eine Grundlage, im **Vorwege von europäischen Vorhaben** gemeinsam Schwerpunkte zu setzen. Wir werden künftig im **Konsens von Exekutive und Legislative** diejenigen Rechtsetzungsvorschläge identifizieren, die wesentliche Interessen des Landes betreffen und daher für unser Land von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind, und diese Chance werden wir gemeinsam nutzen.

Zur Debatte will ich nur wenige Sätze sagen. Es steht heute auch die **Umsetzung der Resolutionen** des Parlamentsforums Südliche Ostsee und der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der Tagesordnung. Wie der Name bereits sagt, handelt es sich hier um eine originäre Aufgabe des Landtags. Dieser Aufgabe hat der Landtag entsprochen mit dem Umsetzungs- und Berichtsantrag zur 26. Tagung, dem wir gern nachkommen werden.

Die internationale Zusammenarbeit auch auf parlamentarischer Ebene lässt die Partner rund um die Ostsee noch enger zusammenrücken. Ich halte das für sehr wichtig. Die Landesregierung wird den Landtag im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Umsetzung der Resolutionen gern unterstützen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Die Redezeit des Ministerpräsidenten wurde um knapp eine Minute überschritten. Diese Zeit steht den Fraktionen zur Verfügung. Wird davon Gebrauch gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung zu a). Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 17/1879 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1879 einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Beschlussempfehlung des Europaausschusses, Drucksache 17/1849 (neu). Mit der Drucksache 17/1849 (neu) haben die Mitglieder des Europaausschusses dem Landtag den Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Vereinbarung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Vereinbarung in der Beschlussempfehlung Drucksache 17/1849 (neu) einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

**Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma**

Antrag der Fraktion des SSW  
[Drucksache 17/1887](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne damit die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Harms von der Fraktion des SSW.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Europäische Kommission** hat einen Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma beschlossen. In diesem Rahmenplan werden alle Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Integrationsstrategien auf die Ziele der EU abzustimmen und den Planungshorizont bis 2020 auszuweiten. Die Ziele der EU beziehen sich auf mehr **Bildung und Beschäftigung für Roma** sowie verbesserten Zugang zum **Gesundheitswesen** und zu mehr **Wohnraum**.

Dass sich die EU um die Integration der Roma in Europa sorgt, ist nicht weiter verwunderlich. Der „Spiegel“ schrieb am 28. September dieses Jahres

„In Osteuropa herrscht ein moderner Bürgerkrieg. Die Regierungen von Tschechien bis Bulgarien spielen ihn seit Jahren herunter, die westliche Öffentlichkeit weiß wenig von ihm: Es ist ein Krieg gegen die Roma. Es gibt Aufmärsche gegen sie, selbsternannte Ordnungshüter schikanieren und bedrohen sie; um die Viertel, in denen sie wohnen, werden Mauern errichtet; ihre Häuser werden angezündet; sie werden von ihren Wohnorten vertrieben; manchmal brutal ermordet.“

(Lars Harms)

Nun könnte man sagen: Wir sind hier nicht in Osteuropa und auch nicht in Frankreich, wo in den letzten Jahren mehr als 8.000 Roma vertrieben wurden; wir sind in Schleswig-Holstein. Was kümmern uns also die Probleme der Roma in anderen Ländern?

In **Deutschland** leben schätzungsweise 70.000 Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit. Hinzu kommen etwa 50.000 Flüchtlinge, von denen 20.000 Kinder sind. Die geflüchteten Roma stammen zum überwiegenden Teil aus osteuropäischen Ländern, in denen sie zunehmend diskriminiert und verfolgt werden. Auf der Suche nach einem Leben in Sicherheit landen viele von ihnen auch in **Schleswig-Holstein**. Wir wissen nicht genau, wie viele es sind. Die meisten sind nicht rechtmäßig in Deutschland. Nicht alle sind registriert. Viele leben im Untergrund. Sie haben keinen Zugang zu Bildung, keine offizielle Beschäftigung, sie leben unter erbärmlichen Bedingungen und können nur in Notfällen auf Gesundheitsfürsorge zugreifen. Aber all dies ist immer noch besser als die **eskalierende Lage in ihren Herkunftsländern**, die sie im schlimmsten Fall mitten in Europa mit ihrem Leben bezahlen.

Die **Sinti und Roma** sind ein vertriebenes Volk. Seit vielen Generationen versuchen diese Menschen, ihre Kultur und ihre Tradition zu leben, und werden dafür von der Gesellschaft ausgegrenzt. Die Vorurteile gegen Zigeuner, die betteln und stehlen, sitzen tief. Nach dem Massenmord an den Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus trägt Deutschland aber eine historische Verantwortung für diese Minderheit. Damit tragen wir eine solche auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Auch hier in unserem Bundesland sitzen die **Vorurteile** tief. Das darf man nicht einfach vom Tisch wischen, und man darf sich auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Roma in Schleswig-Holstein unter erbärmlichen Bedingungen leben und wir die Verantwortung dafür tragen, dass ihnen bei uns vor Ort geholfen wird.

Der SSW fordert daher einen **Integrationsplan für Roma** in Schleswig-Holstein. Auch wenn die Reaktionen auf unsere Forderungen die Frage sein mag: Warum denn für Roma und nicht für andere? und auch wenn gesagt wird, dass doch alle Angebote den Roma offenstehen, ist es aus unserer Sicht notwendig, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Bedürfnisse der Roma, die ganz besondere Bedürfnisse sind, zugeschnitten sind.

Auch der **Gleichbehandlungsgrundsatz** hindert uns nicht daran, den Roma zu helfen. Der SSW fordert daher den Ausbau geeigneter Förderinstrumente und Integrationsmaßnahmen für Roma, damit diese die Negativspirale der Duldung durchbrechen können und hier im Land eine Perspektive erhalten. Außerdem muss den **Roma-Kindern** dringend geholfen werden. Sie und ihre Eltern brauchen Unterstützung und Beratung, damit die Kinder die **Schulpflicht** erfüllen und auch weiterführende **Bildungsangebote** in Anspruch nehmen können.

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier können wir insbesondere auch auf die Fachkenntnisse des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma zurückgreifen. Warum immer nur etwas geben? Warum nicht auch einmal die Expertise der Sinti und Roma in Anspruch nehmen? Sie ist nämlich vorhanden, und ich glaube, das wäre eine gute Sache, bei der wir gerade auf unsere deutschen Sinti und Roma zurückgreifen könnten.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zusammen mit spezifischen **Alphabetisierungskursen für Erwachsene** und Kinder muss die Benachteiligung durch fehlende Bildung reduziert werden. **Arbeitsmaßnahmen und Wohnraum**, der **diskriminierungsfrei** zur Verfügung steht, sind die weiteren Schritte, um den Roma in Schleswig-Holstein ein Leben in Würde zu ermöglichen und sie in ihrer Kultur zu respektieren.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf Folgendes hinweisen: Es geht hier darum, eine ganz besondere Gruppe mit zu integrieren. Das ist auch die Idee, die die EU hatte. Die Roma sind aufgrund ihrer Lebensweise und ihrer leidvollen Geschichte eine besondere Gruppe, die auch eine besondere Hilfestellung benötigt. Das hat die EU erkannt. Nun hoffen wir, dass dies auch bei uns erkannt wird.

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Herr Abgeordneter Harms, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber zu?

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich. Gern.

**Jürgen Weber [SPD]:** Kollege Harms, wir versuchen die ganze Zeit zu verstehen, von wem Sie reden. Reden Sie von den Roma, die hier seit längerem ansässig sind und die sozusagen schon länger Bestandteil unserer

(Lars Harms)

Debatte sind, oder reden Sie von EU-Bürgern, die aus osteuropäischen Ländern hier nach Deutschland kommen und sich in einer problematischen Situation befinden, um es allgemein zu sagen? Können Sie uns sagen, von welcher Gruppe von Menschen Sie jetzt reden? Oder ist das für Sie alles ein und dasselbe?

- Es ist nicht ein und dasselbe. Der Integrationsplan soll für Roma gelten, die aus osteuropäischen Ländern zu uns zugewandert sind, auf welche Art und Weise auch immer.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Ich würde mir wünschen, dass wir in der Lage wären, ein **Integrationskonzept** zu erarbeiten, und würde es natürlich für sinnvoll erachten, dass die hier lebenden **Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit**, die hier in Schleswig-Holstein eine Minderheit darstellen, daran beteiligt werden, weil ich auf dieses Fachwissen nicht verzichten will. Ich denke, meine Rede war relativ deutlich. Es geht darum, dass wir Menschen, die aus osteuropäischen Ländern zugewandert sind und Roma sind, bei ihren ganz speziellen und spezifischen Problemen helfen. Das ist die Idee, die die EU hatte. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, das, was man in anderen Ländern macht und andenkt, auch in Schleswig-Holstein machen. Auch damit können wir wieder ein Vorbild sein.

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Lassen Sie eine Nachfrage zu?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Jürgen Weber [SPD]:** Sie haben gerade den Begriff der Zuwanderung benutzt. Sind Sie in der Lage, uns zu erklären, was Sie unter „Zuwanderung“ verstehen? Solange es sich um EU-Bürger handelt, haben Sie den Begriff der Flüchtlinge benutzt. Sind Sie in der Lage, uns zu beschreiben, über welchen Status von Menschen, die hierher kommen, wir reden?

- Lieber Herr Kollege Weber, es geht bei dieser Sache nicht um den Status der Menschen, sondern es geht darum, dass es innerhalb der EU, aber auch außerhalb der EU Menschen gibt - jetzt spreche ich insbesondere von den Menschen innerhalb der EU, weil es um ein EU-Programm geht -, die tatsächlich

aus ihren **Heimatländern** weggehen. Ich nenne das **Flüchten**, weil die Bedingungen, die in einigen EU-Ländern herrschen, für die Roma doch sehr kritische Bedingungen sind. Ich denke, es ist sinnvoll, dass wir als ein Land, das immer sagt, wir seien sehr tolerant und sehr freundlich gegenüber Menschen, die in anderen Ländern verfolgt werden, Nägel mit Köpfen machen, gerade diese besondere Gruppe auch besonders behandeln und versuchen, diesen Menschen besonders gut zu helfen, um damit ein Beispiel zu geben, wie man das auch in anderen EU-Ländern machen kann.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Vielen Dank, Herr Harms. - Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Astrid Damerow das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Harms, es wäre sehr hilfreich gewesen, wenn Sie all die Antworten auf die Fragen, die Ihnen der Kollege Weber eben gestellt hat, schon in Ihrem Antrag aufgegriffen hätten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das hätte uns anderen die Redebeiträge etwas erleichtert.

Bei der Lektüre Ihres Antrags habe ich mir überlegt, ob eigentlich jeder Roma in Schleswig-Holstein über Ihren Antrag besonders glücklich sein wird. Denn einige Ihrer Aussagen halte ich persönlich für recht unglücklich formuliert oder unglücklich gewählt. Ein großes Problem in Ihrem Antrag ist, dass Sie schon nicht die notwendige **Unterscheidung zwischen Roma mit und Roma ohne deutsche Staatsangehörigkeit** in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in Europa treffen. Man gewinnt den Eindruck, als gebe es keinen Unterschied zwischen den **Lebensverhältnissen im europäischen Ausland** und denen hier in **Schleswig-Holstein**. Es entsteht der Eindruck, dass viele Missstände, die es im Ausland geben mag, genau in dieser Form auch in Schleswig-Holstein existieren. Das stimmt jedoch nicht.

Ich will gar nicht bestreiten, dass wir hier in Schleswig-Holstein **soziale Probleme** mit den zugewanderten Roma haben. Ich nehme einmal die **autochthone Minderheit der Roma** aus. Allerdings muss ich mir, wenn ich Ihren Antrag lese, auch die

(Astrid Damerow)

Frage stellen: Warum eigentlich Roma? Drei Zeilen weiter reden Sie dann plötzlich von „Sinti und Roma“. Ich erinnere mich auch an eine Diskussion, die wir hier im Landtag hatten. Da ging es um „Keine Abschiebung von Ashkali und Roma“. Dieser ganze Bereich beschränkt sich in keiner Weise allein auf die Roma. Auch dieses Thema haben wir damals diskutiert.

Natürlich werden wir uns überlegen müssen, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen, wenn Sie in dem SSW-Antrag sagen, 80 % der **Roma** seien auf **staatliche Hilfe** angewiesen oder 70 bis 80 % der deutschen Sinti und Roma seien Analphabeten. Ich denke, es wird interessant sein, einmal zu hören, was Herr Weiß von den deutschen Roma und Sinti in Schleswig-Holstein dazu sagen wird.

Wir alle sind uns darüber einig, dass **Integration** notwendig ist. Wir haben klare Änderungen in der **Residenzpflicht** in den letzten zwei Jahren erreicht. Wir werden morgen im Plenum Änderungen zum **Bleiberecht** diskutieren. All das trifft auch für die eben genannten Gruppen zu.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

Die Landesregierung wird Ende dieses Jahres einen **Aktionsplan Integration** vorlegen, der für alle gelten wird.

Ich tue mich mit dem Herauslösen einer einzigen Gruppe wirklich schwer. Dabei nehme ich immer noch die autochthone Minderheit aus.

Sie haben vorhin verlangt, wir sollten für die bestimmten Lebensumstände der Roma einen bestimmten Plan entwerfen. Was machen wir denn mit anderen Gruppen, die nach Schleswig-Holstein zuwandern und die auch ganz bestimmte kulturelle Eigenheiten und Gewohnheiten haben? Wir werden es nie hinbekommen, dass wir **Integrationspläne für jede einzelne dieser Gruppierungen** schaffen. Im Übrigen wird man auch da einmal die Frage stellen müssen: Wo beginnt **Separierung**, und wo beginnt Integration?

(Beifall des Abgeordneten Torsten Geerdts [CDU])

Insofern muss ich leider sagen: Die ganze Rede, die ich vorbereitet habe - Sie merken, ich schiebe die Zettel hin und her - war aufgrund der Zwischenfrage von Herrn Weber Makulatur.

Ich schlage vor, dass wir Ihren Antrag an den Ausschuss überweisen; er birgt mehr Fragen als Antworten. Wir werden im Ausschuss ausführlich dar-

über diskutieren müssen, wie wir mit diesem Antrag umgehen. Für meine Fraktion kann ich jetzt schon sagen: Es kann nicht sein, dass wir Integrationspläne für einzelne Bevölkerungsgruppen entwerfen. Das läuft dem Integrationsgedanken, so wie wir ihn verstehen, völlig zuwider. Wir werden uns auch darüber unterhalten müssen, wie die autochthone Minderheit der Roma in Schleswig-Holstein ihre eigene Integration bewertet.

Für eine Minderheit einen Integrationsplan zu fordern, halte ich auch für etwas problematisch. Deshalb beantrage ich für meine Fraktion die Ausschussüberweisung und bin gespannt auf die dortige Diskussion zu diesem Thema.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Brennende Häuser, verängstigte Menschen, Hasstiraden, regelmäßige Demonstrationen von Bürgern an der Seite von Rechtsradikalen, Rufe nach Abtransport und Lagern, Gettoisierung einer Bevölkerungsgruppe, finanzielles Ausschlachten von sich nicht wehren könnenden Menschen, maximales Unverständnis auf beiden Seiten. Sie meinen, ich möchte an Deutschlands schwärzeste Zeit erinnern? - Nein, ich habe Ihnen gerade tagesaktuell die Situation von **Roma in Tschechien**, ganz nah zur deutschen Grenze, in Rumänien und in Bulgarien dargestellt.

Alltägliche **Diskriminierungen** und gewaltsame **Übergriffe auf Roma** wie die eben geschilderten gibt es in vielen anderen **europäischen Staaten** ebenso - übrigens nicht nur in den neuen Mitgliedsstaaten der EU oder in Drittstaaten. Ich erinnere an die Anschläge in **Neapel** im Mai 2008, die dazu führten, dass 800 Menschen fliehen mussten. Ich erinnere an die öffentlichkeitswirksame **Ausweisung der Roma aus Frankreich nach Bulgarien und Rumänien** im letzten Jahr, nachdem es dort nach der Erschießung eines Roma durch die Polizei zu Ausschreitungen gekommen war.

Diese Vorgänge zeigen sehr deutlich, wie **Integrationspolitik** für Roma, der größten Minderheiten-Gruppe in Europa, fehlgeschlagen ist. Verständlich, dass sich viele Menschen bei diesen täglichen Erfahrungen auf den Weg in eine weniger diskriminierende Umgebung machen. Da die meisten dieser

(Birte Pauls)

Länder aber als **sichere Herkunftsländer** gelten, werden Roma, wenn überhaupt, hier nur **geduldet**, aber nicht integriert.

Auch in **Kiel** erleben wir bei den Flüchtlingsfamilien gerade sehr prekäre Lebenssituationen. Damit wir diese Menschen anständig begleiten, ihnen menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung stellen, Arbeitsmöglichkeiten und Schulbildung ermöglichen, ihre Traditionen aber respektieren, bedarf es erst einmal eines europäischen, nationalen und regionalen **Verantwortungsgefühls gegenüber dieser Minderheit**, aber auch eines entsprechenden Planes.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Die **Europäische Kommission** fordert daher alle Mitgliedstaaten auf, bis Ende 2011 ihre **nationalen Roma-Integrationsstrategien** auf den Ansatz der EU abzustimmen und den Planungshorizont **bis 2020** zu erweitern.

Wenn wir aber über die **Umsetzung** der Initiative der Europäischen Kommission in Deutschland und speziell in Schleswig-Holstein sprechen, dann müssen wir zunächst einmal definieren, wer der **Gruppe der Roma** überhaupt zuzurechnen ist. Und wir müssen deutlich unterscheiden zwischen Roma, die aus anderen EU-Staaten zu uns kommen, Roma, die speziell aus Rumänien und Bulgarien kommen, weil für sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht gilt, und Roma, die aus Drittstaaten nach Deutschland kommen. Wir müssen sehen, dass die **Bedingungen**, unter denen die Roma in Europa leben, in den einzelnen Staaten sehr, sehr unterschiedlich sind.

Aus Sicht der SPD müssen für die Roma, die aus diesen Staaten nach Deutschland gekommen sind, **soziale Mindeststandards** gewährleistet sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gelten im Umgang mit diesen Menschen die Grundsätze **humanitären Handelns**. Gleichzeitig ist ihre kulturelle Identität zu achten. Anhand dieser Maßstäbe sind aus unserer Sicht entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Wir müssen deutlich unterscheiden zwischen Roma, die aus den eingangs genannten Verhältnissen in anderen europäischen Staaten nach Deutschland und nach Schleswig-Holstein gekommen sind, und den hier seit Jahrhunderten lebenden **Sinti und Roma deutscher Staatsbürgerschaft**, unserer kleinsten nationalen Minderheit, die immer noch nicht den Weg in die Verfassung gefunden hat.

Meine Damen und Herren, nicht nur in Europa insgesamt, sondern auch in Deutschland sind die hier bereits seit Langem lebenden Sinti und Roma Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Nach der am 24. Mai 2011 vorgestellten Studie zur aktuellen **Bildungssituation** der deutschen Sinti und Roma haben 81,2 % der Befragten persönliche Diskriminierungserfahrungen. 13 % der Befragten haben keine Schule besucht. 44 % haben keinen Schulabschluss. 53,6 % der Befragten fühlen sich bei Behördenbesuchen diskriminiert. Diese Zahlen belegen, dass bisherige Pläne nicht ausreichend waren, und sie machen deutlich, dass dringender **Handlungsbedarf** besteht - auch für uns hier in Schleswig Holstein.

Wir begrüßen es deshalb, dass der SSW die Initiative der Europäischen Kommission aufgegriffen hat. Der uns vorliegende Antrag ist unserer Auffassung nach aber noch nicht differenziert genug und wird dem komplexen Sachverhalt nicht ausreichend gerecht. Wir wünschen uns deshalb, dass wir im Ausschuss noch einmal ganz ausführlich darüber diskutieren, um dann zu einer gemeinsamen Formulierung zu gelangen.

(Beifall bei SPD, DIE LINKE und SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Carsten-Peter Brodersen das Wort.

**Carsten-Peter Brodersen [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist schon etwas verwirrend. Herr Harms, nach Ihrem Redebeitrag hat sich dieser Eindruck bei mir noch verstärkt. Trotzdem beziehe ich mich auf den vorliegenden Antrag - so gut es halt geht.

Grundsätzlich ist die Zielsetzung des Antrags - die Verbesserung der Integration von Sinti und Roma - unterstützenswert. Wir müssen uns jedoch fragen, ob der Antrag, so wie er vorliegt, das richtige Instrument dafür ist und ob es wirklich zielführend ist, einen gesonderten **Integrationsplan** aufzustellen. Auch ist der Antrag aus meiner Sicht in Teilen unpräzise und unkonkret.

Ich möchte es kurz weiter erläutern. Zuerst frage ich mich, wer eigentlich genau die **Zielgruppe** ist. In der Begründung sprechen Sie allgemein von Roma, alternativ von Sinti und Roma, dann von Roma und Sinti als anerkannte nationale Minderheit und

(Carsten-Peter Brodersen)

auch davon, dass viele - also nicht alle - Roma Zugereiste seien. Sie unterscheiden nicht zwischen deutschen Sinti und Roma und zugewanderten. Das macht jedoch einen entscheidenden **Unterschied** aus. **Sinti und Roma** der **nationalen Minderheit** sind **deutsche Staatsangehörige**, also Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Somit haben sie die gleichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger auch. Ihr **Integrationsstand** ist ein ganz anderer als der der ausländischen **zugewanderten Sinti und Roma** beziehungsweise sind sie schon voll integriert.

Durch den **Status als Bürger** haben sie Anspruch auf alle bestehenden Bildungs- und Sozialprogramme von Bund, Ländern und Kommunen. Das Land fördert die Kulturarbeit der Minderheiten und vergibt auch Projektförderung, bei der natürlich der Integrationsaspekt eine wichtige Rolle spielt.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Wenn es um zugewanderte Sinti und Roma geht, frage ich mich, warum es eines gesonderten Plans für Sinti und Roma bedarf. Bedarf es dann auch gesonderter **Pläne** für alle anderen **Zugewanderten**, die auch ihren jeweils ganz eigenen Migrationshintergrund haben? Wird nicht andersherum ein Schuh daraus? Muss es nicht einen **umfassenden Integrationsplan** geben, in dem die selbstverständlich bestehenden, besonderen Aspekte und Probleme, welche bei der Gemeinschaft der Sinti und Roma bestehen, als ein Baustein mit einfließen? - Dieses Vorgehen halte ich für einen vernünftigeren Ansatz als das umgekehrte. Die Landesregierung legt ihren Aktionsplan Integration in den nächsten Monaten vor.

**Sprachkenntnisse und Bildungschancen** - da stimme ich Ihrem Antrag inhaltlich voll zu - sind dabei die Grundvoraussetzungen für eine **erfolgreiche Integration**. Bei diesem Punkt sind wir uns einig. In den bisherigen Plenardebatten zu Integrationsthemen ist dies auch immer Konsens gewesen. Deswegen liegen klare Schwerpunkte des **geplanten Aktionsplans** in den Bereichen frühkindliche Bildung und schulische Bildung, Übergang von Schule und Beruf, berufliche Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung, Arbeit, Integration vor Ort, Sport und Willkommenskultur.

Es gibt **laufende Projekte** wie zum Beispiel die vorschulische Sprachförderung und Sprachtests vor Einschulungen - das Programm „Sprint“ -, die erfolgreich arbeiten. Hinzu kommt die schulische Sprachförderung durch die Deutsch-als-Zweitspra-

che-Zentren, also die Sprachförderung für nicht deutsche Schülerinnen und Schüler.

Auch die bestehenden **Integrationskurse** werden sehr gut angenommen, und seit Anfang des Jahres können hier lebende Ausländerinnen und Ausländer wieder ohne Wartezeit Integrationskurse besuchen.

Weiterhin hat das **Land** seine Mittel auf die **Migrationssozialarbeit** konzentriert. All diese Punkte die von der Landesregierung vorangetrieben wurden, sind aus meiner Sicht in Ihrem Antrag nicht ausreichend berücksichtigt.

Bei der Integrationspolitik muss das Prinzip des Förderns und Forderns gelten. Integration kann nicht nur auf einem Bein, sondern muss fest auf zwei Beinen stehen, damit sie gelingt. Es muss bei aller Bemühung der Integration auch ein Engagement erkennbar sein - das gilt für alle Zugewanderten -, dass ein Durchbrechen des Teufelskreises der **sozialen Ausgrenzung** erwünscht ist. Es handelt sich auch in gewissem Umfang um eine Holschuld und nicht nur um eine Bringschuld des Staates und des Landes.

(Beifall bei der FDP)

Noch einmal abschließend: Wir halten einen umfassenden Integrationsansatz für sinnvoller als eine Zersplitterung in einzelne Teilpläne. Integrationspolitik sollte sich über die bestehenden Probleme definieren und zu deren Lösung beitragen und nicht an der Zugehörigkeit zu Gruppen ausgerichtet sein. Wir stimmen einer Ausschussüberweisung zu, um uns dieser wichtigen Thematik in der weiteren Beratung des Ausschusses annehmen zu können.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Luise Amtsberg das Wort.

**Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Punkte, die der SSW in seinem Antrag für einen Integrationsplan für Roma in Schleswig-Holstein aufgreift, finden die volle Unterstützung der grünen Landtagsfraktion.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Luise Amtsberg)

Nicht nur die von der **Europäischen Union** vorgegebene **Roma-Rahmenstrategie** verpflichtet uns, die **Integration von Roma** dringend und umfassend zu organisieren und umzusetzen. Diese Vorhaben, mit denen die EU auf die ständige **Diskriminierung und Ausgrenzung** von Roma in so vielen europäischen Ländern reagiert, ist der Grund, der uns zum Handeln bewegen muss. Der andere - und dieser sollte eigentlich der ausschlaggebendere Grund sein - ist aber unser **demokratisches Selbstverständnis**, denn die Geschichte der Roma in Europa ist sehr lang und sehr bewegt. Besonders in Deutschland ist die **Geschichte der Roma** dunkel, denn auch sie blieben nicht von der nationalsozialistischen Willkürherrschaft und dem brutalen Ausmerzen von Menschen verschont, die nicht ins kranke Weltbild der Nationalsozialisten passten.

Grundlage für die **Verfolgungspolitik** damals und die gezielte Massenvernichtung der Roma war das „Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“, aber auch das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Während des nationalsozialistischen Terrors wurden Roma diskriminiert, verfolgt, zwangssterilisiert, interniert und ermordet. Die Geschichte zeigt die Brutalität und Bosheit, mit der gegen diese Menschen vorgegangen wurde. Über Jahrhunderte sind die Roma bis zum heutigen Tag **Opfer von Diskriminierung und Ausgrenzung**, die zu einer Abschottung geführt haben und den Dialog und die Bereitschaft zum Dialog nach wie vor in vielen europäischen Ländern erschweren. Um die Verwirrung in den Fraktionen aufzugreifen, was die Zielgruppe angeht, und um die Frage zu beantworten, ob es gesonderte Pläne für Roma bedarf, sage ich nach meinen Ausführungen ganz klar Ja.

Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wir feststellen müssen, dass die bisherigen **Integrationsbemühungen** für die Menschen, die hier leben und durchaus auch eine **deutsche Staatsbürgerschaft** haben, an vielen Stellen nicht durchgetragen haben, vermutlich, weil sie nicht tief genug gingen. Wir werden im Ausschuss klären, für wen dieser **Integrationsplan** gedacht ist. Die Tatsache, dass die EU möglicherweise eine andere Zielgruppe vorsieht als wir oder als es die Intention des SSW ist, sollte uns nicht daran hindern, darüber nachzudenken, ob wir vielleicht noch etwas mehr für die Roma tun können, die derzeit hier leben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Genau das werden wir sicherlich im Ausschuss auch tun. Wir werden sie natürlich fragen. Ich weiß, dass die meisten Fraktionen hier in einen sehr intensiven **Dialog** mit den Roma in Schleswig-Holstein getreten sind. Ich denke, dass wir das gemeinsam im Ausschuss fortsetzen werden. Das ist in meinen Augen selbstredend. Ich glaube nur, dass wir uns an dieser Stelle nicht an der Zielgruppe festhalten sollten, die wir definieren, sondern einfach die Probleme, die es gibt, klar benennen sollten.

Wenn Integration scheitert, geht das meistens zulasten von Kindern und jungen Roma, die in unserer Gesellschaft leben. Analphabetenraten, die es durchaus gibt, unzureichende Kindergarten- und Schulbesuche, Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsbereichen sind eben nur einige wenige Bereiche, in denen wir **fehlende Integration** feststellen müssen.

Es ist eine Antwort, auf die Schwierigkeiten bei der Integration zu verweisen und darauf zu verweisen, dass eine Gruppe von Menschen angeblich schwer erreichbar ist und sich dem **Dialog** nicht hinreichend öffnet. Auch das hatten wir häufiger in den Debatten gehört. Ob das nun stimmt oder nicht: Vor dem Hintergrund unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung darf dieses nicht die einzige Antwort bleiben. Deshalb ist der Antrag des SSW genau richtig. Es ist keine Frage, dass die Aufgabe, der wir uns hier stellen müssen, eine schwierige ist. Das Leben, die Kultur und die Geschichte von Roma sind wahnsinnig komplex. Ich warne an dieser Stelle auch davor, in Stereotypen zu denken, denn natürlich sind nicht alle Roma schlecht integriert, arm und schlecht ausgebildet. Es gibt auch andere Beispiele. Aber Angebote für diejenigen zu schaffen, die bislang nicht gesellschaftlich integriert sind, und dafür zu sorgen, dass diese die Angebote auch annehmen, sollte unsere allererste Aufgabe sein.

Das Schlimmste, was ich immer empfinde, wenn wir über das Thema reden ist, ist, dass wir das eigentliche Ziel, das wir mit unserer Minderheitenpolitik in Deutschland verfolgen, und das, was wir definiert haben, nämlich der Schutz der jeweiligen Minderheit und die Förderung ihrer jeweiligen Kultur und Sprache, deswegen gar nicht in Angriff genommen werden kann. Weil es an vielen Stellen Probleme in der Integration gibt, haben wir das Ziel, beispielsweise die Förderung von Romanes oder andere Sprachen, überhaupt nicht mehr in den Fokus genommen. Allein deswegen ist der **Minderheitenschutz** eine Aufgabe, die als Fernziel defi-

(Luise Amtsberg)

niert werden muss. Der Weg dahin ist **Integration**. Wir müssen uns auch klar machen, dass die Integration von Roma auch eine **asylrechtliche Relevanz** hat. Das hat der Kollege Harms schon angesprochen.

Morgen sprechen wir über das **Bleiberecht** von langjährig geduldeten Menschen, unter denen es auch sehr viele Roma gibt. besonders vor dem Hintergrund, dass Roma in vielen europäischen Ländern völlig entrechtet und ohne jede Zukunftschance leben, sollten wir unseren flüchtlingspolitischen Grundsatz überdenken. Ich werde das nicht weiter ausführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Rücknahmeabkommen** mit Staaten wie das Kosovo, die die Gleichstellung von Roma nicht gewährleisten, stehen unserer Republik nicht besonders gut zu Gesicht.

Der SSW-Antrag bietet einen Lösungsansatz, spricht wichtige Felder an. Deshalb finde ich ihn richtig und gut. Wir unterstützen ihn selbstverständlich und stimmen einer Ausschussüberweisung zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen vom SSW, vielen Dank für diesen Antrag. Ich glaube, er war überfällig. Er war notwendig. Wir müssen nicht nachdenken, ob wir einen Integrationsplan brauchen oder ihn überhaupt machen dürfen. Wir können ihn auch anders nennen. Wenn wir ihn **Integrationsstrategie** nennen, dann - so stellen wir fest - hat uns die EU auferlegt, sie bis zum Ende dieses Jahres zu machen. Die Frage ist nur: Lassen wir uns das aus Berlin auflegen und befolgen einfach, was uns die Berliner vorlegen, ob wirken wir an diesem Prozess selbst mit?

Ich will auch **differenzieren** zwischen Sinti und Roma, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Ich will auf die Fragen eingehen: Wie geht es ihnen überhaupt? Was haben sie erlebt? Frank Brunner schreibt - ich glaube, in der „Welt“ -:

„Selbst eine Spezialeinheit der tschechischen Polizei kann nicht für Ruhe sorgen. Seit Wo-

chen kommt es in Nordböhmen zu Krawallen zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und Roma. Rechtsextreme heizen die Stimmung an der Grenze zu Deutschland zusätzlich an.“

Björn Hengst schreibt für den „Spiegel“:

„Sie drohen, prügeln, verbreiten Hasstiraden. Rechtsradikale Milizen jagen Roma in einem ungarischen Dorf Angst und Schrecken ein. Der Ort **Gyöngyöspata ist Symbol für gescheiterte Minderheitenpolitik geworden. Jetzt patrouilliert die Polizei - aber die Opfer fürchten neuen Terror.**“

Er schreibt weiter über die Leute, die es schaffen, von dort wegzukommen:

„Berlusconi warnt vor ‚islamischer Stadt voller Zigeuner‘

Silvio Berlusconi will eine Wahlniederlage in seiner Heimatstadt Mailand verhindern - und setzt dabei auf fremdenfeindlichen Parolen: Die Finanzmetropole dürfe kein islamisches ‚Zigeunopolus‘ werden, sagt Italiens Regierungschef.“

„Fast die Hälfte ging freiwillig, der größere Teil aber wurde zwangsweise abgeschoben: Mehr als 13.000 Bulgaren und Rumänen, zumeist Roma, haben Frankreich seit Jahresbeginn verlassen.“

Auch das schreibt Björn Hengst.

Wir sehen, diese Leute sind traumatisiert, diese Leute sind schwerverletzt, seelisch schwerverletzt. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, ihnen hier bei uns die allerbesten Bedingungen zu geben, sich hier einzuleben. Der gute Wille ist da.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Aber wir haben auch einen Integrationsbedarf bei Sinti und Roma, die zur **nationalen Minderheit** gehören und die seit langer Zeit in Deutschland leben. Frau Damerow, vielleicht haben Sie einen Moment Zeit. Sie haben vorhin die Frage gestellt, wie es denn mit dieser Aussage mit den Analphabeten sei. Ich habe ein Zitat von Alexander Diepold rausgesucht. Damit will ich auch enden. Er ist Sozialpädagoge und Vorsitzender des Verein Madhouse, der Sinti und Roma in München ambulante Erziehungshilfe und Bildungsberatung in München gibt. Es ist ein bisschen länger, aber es lohnt sich, das anzuhören:

(Heinz-Werner Jezewski)

„Bei den Erwachsenen haben wir festgestellt, dass im Altersbereich zwischen 28 und 50 Jahren viele Analphabeten sind.“

- Es geht um deutsche Sinti und Roma. -

„Dieser Analphabetismus hat eine der großen Ursachen im Bildungsnick des Nationalsozialismus. Da wurden die Kinder von den Schulen systematisch weggeholt, durften nicht mehr lesen und schreiben.“

- Man kann ergänzen: Viele durften anschließend auch nicht mehr leben. -

„Aber auch, als man ihnen nach dem Nationalsozialismus erlaubt hat, wieder zurück in die Schule zu kommen, hat man keinen großen Wert auf sie gelegt. Die, die den Völkermord an den Sinti und Roma überlebt haben, waren äußerst skeptisch, ob sie ihre Kinder überhaupt noch in die Schulen bringen sollten, weil sie permanent in der Angst gelebt haben, die Kinder könnten wieder weggeholt werden. Diese Angst ist auch heute bei vielen Eltern, die die Traumatisierung ihrer Eltern miterlebt haben, immer noch da.“

Ich glaube, es ist ein Teil unserer historischen **Verantwortung**, da einzugreifen und **Angebote** zu machen, ohne zu zwingen und ohne Druck auszuüben. Ich glaube, deswegen werden wir im Ausschuss natürlich mit den deutschen Sinti und Roma reden müssen, um auf diese speziellen Bedingungen einzugehen.

Wir stimmen der Ausschussüberweisung zu und sind uns ziemlich sicher, dass wir einen guten Weg gehen.

(Beifall bei der LINKEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Landesregierung erteile ich jetzt dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herrn Emil Schmalfuß, das Wort.

**Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion des SSW auf einen spezifischen Integrationsplan für Roma führt in seiner Begründung Punkte auf, die bereits heute **Schwerpunkte der Integrationspolitik in Schleswig-Holstein** bilden: Integration durch Sprache, Integration durch Bildung,

Integration durch Ausbildung und Arbeit, gesellschaftliche Integration.

Dabei gilt für uns folgender Grundsatz: Integrationspolitik orientiert sich an **Bedarfen** und nicht an Nationalitäten oder an der Zugehörigkeit einer Bevölkerungsgruppe.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Förderstrategien**, wie sie zum Beispiel in der Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“ zwischen Bund und Ländern vereinbart worden sind, umfassen alle sozial und wirtschaftlich benachteiligten **Schülerinnen und Schüler** und schließen insbesondere auch die **Roma** ein.

Vor diesem Hintergrund sind die Bestrebungen der Landesregierung zu sehen, eine Politik der **Vielfalt, Teilhabe** und **Integration** voranzutreiben, die auf Augenhöhe erfolgt und keine Bewertung von Menschen nach Nützlichkeit und Integrationswürdigkeit vorsieht.

So hat das **Kabinett** auf meinen Vorschlag am 20. Juni 2010 beschlossen, das seit 2002 bestehende Integrationskonzept in einen **Aktionsplan Integration** fortzuschreiben. Der Aktionsplan Integration Schleswig-Holstein umfasst zehn Themenschwerpunkte, die mit dem Ziel bearbeitet wurden, Bedarfe zu identifizieren und strategische und operative **Ziele** zu entwickeln, die mit konkreten **Maßnahmen** innerhalb einer definierten Zeit erreicht werden sollen. Die bisherigen Grundsätze und Kernaussagen des Integrationskonzeptes werden die Integrationspolitik der Landesregierung auch zukünftig bestimmen.

Mit der **Fortschreibung** in einem **Aktionsplan Integration** werden diese noch zielgenauer ausgerichtet und Erfolge messbarer gemacht. Gleichzeitig knüpft der Plan an die aktuelle Diskussion sowie neue Herausforderungen und politische **Aktivitäten von Bund, Land** und **Kommunen** an.

Die **Bundesregierung** hat bisher offengelassen, ob sie eine **nationale Roma-Strategie** oder integrierte Pakete mit politischen Einzelmaßnahmen ausarbeiten beziehungsweise ihre vorhandenen Strategien und Maßnahmepakete aktualisieren wird. Genauso offen ist derzeit, ob sich daraus ein **Anpassungsbedarf** für den schleswig-holsteinischen Aktionsplan ergibt. Bei den formulierten Zielen ist das eher unwahrscheinlich. Das ist bei den konkreten Maßnahmen derzeit auch nicht abschätzbar. Aus diesem Grund sollten wir die **Bundesplanung** abwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Integration ist keine Einbahnstraße. So reicht es nicht, zu

**(Minister Emil Schmalfuß)**

fordern, um beispielsweise die Rahmenbedingungen für eine **Integration der Roma-Kinder und -Jugendlichen** ins **Schulsystem** in Deutschland zu schaffen. Die Roma müssen ihren Kindern auch die Möglichkeit einräumen, die Schule zu besuchen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Integration bedeutet daher immer eine Zweibahnstraße. Ein gutes Beispiel für diese Zweibahnstraße ist ein Projekt an **Kieler Schulen**, das von der Landesregierung unterstützt wird. In dem Projekt arbeiten vier Mediatorinnen. Die **Kosten** dafür werden zu drei Viertel vom Landesverband der Deutschen Sinti und Roma e.V. getragen, der für diesen Zweck Landeszuschüsse erhält. Die vierte Mediatorin ist im Landesdienst.

Die Zielsetzung der **Erhöhung der Bildungschancen** der Sinti- und Roma-Kinder soll erreicht werden durch Begleitung der Kinder im Unterricht, durch Hausaufgabenhilfe, die Beratung der Lehrkräfte, die Kontaktpflege zu den umliegenden Kindertageseinrichtungen und Beratung der Eltern beziehungsweise Mütterarbeit.

Gerade weil die Problemlage so komplex ist, sollte sich niemand Illusionen über schnelle Erfolge machen. Gefragt ist in diesem Bereich eine über Jahre

hinweg laufende, sehr kleinteilige und aufwendige **Sozialarbeit**, und zwar ganz unten. Mit der anstehenden Umsetzung des schleswig-holsteinischen Integrationsplans wird die Landesregierung ihren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/1887 federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und schließe die heutige Sitzung.

**Schluss: 18:01 Uhr**